

DIE SPANNUNG KANN VERRINGERT WERDEN

Jeder weiß um die Gefährlichkeit von Schmelzbränden. Schon ein Windstoß kann sie zu verzehrenden Flammen werden lassen. Und wenn sie gar geschrägt werden! Die Spannungs-herde in unserer Welt eben werden von Washington geschrägt. Mal offen, mal heimlich wollen die USA Funken aus der Glut schlagen.

Nikaraguas Regierung bietet den Vereinigten Staaten an, die Beziehungen auf gerechter und gleichberechtigter Grundlage zu normalisieren. Die Patrioten von El Salvador legen ein Programm zur politischen Regelung der Dinge im Lande vor. Der US-Imperialismus aber beantwortet das mit zunehmenden Kriegsvorbereitungen in und um Mittelamerika. Doch nicht nur dort bietet sich ein solches Bild. Zusammen mit China haben die USA das pakistanische Militärregime veranlaßt, die Friedensinitiativen Afghanistans abzuweisen, denn sie möchten den unerklärten Krieg gegen das afghanische Volk bis in alle Ewigkeit verlängern. Die Fortsetzung des Krieges war die Voraussetzung für die amerikanischen Waffenlieferungen an Islamabad. Sie haben verständliche Besorgnis auch in Indien ausgelöst. Die politische Temperatur ist im gesamten Süden und Südwesten des asiatischen Kontinents gestiegen. Auch im Nahen Osten nähert sie sich dem kritischen Punkt. Was das bedeutet, muß wohl nicht erst gesagt werden.

Jegliche Explosion im Nahen Osten kann die Weltsicherheit gefährden. Dennoch finden sich Kräfte, die dort mit dem Feuer spielen. Gemeint ist nicht nur die israelische Regierung, deren letzte expansionistische Aktionen ein ungeheueres Risiko bergen. Gemeint ist auch die US-Administration. Jetzt stellt sich nämlich heraus, daß sie über den Knesset-Beschluß hinsichtlich der Annexion der Golanhöhen vorher informiert war. Und sie tat nichts, um diese offensichtliche Provokation zu verhindern. Washington ließ sich nur nachträglich mit Tel Aviv in einen „kleinen Familienkonflikt“ ein, der „zusammen mit dem alten Jahr verschwand“, wie

der US-Kommentator James Reston das ausdrückt. Die Allianz USA-Israel ist heil geblieben und „wird auch noch existieren, wenn Begin und Reagan von der Szene abgetreten sein werden“ (wieder Reston). Dieses aggressive Bündnis wird nicht mehr nur durch offizielle Abmachungen verankert (die man „annullieren“ und dann wieder in Kraft setzen kann, wie es euch gefällt). Verankert wird es auch durch abgestimmtes Vorgehen, vor allem im militärischen Bereich. Es dürfte doch kein Zufall sein, daß in jenen Tagen, da Israel Kriegsdrohungen gegen Syrien ausstößt, aus Washington Drohungen gegen einen anderen arabischen Staat ertönen, der das imperialistische Diktat zurückweist, gegen Libyen. Im Januar will die 6. US-Flotte erneut vor dessen Küsten provokatorische Manöver abhalten, wie seinerzeit, als Ende des Sommers US-Jagdbomber über libysche Flugzeuge herfielen.

Lassen wir das Rätselraten, ob der US-Imperialismus jetzt offene Gewalt riskiert, und wenn, dann wo, im Nahen Osten oder beispielsweise in Mittelamerika. Wichtig ist: In Washington nutzt man jeglichen Vorwand zum Anheizen von Situationen, die aggressive Abenteuer erleichtern und als Deckmantel für sie dienen könnten. Gestern hatte man es mit dem „internationalen Terrorismus“, heute mit den Ereignissen in Polen und morgen ...

Morgen kann die Welt schon brennen, wenn man nicht heute zum Löschwerkzeug greift. Das wird nicht einfach sein. Aber es bestehen objektive Faktoren dafür. Das ist die immer erkennbarere Aussichtlosigkeit der „Politik der Stärke“, die überall zunehmende politische Aktivität der Volksmassen, deren wachsende Unterstützung für konstruktive Initiativen wie beispielsweise den sowjetischen Vorschlag über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Ausarbeitung einer umfassenden Regelung im Nahen Osten. In seinem NBC-Interview hatte Leonid Breschnew gesagt:

„Die Spannung muß verringert, gefährliche Herde von Krisensituationen müssen gelöscht, auf die Politik des sinnlosen Wettrüstens muß verzichtet werden. Es gilt, auf den Weg normaler Beziehungen zwischen den Staaten, den Weg gegenseitiger Achtung, des Verständnisses und der Respektierung der legitimen Interessen der anderen zurückzukehren.“

Die Sowjetunion und ihre Freunde verfolgen diesen Kurs in der Praxis. Sie schüren die Konfliktherde nicht, sondern wollen sie eindämmen. Je schneller die anderen Mitglieder der Weltgemeinschaft diesem Beispiel folgen, desto besser für alle und für jeden einzelnen.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 2 JANUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Spannung kann verringert werden	1
M. Tschernoussow — Washingtons fixe Ideen	5
R. Jermolajewa, A. Manussewitsch — In entscheidender Stunde	7
W. Pawlow — Großbritannien. Beginnt der Krieg in Greenham Common?	8
A. Zorrilla — Schlacht unterwegs	10
J. Gudkow — USA. Geld, Waffen und Söldner	12
R. Chasbulatow — USA—Kanada. Druck aus dem Süden	14
J. Botschkarjow — Aggressionsantrieb	15
Notizen ◆ Glossen	16
J. Ambarzumow — Schicksalsgemeinschaft Erde	18
L. Skuratow — RSA. Apartheid umkreist	21
S. Petuchow — Rassistische Trickpolitik	21
M. Podwigin — DDR. Die blauen Schwerter	23
A. Stroganow — Bank gleichberechtigter Partner (Sozialistische Integration)	24
K. Karagesian — UdSSR—BRD. Duisburger Motive	26
W. Shitomirski — Irischer Report (Das politische Buch)	28
B. Assojan — Den Sieg näher bringen (Kultur und Politik)	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die antifaschistische Volksbewegung in Chile erstarkt, ebenso das Streben nach Einheit im Kampf gegen die faschistische Pinochet-Diktatur. Die führende Kraft in der gemeinsamen Front der Patrioten sind die in Klassenkämpfen gestählten Kommunisten. Am 2. Januar beginnen sie die 60. Wiederkehr der Gründung ihrer Partei.

Titelbild: N. Stscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 1. Januar brachte die sowjetische Presse die Neujahrsbotschaft des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR an das Sowjetvolk. Darin heißt es u. a.: „Zwei Ziele waren und bleiben für uns erstrangig: der kommunistische Aufbau und die Wahrung des Weltfriedens. Diese Ziele sind untrennbar miteinander verbunden. Partei und Regierung tun alles, um das Leben der Sowjetbürger in Frieden zu sichern, sie verwirklichen konsequent eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern, weisen die Umtriebe der reaktionären Kräfte entschieden zurück und treffen energische Maßnahmen zur Eindämmung des Wettrüsts und Herbeiführung der Abrüstung. Die UdSSR ist der Auffassung, daß es keine edlere und humanere Aufgabe gibt, als die Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe von der Menschheit abzuwenden.“

■ Am 1. Januar feierte das Volk Kubas den Tag der Befreiung. Leonid Breschnew und Nikolai Tichonow richteten herzliche Glückwünsche an Fidel Castro, das ZK der KP Kubas, den Staatsrat und den Ministerrat der Republik, an das ganze Volk: „Die Freundschaft und Brüderlichkeit unserer Parteien, Staaten und Völker, die auf den unerschütterlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus beruhen, verstarken von Jahr zu Jahr. Sie haben die Probe der Zeit bestanden und entsprechen den grundlegenden Interessen unserer beiden Völker, aller sozialistischen Bruderländer, der Sache des Friedens und sozialen Fortschritts.“

■ Am 28. und 29. Dezember tagte in Havanna die Nationalversammlung zum erstenmal in ihrer neuen Zusammensetzung. Es fanden die Wahlen zum Staatsrat der Republik Kuba statt. Zu seinem Vorsitzenden wurde einstimmig Fidel Castro wiedergewählt. Er wurde auch Vorsitzender des Ministerrates. Im Glückwunschtelegramm Leonid Breschnew und Nikolai Tichonows an Fidel Castro heißt es: „Wir sind fest überzeugt, daß die KP und alle Werktagen Kubas unter Ihrer Führung bei der weiteren Entwicklung der Wirtschaft und Kultur, bei der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung neue Erfolge erzielen werden.“

■ Auf Einladung des ZK der USAP und des Ministerrates Ungarns stattete der Vorsitzende des Komitees für Staatsicherheit der UdSSR Juri Andropow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, am 28. und 29. Dezember der

„NEUE ZEIT“ 2.82



Die westeuropäischen Völker lehnen sich gegen die Hochrüstung, gegen die Stationierung von US-Kernraketen auf dem Kontinent auf und wollen Frieden und Sicherheit überall in der Welt. Links: Massenkundgebung nach einer Demonstration in Kopenhagen unter den Losungen „Nein zur Nuklearkatastrophe!“, „Keine US-Raketen in Europa!“, „Für kernwaffenfreie Zone Nordeuropa!“. Rechts: Paris. Demonstration der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von El Salvador für Freiheit und Unabhängigkeit, gegen die Einmischung der USA in die Angelegenheiten dieses Landes.

Fotos: ADN/TASS

UVR einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab.

■ Andrey Gromyko empfing am 29. Dezember den USA-Botschafter in der UdSSR Arthur Hartman auf dessen Bitte. Da der Botschafter die Frage der Situation in Polen anschnitt, wurde ihm gesagt, daß die USA-Regierung die seit geraumer Zeit geheim und offen betriebene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen VR Polen einstellen muß. Wie Andrey Gromyko betonte, sind die Maßnahmen der polnischen Führung zur Normalisierung und Stabilisierung der Lage im Lande eine Angelegenheit nur der Polen selbst.

■ Am 29. Dezember veröffentlichte das Weiße Haus eine Erklärung Präsident Reagans, in der er sich unter falscher Darstellung der Lage in Polen eine grobe Einmischung in dessen innere Angelegenheiten leistete und „Sanktionen“ gegen Polen und die UdSSR bekanntgab (s. S. 5).

■ Am 2. Januar beging die KP Chiles ihr 60jähriges Jubiläum. In der Grußadresse des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chiles heißt es: „Die KPdSU schätzt die Freundschaft und Solidarität zwischen unseren Parteien, Beziehungen, beruhend auf der Gemeinsamkeit der Ziele im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, auf dem Streben, gemeinsam mit den anderen

Bruderparteien die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu fördern.“ Dem denkwürdigen Datum war eine Versammlung der Öffentlichkeit in Moskau am 4. Januar gewidmet (s. S. 10).

■ Am 30. Dezember schätzte der Ministerrat Polens in Warschau auf einer Sitzung die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ergebnisse der Tätigkeit unter den Bedingungen des Ausnahmezustands ein. Es wurde betont, daß die Unterbindung von Streiks die Arbeitsproduktivität und die Produktion zu steigern erlaubt. Die Anarchie im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wurde liquidiert. Eine wirksame Bekämpfung der Schiebungen und sonstigen Formen von Kriminalität führt zu ihrer Verminderung. Beträchtlich vermindert haben sich die Wirtschaftsverbrechen. Die Bevölkerung fühlt sich sicherer. Die Überwindung der Krise wird für das Land real. Laut PAP blieb die Situation in Polen in den ersten Tagen des neuen Jahres ruhig.

■ Das Außenministerium Vietnams richtete eine Note an das chinesische Außenministerium, in der vorgeschlagen wurde, die Einstellung aller Kampfhandlungen an der vietnamesisch-chinesischen Grenze vom 20. bis zum 29. Januar 1982 zu vereinbaren. (Nach dem Mondkalender feiern die Vietnamesen

und Chinesen in dieser Zeit den Jahreswechsel.) Peking lehnte den vietnamesischen Vorschlag ab.

■ Zu Beginn des neuen Jahres verstärken die Patrioten El Salvadors den Kampf gegen die USA-hörige Junta noch mehr. Die Einheiten der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ führten einen Schlag gegen ein großes Kraftwerk am Lempa und mehrere Unterwerke in den Departements Santa Ana und Usulután, sie griffen Regierungstruppen in mehreren Departements aus dem Hinterhalt an. Die Front hat die Kontrolle über das Departement Marazán, das unlängst der Schauplatz einer Junta-Strafoperation war, praktisch völlig wiederhergestellt.

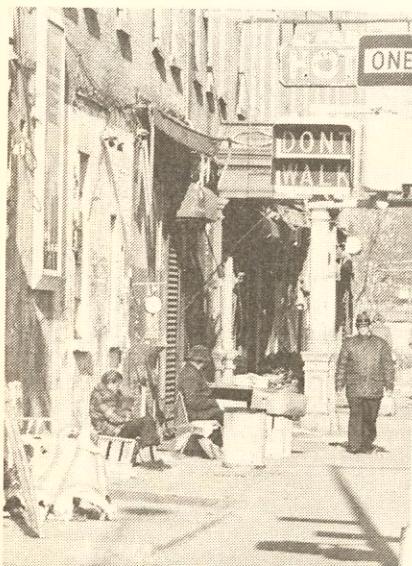
■ In Luanda (Angola) fand unter Vorsitz des SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma die Jahrestagung des ZK der Südwestafrikanischen Volksorganisation statt. Erörtert wurden Fragen der gegenwärtigen Weltlage und Probleme der Befreiung Namibias. Das ZK bekämpfte, bewaffneter Kampf sei nach wie vor das wirksamste Mittel, die Okkupanten aus Namibia zu vertreiben und die wahre Unabhängigkeit zu erreichen (s. S. 15).

■ Wie France Presse am 28. Dezember meldete, griffen südafrikanische Patrioten die Polizeiverwaltung in einem Vorort Pretorias an. Ein Polizist wurde getötet, mehrere frugen schwere Verletzungen davon. In den letzten Monaten haben sich die bewaffneten Aktionen der Patrioten gegen das Apartheid-Regime stark intensiviert (s. S. 21).

■ Am 28. Dezember kehrte Syriens Präsident Hafez Assad von einer Reise durch mehrere arabische Länder zurück. Er besprach mit der Führung dieser Länder die Nahostlage sowie die Mittel und Wege, der Expansionspolitik Israels, insbesondere seinem Beschuß

über die Annexion der zu Syrien gehörigen Golan-Höhen, entgegenzuwirken.

Am 28. Dezember begann in Israel ein Generalstreik der arabischen Bevölkerung gegen die Willkür der Militärverwaltung auf den okkupierten arabischen Territorien. Einem Aufruf des Landesrates der arabischen Munizipalitäten folgend, haben Ämter, Schulen und Arbeiten gehörende Geschäfte geschlossen.



In den USA, dem reichsten Land der kapitalistischen Welt, leben 25 Millionen in Armut und Elend. Am schlimmsten sind alte Leute, Neger und Vertreter der anderen nationalen Minderheiten betroffen. TASS-Foto: In einem Negerviertel von New York.

Wie die irakische Nachrichtenagentur INA meldet, kam es zwischen irakischen und iranischen Truppen zu einem erbitterten 20stündigen Gefecht, das am Morgen des 3. Januar mit einer Niederlage der iranischen Armee endete. Im Lagerbericht des vereinten Stabs der iranischen Streitkräfte heißt es, daß die Angriffsoperation vom 2. Januar mit der Zerschlagung der irakischen Gruppierung endete. Die 116. irakische Brigade sei völlig aufgerieben worden.

In Ghana wurde am 31. Dezember ein Militärschlag, der fünfte seit 1958, verübt. Die Macht ging an einen provisorischen Militärrat unter Hauptmann Rawlings über. Eine Ausgangssperre wurde eingeführt, die Verfassung ausgesetzt, das Parlament aufgelöst, die Befähigung der Parteien verboten. In einer Rundfunkansprache erklärte Jerry Rawlings, die Zeit sei gekommen, „unsere Gesellschaft wirklich demokratisch zu gestalten“, und verurteilte die ehemaligen ghanaischen Führer, die „in der Korruption versumpft“ gewesen seien.

In Mailand fand am 2. Januar eine Massendemonstration statt, die von den Gewerkschaftszentralen CGIL, CISL und UIL sowie vom Mailänder Friedenskomitee organisiert wurde. Die Demonstranten forderten Frieden und Arbeit.

Am 4. Januar bestätigte Ägyptens Präsident Hosni Mubarak die neue Regierung. Ministerpräsident ist Fouad Mohiedine (früher stellvertretender Ministerpräsident), Außenminister erneut Kamal Hassan Ali.

In Kopenhagen wurde am 30. Dezember die neue Regierung bekanntgegeben. Ihr steht erneut Anker Jørgensen, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, vor.

Bundeskanzler Schmidt traf am 25. Dezember in den USA ein, wo er dreiwöchige Ferien in Florida verbringen will.

In der Nacht zum 27. Dezember unternahm eine Gruppe von Separatisten und Provokateuren den Versuch, die Macht auf der Insel Príncipe an sich zu reißen, um diese Insel von der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe loszutrennen. Das Komplott wurde unterdrückt.

Die Zeitung „Osservatore Romano“ (Vatikan) veröffentlichte am 24. Dezember eine Deklaration über die Folgen eines Kernwaffeneinsatzes, angenommen auf der am 7./8. Oktober abgehaltenen Sitzung von 14 Wissenschaftlern unter Vorsitz Carlos Chagas, Präsident der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften.

Laut USA-Zählungsamt beträgt die Bevölkerung des Landes gegenwärtig 230,5 Millionen Personen.



In Vientiane beendeten laotische und sowjetische Fachkräfte den Bau eines Zwischensenders, der dank dem kosmischen Intersputnik-System die Fernseh-, Funk-, Telefon- und Telegrafieverbindung zwischen Laos und der UdSSR sowie anderen sozialistischen Ländern ermöglicht. TASS-Foto: Eine Gruppe von Bauleuten.

USA-Präsident Ronald Reagan wird nicht müde zu erklären, er strebe nach Frieden. Das hört sich gut an. Nur zeigt die US-Administration ihr Friedensstreben sehr eigenartig. Washington versucht hartnäckig, der UdSSR eine einseitige Abrüstung aufzuzwingen, während die USA selbst gleichzeitig immer mehr Massenvernichtungsmittel produzieren. Die Washingtoner Spitzenpolitiker verleumden die Friedensbewegung, wenn sie behaupten, sie wäre „von Moskau finanziert“. Eine gewaltige Lüge!

Igor KOTLINSKI
Krasnojarsk, RSFSR

In letzter Zeit spitzt sich die Lage im Nahen Osten und im Mittelmeerraum gefährlich zu. Die regierenden Kreise der USA hegen mit Unterstützung durch die dortige Reaktion aggressive Pläne gegen Libyen. Dieses Land wird angeklagt, es habe angeblich Attentate auf amerikanische Politiker geplant. Natürlich kann man keine Beweise bringen, denn es gibt sie einfach nicht. Dafür ist gut bekannt, daß die CIA mehrfach politische Morde verübt.

Sarwer Abdul
PIRWERDIJEW
Kusary,
Aserbaidschanische SSR

Der Imperialismus führt einen richtigen psychologischen Krieg gegen die progressiven und demokratischen Kräfte. Scheinheiligkeit, Subversionen gegen friedliebende Länder, Betrug der Völker von Entwicklungsländern durch „schwarze Propaganda“ — das sind noch nicht alle vom Kapitalismus eingesetzten Mittel. Ich danke Ihnen dafür, daß sie anhand wirklicher Fakten in der „Neuen Zeit“ die Weltergebnisse objektiv analysieren und helfen, die von der bürgerlichen Presse um die sozialistische Gemeinschaft errichtete Lügenmauer niederzureißen.

Rolando PUCHOL
Havanna, Kuba

WASHINGTONS FIXE IDEEN

Michail TSCHERNOUSSOW

Wieder hat es die Washingtoner Politiker erwischt. Diesmal wegen Polen. Der Anlaß ist neu, die Idee ist die alte, sozusagen fixe Idee vom „roll back des Sozialismus“. Man überschlägt sich geradezu, aber zu einer realen Beurteilung der Situation reicht es offenbar nicht, reichen tun nur die Großmachtambitionen.

In Polen sollten Chaos und Krise herrschen, so hatte man es sich am Potomac gedacht. Darauf hatte man gehofft bei seiner uralten Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Sie bildet den Grundstock der Globalstrategie der USA, die die Lebensinteressen und die Leistungen der sozialistischen Länder und anderer Völker in Frage stellen will. Der Imperialismus hat keineswegs vor, ruhig zuzusehen, wie sein Herrschaftsbereich immer kleiner wird, wie ein Land nach dem anderen vom kapitalistischen System abfällt und den sozialistischen Entwicklungsweg wählt. Er will sich mit den objektiven Entwicklungsprozessen der Menschheit nicht abfinden und wendet sich wieder der Gewalt als der Hauptwaffe seiner Außenpolitik zu. Bezweckt wird die „soziale Revanche“ für all das Positive, was die Menschheit in den Jahren der Entspannung erreicht hat und was den „Falken“ als Niederlage gilt.

Es gibt noch andere Gründe für die jetzige Aggressivität des Imperialismus: die Krisenprozesse in der kapitalistischen Gesellschaft selbst. Die Energiekrise schlug wie ein Blitz ein, die Rohstoffkrise machte bange und verstärkte den Appetit. Zusammengekommen lösten sie das Bestreben aus, fremde Reichtümer noch aktiver an sich zu reißen. Washington wollte sich gegen soziale wie politische Unannehmlichkeiten absichern. Die zuverlässige Versicherungspolice ist im Verständnis des Imperialismus die Gewalt.

Um den Weg für den imperialistischen Kurs frei zu machen, ging das Weiße Haus ein Stück weiter im psychologischen Krieg gegen den Sozialismus, der schon Jahrzehnte andauert. Der Imperialismus stählt seine militärischen Muskeln und rechtfertigt das mit den „Lebensinteressen des Westens“ und dem „internationalen Terrorismus“. Man verschreckt die Welt weiter mit der „sowjetischen Bedrohung“. Und wie

gehabt will man den Sozialismus diskreditieren, wozu man in jüngster Zeit die Ereignisse in Polen heranzieht.

Der Ausnahmezustand wurde von der polnischen Führung verhängt? Nein, versichert man in Washington, das geschah auf Druck Moskaus. Dabei will man am Potomac auf keinerlei Erklärungen des polnischen Regierungschefs Jaruzelski hören. Sie ist schon ziemlich abgeleiert, die Phrase von der „Hand Moskaus“, mit der die Ausdehnung der Krise gerechtfertigt, die internationale Lage verschärft und die Beziehungen zur Sowjetunion noch weiter verschlechtert werden sollen. Das aber verlangt eben das Gesetz des psychologischen Krieges.

Von diesem durchsichtigen Gesetz ließ sich Präsident Reagan leiten, als er den Sinn des ihm von Leonid Breshnew übersandten Schreibens fehlinterpretierte. Der sowjetische Staatsmann hatte die USA aufgefordert, endlich mit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Staates Volksrepublik Polen Schluß zu machen, einer Einmischung, die in den unterschiedlichsten Formen schon lange währt. In dem Schreiben wurden die Ansprüche der USA zurückgewiesen, für die Polen und an ihrer Statt zu entscheiden, auf welche Weise sich die polnische Gesellschaft weiter zu entwickeln habe. Leonid Breshnew hob hervor, die Gesellschaftsordnung in Polen sei nicht von Washington, nicht von Moskau und nicht von anderen Hauptstädten, sondern von den Polen selbst bestellt worden. Niemand kann der polnischen Führung vorschreiben, wie sie ihre inneren Angelegenheiten zu lösen hat.

Hinsichtlich der Andeutung des US-Präsidenten von möglichen negativen Schritten der US-Regierung in den Beziehungen zur Sowjetunion hieß es in der Antwort Leonid Breshnews, die jetzige US-Administration habe ohnehin schon allerhand getan, um all das Positive zu untergraben, das mit großer Mühe in den Beziehungen zwischen unseren Ländern unter den Vorgängern im Weißen Haus erzielt werden konnte. Wenn es zu einer weiteren Erschütterung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gekommen sei, dann trügen die alleinige

Verantwortung dafür die Vereinigten Staaten.

Doch die Mahnung aus Moskau brachte Washington keine Abkühlung. Der Präsident gab „Sanktionen“ gegen Polen und die UdSSR bekannt. Dazu gehören Maßnahmen, die zur weiteren Verschlechterung der Beziehungen UdSSR—USA führen. Eingestellt wurden Flüge der Aeroflot in die USA, aufgeschoben die Verhandlungen zu einem neuen sowjetisch-amerikanischen Schiffahrtsabkommen, verhärtet die Regeln für die Erlaubnis von Lieferungen verschiedener Ausrüstungen und Technik an die UdSSR, die auf dem Weltmarkt zu den allgemein üblichen Handelsgütern gehören. Dazu muß bemerkt werden, daß die USA selbst Initiatoren der Wiederaufnahme der Kontakte bei einigen Wirtschaftsprojekten waren. Nun schlagen sie die Tür wieder zu.

Womit begründet die Reagan-Administration ihr Vorgehen? Bei Ignorierung des Völkerrechts beruft sie sich auf... Völkerrecht. Auf die Verletzung von Verträgen und Verpflichtungen, die Polen angeblich unter dem Druck der Sowjetunion zugelassen habe. Selbst im höchsten Überschwang (was für Staatsmänner an sich schon unzulässig ist) sind solche Auslassungen wohl zumindest unsolide. Der Beschuß der polnischen Regierung über die Verhängung des Ausnahmezustands bedeute keinesfalls eine Verletzung der allgemeinen Normen des Völkerrechts, der UNO-Charta und bestehender Verträge. Sie bedeutet auch keine Verletzung der KSZE-Schlußakte, wie das der US-Präsident den Polen in die Schuhe schieben will. Im Gegenteil, das Verhalten der USA ist der Versuch eines Diktats und einer wirtschaftlichen Erpressung, die bewiesene Einmischung der US-Geheimdienste in die Angelegenheiten Polens ist eine Verletzung der „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten.“

Punkt VI der Erklärung, die den Titel „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ trägt, lautet: „Die Teilnehmerstaaten werden sich ungeachtet ihrer gegenseitigen Beziehungen jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten enthalten,

die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen... Sie werden sich gleichermaßen unter allen Umständen jeder militärischen wie auch politischen, wirtschaftlichen oder sonstiger Zwangsmaßnahme enthalten, die darauf gerichtet ist, ihrem eigenen Interesse die Ausübung der Rechte eines anderen Teilnehmerstaates, die dessen Souveränität innewohnen, unterzuordnen und sich damit Vorteile irgendwelcher Art zu verschaffen. Dementsprechend werden sie sich unter anderem der direkten oder indirekten Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten enthalten, die auf den gewalttamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind.“

Die Washingtoner Politiker hätten also lieber nicht an die Schlußakte erinnern sollen. Weder der Präsident noch der Kongreßausschuß, der da behauptet, er beobachtete die Einhaltung dieses Papiers in anderen Ländern. Mit diesem Hinweis haben sie sich selbst negiert.

Ebenso hätte die US-Administration es wohl auch sein lassen sollen, sich hinsichtlich der Menschenrechte zu verbreiten, aufs Piedestal zu steigen und Moralpredigten zu halten. Der in Polen verhängte Ausnahmezustand hat Blutvergießen und Chaos verhindert. Das gefällt den USA nicht. Aber immer gefiel ihnen die Verhängung von Kriegsrecht, wenn das nach Militärputschen und verfassungswidrig proamerikanische Regimes taten. Man misst hier also mit zweierlei Maß.

Am 29. Dezember schrieb der bekannte „New York Times“-Kommumentator Anthony Lewis, Reagan habe die polnischen Machthaber verurteilt, während inzwischen auf dem „Hinterhof“ Amerikas eine Regierung Tausende Menschen umbringt, aber die Reagan-Administration bislang noch kein Wort der Verurteilung dafür gefunden habe. „Ich meine Guatemala“, fährt der US-Journalist fort. „Die jetzige guatemaltekische Regierung ist durch einen von der CIA organisierten Staatsstreich an die Macht gekommen... Der Regierungsterrorismus in Guatemala, der gegenwärtig vermutlich der blutigste auf der Erde ist, könnte Empörung und zumindest Beunruhigung in Washington auslösen. Welche Maßnahmen hat die Reagan-Administration in bezug auf Guatemala getroffen? Sie entsandte ihren Sondervertreter, General Vernon Walters, der sagte, die USA wollten der guatemaltekischen Regierung helfen, „Frieden und Freiheit“ zu verteidigen. Sie annulierten das Embargo über den Waf-

fenexport und überließen Guatemala Jeeps und LKW für 3,2 Mio. Dollar.“

„Ein anderes Beispiel ist Chile“, schreibt Anthony Lewis. „Die chilenischen Militärs verübten den Staatsstreich gegen die verfassungsmäßige Linksregierung, deren Amtsantritt die USA über die CIA auf alle mögliche Weise verhindern wollten. Die Militärregierung Augusto Pinochets schickte ihre Agenten nach Washington, um den ehemaligen Außenminister Chiles Orlando Letelier zu ermorden, und weigerte sich dann, dem Verlangen der USA nachzukommen, die Schuldigen auszuliefern. Was nun unternahm die Reagan-Administration gegenüber Chile? Im Februar d.J.“ (1981) „hob sie das Embargo über Handelskontakte der USA für Chile auf ... und lud Chile zur Teilnahme an gemeinsamen Marinemanövern ein. Gleichzeitig damit denunzierte sie den ‚internationalen Terrorismus‘.“

Weiter Anthony Lewis: „Oder nehmen wir El Salvador. Die erste ernsthafte außenpolitische Initiative der Reagan-Administration war die militärische Hilfe an die Junta von El Salvador unter dem Vorwand, die Aufständischen stellten eine ernstliche kommunistische Bedrohung dar. Die Greuelaten der Regierungstruppen, einschließlich die Massenmorde, dagegen lösten bei Washington keine besondere Kritik aus.“ Die USA, so schließt der Kommentator, haben kein Mißfallen gegenüber den repressiven lateinamerikanischen Regimes geäußert, „die Reagan-Administration nickte den Unterdrückern freundlich zu“.

Bitte verzeihen Sie uns dieses lange Zitat, aber wir meinen, die Überlegungen des bürgerlichen US-Journalisten entlarven die Heuchelei des offiziellen Washington.

Was nun die „Sanktionen“ gegen die Sowjetunion, die verschiedenen Verhäftungen, Beschränkungen, Embargos etc. angeht, so ist erstens dazu zu bemerken: Die UdSSR ist keine Bananenrepublik, auf die solche Maßnahmen wirken könnten. Und zweitens hatten wir ja das alles schon in den 64 Jahren und zwei Monaten der sowjetischen Geschichte.

Der Haß des US-Imperialismus auf das erste sozialistische Land kann kaum jemanden verwundern. Und wenn etwas wundert, dann ist es das Denkiveau der jetzigen regierenden Elite in den USA. Die Einschüchterungsversuche gegenüber der Sowjetunion wie der Versuch, das als new look in der Außenpolitik auszugeben, ist wahrlich kein Gipfel staatsmännischer Weisheit.

Wir wissen noch um die ausländische Intervention gegen die junge

Sowjetrepublik und erinnern uns an die 16 Jahre amerikanischer Nichtanerkennung der UdSSR. Und wie ging das aus? Als letzte Großmacht mußte Amerika schließlich diplomatische Beziehungen zu Moskau aufnehmen, den Handel normalisieren und im Krieg mit uns zusammenarbeiten. Wir erinnern uns an den kalten Krieg, wissen von Angriffsplänen gegen die UdSSR, mit denen sich die USA in jener Zeit trugen. Wie ging das alles aus? Die USA mußten sich auf die internationale Entspannung einlassen und am Verhandlungstisch Platz nehmen. Wir erinnern uns an die verschiedenen Verbote, mit der UdSSR zu handeln, die unsere Entwicklung nicht behinderten. Wozu sie führten, danach sollte man lieber die amerikanischen Geschäftsleute fragen, denn sie hatten in erster Linie die Verluste: Übrigens wird davon auch heute im Zusammenhang mit den Schritten des Weißen Hauses gesprochen. Man redet von den verlorenen Aufträgen, die die Sowjetunion an andere Länder vergeben kann, von den vorteilhaften Abschlüssen, die die Washingtoner Administration verunmöglichte. Nicht ohne Grund bemerkte ein NBC-Mitarbeiter dieser Tage: „Vermutlich werden die diskriminierenden Maßnahmen die USA stärker als die UdSSR treffen.“

Moskau kann nur wieder einmal feststellen, daß Washington ein völlig unberechenbarer Partner ist — sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Schließlich können die Völker aller Länder mit Leichtigkeit die Jahre des kalten Krieges mit denen der Entspannung vergleichen und erkennen, wann es sich ruhiger, sicherer lebte. Es wird eine klare Erkenntnis. Und kaum jemand dürfte Befriedigung empfunden haben, als er feststellte, daß unter dem Cowboypiloten wieder die Brillengläser des Präsidenten Harry Truman blitzten.

Befriedigt dürften vermutlich auch die engsten Verbündeten der USA nicht sein. Auch das nicht zum erstenmal. Die „Washington Post“: Ohne Abstimmung mit den Verbündeten riskiert die Administration einen Vergleich mit der Carter-Regierung, die vor zwei Jahren diskriminierende Maßnahmen gegen die UdSSR ergriff und dann feststellen mußte, daß die meisten amerikanischen Verbündeten nicht den Wunsch hegten, sie zu unterstützen.

Wie nun denken und handeln die europäischen Verbündeten der USA an der Jahreswende 1981/82? „Die meisten europäischen Regierungen vertreten heute die Ansicht, die Bundesaußenminister Genscher in seiner Erklärung äußerte, daß die

diskriminierenden Maßnahmen keine gute Idee seien“ (ABC). Die bundesdeutsche „Rheinische Post“: Die Zurückhaltung der Europäer habe nicht nur wirtschaftliche Ursachen. Hier, an der Ost-West-Scheide empfinde man stärker die Gefahr für den Frieden als in Washington.

Gefahr für den Frieden. Denkt man daran in Washington? Berücksichtigt man wenigstens die Meinung der Verbündeten? Allem Anschein nach weder das eine noch das andere. Bemerkenswert die Meldung der „New York Times“: „Die Reagan-Administration hat die Verhängung von Sanktionen beschlossen, selbst wenn die Verbündeten ihrem Beispiel nicht folgen und selbst wenn die Sanktionen am Gang der Dinge in Polen nichts ändern.“ Im Klartext: Das Weiße Haus interessieren weder Polen noch die Verbündeten, auf die Washington nur Druck ausübt, um sie in sein Fahrwasser zu treideln.

In erster Linie ist das Weiße Haus an der Anheizung der Kriegspsychose, der internationalen Spannungen, an der Untergrabung der internationalen Zusammenarbeit, der Destabilisierung der Situation in Europa und in der ganzen Welt interessiert. Unter diesen Voraussetzungen könnte der US-Imperialismus sein Hauptziel — die Errichtung der Pax Americana — leichter erreichen.

Die Ereignisse in Polen sind also für die USA nur Vorwand... US-Außenminister Haig brachte dieser Tage offen die Hoffnung zum Ausdruck, das Chaos in der Wirtschaft Polens und der Hunger werde zum Scheitern der im Zusammenhang mit der Verhängung des Ausnahmezustands getroffenen Maßnahmen führen. Der Außenminister erklärte, die fundamentale Aufgabe der US-Außenpolitik sei die Gewährleistung einer günstigen internationalen Atmosphäre für die amerikanischen Ziele und Ideale. Was „günstige Atmosphäre“ bei ihm bedeutet, sehen wir, und die „Ziele und Ideale“ kennen wir aus dem Effeff.

Während sie sich als Vormund und Berater den Ländern und Völkern anbieten, grübeln die US-Politiker darüber, wie sie ihren Willen diktieren, wie sie sich stärker in fremde Angelegenheiten einmischen können. Sie stellen die USA über die Souveränität und Interessen anderer Staaten. Die fixe Idee vom „Rollback des Sozialismus“ und der Errichtung der Weltherrschaft kompliziert die internationale Lage wesentlich. Doch der Wunsch des US-Imperialismus, in der Rolle des Weltführers zu erscheinen, kann für ihn nicht die Führerschaft, sondern die Isolierung nach sich ziehen. ■

IN ENTSCHEIDENDER STUNDE

40 Jahre Polnische Arbeiterpartei

In diesem Jahr wird die VR Polen das 100jährige Jubiläum der polnischen Arbeiterbewegung begehen. Der Ausgangspunkt dafür war die Gründung der ersten marxistischen Partei der polnischen Arbeiterklasse unter dem Namen „Proletariat“ (1882). Die polnische Arbeiterbewegung hat einen langen Weg des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit des Heimatlandes zurückgelegt, den Weg von einer kleinen Gruppe bis zur Gründung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

Ein ruhmvolles Kapitel in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Landes hängt mit der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR) zusammen. Als revolutionäre proletarische Partei in Warschau am 5. Januar 1942 gegründet, ließ sie sich in ihrer Tätigkeit unabbar vom Marxismus-Leninismus, von der Theorie und Praxis der revolutionären polnischen und internationalen Arbeiterbewegung leiten. Sie pflegte die besten internationalistischen und patriotischen Traditionen der Arbeiterklasse und verwirklichte das, was das „Proletariat“ begonnen und die polnische Sozialdemokratie, die Polnische Sozialistische Partei (PPS-Linke) und die KP Polens fortsetzen. Der PPR standen Marcelli Nowotko, Paweł Finder, Małgorzata Fornalska u. a. vor.

Am 5. Januar 1942 verbreitete die PPR den Aufruf „An die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz! An alle polnischen Patrioten!“. Darin rief sie das Volk zum Kampf gegen den Faschismus auf. Sie stellte einen un trenn baren Zusammenhang zwischen dem nationalen Befreiungskampf und dem Kampf für Freiheit, Demokratie und soziale Befreiung her.

In der entscheidenden Kampfstunde sei es notwendig, hieß es im Aufruf, alle Kräfte zu vereinen und „eine nationale Front zum Kampf für ein freies, unabhängiges Polen“ zu errichten, für ein Polen ohne Faschismus, ohne die Gutsherren, ohne Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit. Eine breite nationale Front könne nur um eine eng geschlossene Arbeiterklasse und ihre kampferprobte Partei entstehen, die stets und überall die Interessen der werktätigen Massen verteidige und letztendlich für ihre Befreiung vom Kapitalismus kämpfe.

Auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus gestützt, erläuterte die PPR den Arbeitern, Bauern und allen Werktätigen, daß das Sowjetvolk und die anderen gegen den Faschismus kämpfenden Völker Verbündete des polnischen Volkes in seinem Kampf für

Freiheit und Unabhängigkeit seien. Wie die Partei betonte, konnte das Volk Polens nur zusammen mit der UdSSR, nur mit ihrer Hilfe die Befreiung erringen.

Seit ihren ersten Tagen entfaltete die PPR unter den unsäglich schweren Bedingungen des Naziterrors und trotz des Widerstandes der polnischen Reaktion im In- und Ausland eine umfangreiche Organisationsarbeit. In Bezirken, Gemeinden und Städten wurden Parteikomitees, in Betrieben Grundorganisationen der PPR geschaffen.

In Verwirklichung ihres Programms nahm die Partei Kurs auf Entfaltung des bewaffneten Volkskampfes. Im Jahre 1942 wurde die Gwardia Ludowa — die Streitkräfte der PPR — aufgestellt. Der Stab der Gwardia Ludowa formierte Partisanentrupps und leitete ihren Kampf.

Den Kampf des Volkes gegen den Hitlerfaschismus führend, formulierte die PPR zugleich die Aufgaben, die das Land und die Arbeiterklasse sofort nach Vertreibung der Okkupanten vom polnischen Boden zu bewältigen hatten. Am 1. März 1943 veröffentlichte das ZK der PPR eine Deklaration, die die Grundbestimmungen der demokratischen Umgestaltungen im künftigen Polen — das PPR-Minimalprogramm — enthielt. Die Deklaration wies dem Volk den Weg zur Befreiung, sie mobilisierte alle demokratischen Kräfte des Landes zum Kampf für ein freies, unabhängiges Polen und schloß sie zusammen. Bei der Analyse der Lage im Lande und der Veränderungen im Bewußtsein der Volksmassen konstatierte die PPR eine beträchtliche Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im nationalen Befreiungskampf.

In ihrem neuen programmatischen Dokument, der Deklaration „Wofür wir kämpfen“ vom November 1943, formulierte die PPR die Leitsätze, darauf gerichtet, ein Volkspolen zu schaffen, das in Europa eine neue Rolle spielen, sich auf das Bündnis mit der UdSSR und allen demokratischen friedliebenden Ländern stützen und den sozialistischen Weg gehen würde. Die PPR stärkte die Aktionseinheit mit den linken Sozialisten, dem linken Flügel der Bauernbewegung und dem fortschrittlichen Teil der städtischen Schichten. So formte sich eine antifaschistische nationale Front unter Führung der Kommunisten.

Am 1. Januar 1944 wurde in der Illegalität die Krajowa Rada Narodowa (KRN, Landesnationalrat) gebildet. Sie übernahm die oberste Gewalt im Lande. Zu ihrem Vorsitzenden wurde Bolesław Bierut (PPR) gewählt. Die KRN,

deren Programm der politische Kurs der PPR zugrunde lag, übte einen bestimmenden Einfluß auf die gesamte spätere Gestaltung des neuen politischen Kräfteverhältnisses aus. Die wahren demokratischen Kräfte sowohl im Lande als auch im Exil stellten sich entschieden auf die Seite der KRN.

Der PPR gebührt das große historische Verdienst, die Konzeption eines neuen polnischen Staatswesens ausgearbeitet und in die Tat umgesetzt, Volkspolen in gerechten Staatsgrenzen geschaffen zu haben.

Schon im Zuge der Vertreibung der faschistischen Truppen wurde mit einer radikalen Agrarreform begonnen, worauf die Nationalisierung der großen und mittleren Industrie, des Verkehrs und der Banken folgte. Im Ergebnis dieser Umgestaltungen wurden die Klassen der Gutsherren und der Kapitalisten im Lande liquidiert.

Nachdem die Sowjetarmee 1944/45 das polnische Volk vom Hitlerfaschismus befreit hatte, begann in der Geschichte Polens eine neue Epoche. Am 21. Juli 1944 wurde unter Führung der Partei das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung — die erste Arbeiter-und-Bauern-Regierung im befreiten Polen — gegründet. In den befreiten Gebieten wurden die demokratischen Freiheiten verkündet und garantiert sowie Maßnahmen zur Besserstellung der Werktätigen von Stadt und Land getroffen. Führend im Block der linken progressiven Kräfte war die PPR. Unter ihrer Leitung wurde mit tiefgreifenden sozialökonomischen Umgestaltungen begonnen. Das Land schlug entschieden den Weg des sozialistischen Aufbaus ein.

Im Manifest des Befreiungskomitees wurde hervorgehoben, daß Polen in seiner Außenpolitik sich auf das feste Bündnis und die Freundschaft mit der UdSSR stützen würde. In ihrer praktischen Tätigkeit bemühte sich die PPR um die polnisch-sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit. In der Resolution „Über die politische Lage und die Aufgaben der Partei“ vom 26. September 1944 und dann im Aufruf zum 27. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verpflichtete das ZK die Parteiorganisationen und alle Kommunisten, eine breite Kampagne zu entfalten, um dem Volk die Bedeutung des polnisch-sowjetischen Bündnisses für die Entwicklung Polens sowie die internationale Rolle der UdSSR zu erläutern.

Das Bündnis zwischen der UdSSR und dem Polen, das im Laufe des Kampfes gegen die Naziokkupanten entstanden war, fand seine Verkörperung in dem am 21. April 1945 unterzeichneten Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit.

Bei der Umsetzung der Prinzipien des sozialistischen Aufbaus und bei der

Neugestaltung des Staates berücksichtigte die PPR die konkreten Bedingungen, historischen Traditionen, das wirtschaftliche Entwicklungsniveau und den Grad des Bewußtseins des Volkes. Sie maß der Aufgabe große Bedeutung bei, die breitesten Volksmassen für sich zu gewinnen.

Die polnischen Kommunisten waren sich darüber klar, daß der sozialistische Aufbau in Polen nur bei der Vereinigung der Arbeiterparteien zu einer einheitlichen marxistischen Partei erfolgreich sein konnte. Auch die linken Sozialisten begriffen, daß die Zusammenarbeit mit der PPR und die ideologisch-politische Annäherung an sie eine grundsätzliche Bedingung für die Errichtung der neuen Gesellschaftsordnung bildeten. Die Vereinigung der Arbeiterbewegung wurde objektiv notwendig. In dieser Hinsicht stimmten die PPR und die PPS-Linke voll und ganz überein. Im Dezember 1948 vereinigten sie sich zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

Die Tätigkeit der PPR umfaßt eine historisch kurze Zeit, aber ihre Verdienste sind groß. Diese Partei kämpfte heldenhaft in der schwersten Zeit der polnischen Geschichte, als das Land von Hitlertruppen okkupiert war, als Terror und Gewalt Tausenden Mitgliedern und Sympathisanten der PPR das Leben kosteten. Unter schöpferischer, den konkreten Verhältnissen Polens angepaßten Anwendung von Lenins Theorie der Revolution erarbeitete und realisierte die PPR die Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse an einer scharfen Wende der Geschichte des Landes und legte das Fundament der neuen Gesellschaftsordnung in Polen.

Die VR Polen wurde zu einem festen Mitglied der brüderlichen Familie der sozialistischen Länder. Die Grundlage ihrer Außenpolitik ist die Festigung der Zusammenarbeit und Freundschaft mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten.

Die letzte Zeit war für Polen schwer. Unter Ausnutzung der Fehler seiner ehemaligen Führung provozierte die innere und äußere Reaktion eine tiefe politische, soziale und wirtschaftliche Krise. Die von den polnischen Behörden getroffenen entschiedenen Maßnahmen setzten den Versuchen der Konterrevolution ein Ende, das Land von dem vom Volk gewählten sozialistischen Weg abzubringen. Wie Armeegeneral Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates, in seiner Botschaft an das polnische Volk hervorhob, gehört beim Aufbau des Sozialismus der Partei eine besondere Rolle, dieser Partei, die im Prozeß der historischen Wandlungen nach wie vor die aktive und schöpferische Kraft ist.

R. JERMOLAJEWA
A. MANUSSEWITSCH

„Friedenslager am Großen Tor der US Air Force Base Greenham Common, Newbury“. Diese Anschrift wurde zum Symbol des Kampfes der britischen Friedensfreunde gegen die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen und für die Auflösung aller US-Stützpunkte in Großbritannien. Die Briefträger haben sich rasch an diese Adresse gewöhnt, obwohl sie offiziell nirgends registriert ist, und bringen regelmäßig viele Briefe aus ganz England hierher. Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Altersstufen, alle, die nicht zur Geisel der Kernstrategie Washingtons werden wollen, bringen darin ihre Solidarität und ihre Unterstützung für die Teilnehmer des Friedenslagers zum Ausdruck.

Wir kamen an einem kalten Wintertag nach Greenham. Ein hoher Drahtzaun, riesige Rollen Stacheldraht. Auf einem kleinen Flecken neben der Zufahrt zum Stützpunkt Zelte und alte Campinganhänger.

Wir wärmen uns mit den anderen an einem Lagerfeuer. Viele tragen die Abzeichen „Feldzug für Kernabréistung“ und „Newbury gegen Cruise Missiles“. Wir machen uns mit Marion Henh, Caroline Taylor, Effie Leeh und anderen bekannt. Während sie uns aus einem rauchgeschwärzten Kessel Tee anbieten, beantworten sie unsere Fragen. Das Lager wurde am 5. September, nach einer Protestdemonstration gegen die Stationierung von US-Marschflugkörpern in Greenham Common aufgeschlagen. Ein Teil der Demonstrationsteilnehmer hatte damals, ohne groß darüber zu reden, beschlossen, die folgende Nacht am Tor des Stützpunkts zu verbringen. In der ersten Zeit wurde in Schlafsäcken übernachtet. Dann schenkten ihnen Anwohner ein paar alte Zelte und Campingwagen. Die Teilnehmer des Lagers betonen, ohne die tägliche Unterstützung durch die Bevölkerung von Newbury hätten sie nicht so lange aushalten können.

Als die Regierung Thatcher beschloß, US-Raketen unweit von Newbury zu stationieren, war sie überzeugt, nicht auf den Widerstand der Bevölkerung zu stoßen, denn die meisten Hiesigen wählen traditionell konservativ. Tausende arbeiten im nahegelegenen Oldermaston, dem Kernforschungszentrum, und in Burghfield, wo Kernsprenzköpfe modernisiert werden.

Doch die Einwohner von Newbury

BEGINNT DER KRIEG IN GREENHAM COMMON?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Wladimir PAWLOW

verstanden sehr gut, daß im Falle eines Krieges ihre Stadt automatisch in die Schußlinie gerät, daß die auf die UdSSR gerichteten Cruise Missiles die Stadt keineswegs schützen, sondern sie vielmehr zur Zielscheibe für den Gegenschlag machen. So entstand die Organisation „Newbury gegen Cruise Missiles“. Sie kämpfte aktiv für die Aufhebung des Regierungsbeschlusses und verbreitete Flugblätter: „Beginnt der dritte Weltkrieg in Greenham Common?“. Es gab verschiedene Protestmärsche und Kundgebungen, darunter eine dreitägige Demonstration zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

„Die Initiatoren des Friedenslagers wußten, daß sie allein die monatelange Bestreikung des Stützpunkts nicht durchstehen würden“, sagte uns mit erkältungsheiserer Stimme Marion Henh. „Doch die Nachricht vom Lager verbreitete sich rasch durchs ganze Land und fand Anklang und Verständnis bei Tausenden Engländern. Ich selbst bin Studentin aus Manchester, habe mir frei genommen und bin nun schon ein paar Wochen hier. Praktisch jeden Tag kommen Leute aus London, Sheffield und Birmingham nach Greenham Common. Viele nehmen unbezahlten Urlaub für ein paar Tage. Besonders bevölkert ist es hier am Samstag und Sonntag. Uns alle vereint das Ziel, die gefährlichen Kriegsvorbereitungen zu behindern.“

Nun mischt sich Caroline Taylor in die Unterhaltung: „Wir haben Kontakte zu Friedensfreunden in anderen Ländern. Ich war vor kurzem in den USA und bin dort mit Friedenskämpfern zusammengetroffen. In Europa wie in den USA glauben die meisten Leute nicht recht an Reagan und seine „Friedensinitiativen.““

Dessen „Null-Lösung“ verfolgt, nach Ansicht unserer Gesprächspartner rein propagandistische Ziele. Die Erklärung des US-Präsidenten, ein „begrenzter Kernkrieg“ sei möglich, habe nur ihre Überzeugung verstärkt, daß der Beschuß über die Stationierung der Marschflugkörper in Großbritannien unbedingt zurückgenommen werden muß, betonen sie.

Die Ortsleitung der Konservativen versuchte mehrmals, das Lager in Greenham Common aufzulösen, mit der Begründung, es handele sich um eine illegale Landbesetzung. Der letzte Versuch wurde kurz vor Weihnachten unternommen, verlief aber wie die vorhergehenden im Sand. Außerdem fanden die Leute von Greenham Common Nachahmer. Streikposten von Friedensanhängern umstellten den Stützpunkt in Molesworth, wo US-Marschflugkörper stationiert werden sollen.

Beunruhigt über das Ausmaß der Antiraketenbewegung, leitete das offizielle London eine Propaganda-Kampagne ein, mit der die Doktrin von der „nuklearen Abschreckung“ schmackhaft gemacht werden soll. Die Anwohner jener Gegenden, in denen Raketen stationiert werden, erhalten Broschüren, die das militärische Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West verzerrt darstellen. Bewußt verschwiegen wird, daß die Entscheidung über den Start der Cruise Missiles allein bei den USA liegt. Das ist kein Zufall, denn die Antikriegsbewegung in Großbritannien nimmt immer stärker antiamerikanische Orientierung an. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Die Ergebnisse einer Meinungsumfrage im November zeigen: 57% der Briten glauben, daß die Politik Reagans einen Krieg wahrscheinlicher macht. 59% der Befragten wenden sich gegen die Stationierung jeglicher US-Kernwaffen auf britischem Territorium.

Obwohl die Öffentlichkeit mit allen möglichen Fehlinformationen eingeschüchtert werden soll, gelangen Angaben in die Presse, die es gestatten, die wahren Ausmaße der US-Militärpräsenz in England zu beurteilen. Mitarbeiter des Fernsehens und des „New Statesman“ fanden heraus, daß Pentagon-Generale über mehr als 100 Luftwaffen- und Marinestützpunkte, Satellitenkontrollstationen und Nachrichtenpunkte für mit Kernraketen bestückte Unterseeboote verfügen.

Von Southampton im Süden bis Thurso im Norden, von Brawdy in Wales bis Lakenheath in Ostengland hat das Pentagon seine Fangarme

100 US-STÜTZPUNKTE



- Hauptstützpunkte der USA
 - Stützpunkte der USA
 - Kontroll- und Nachrichtenstationen, Lager

Die Linien zeigen die Kommunikationssysteme zwischen den Stützpunkten

Karte aus „New Statesman“ (Großbritannien)

ausgestreckt. „Observer Magazine“ schreibt, Großbritannien sei praktisch zu einem gigantischen amerikanischen Flugzeugträger geworden, der ständig vor Europa liege und mit Militärmaschinen und Raketen ausgerüstet sei, die in eine Richtung, nach Osteuropa und Rußland, zielen.

Das ist keine journalistische Überreibung.

Hier nur ein paar Beispiele:

100 Kilometer nördlich von London liegt die Ortschaft Lakenheath, wo die 48. taktische Luftwaffenbrigade der USA mit vier F-111-Geschwadern stationiert ist. Dort gibt es rund 4500 US-Militärangehörige und 500 Zivilfachleute.

Die Jagdbomber F 111 haben einen Aktionsradius über 4500 km und sind für Atombombenangriffe auf Ziele in der Sowjetunion gedacht. Sie können Bomben mit einer Spengkraft bis zu 300 KT tragen. In England befinden sich ständig 156 Maschinen dieses Typs. Außer in Lakenheath sind F 111 auf dem Luftstützpunkt Upper Heyford bei Oxford stationiert.

Auf Stützpunkten in Bentwaters und Woodbridge (Grafschaft Suffolk) stehen 108 A-10-Maschinen „Thunderbolt“, die zu Angriffen auf vorderste Stellung des Gegners bestimmt sind.

Unweit von Oxford und Brize Norton liegt der Stützpunkt der B-52-Bomber, die regelmäßig provokatorisch die Grenzen der DDR zu Manövern anfliegen. Bei einem Anflug kann so eine Maschine bis zu 50 t Bombenlast abwerfen. US-Piloten nennen das „Saturation bombing“. Ein britischer Journalist, der an einem Übungsflug teilgenommen hatte, berichtete besorgt über einen bedrohlichen Zwischenfall. Bei dem B 52, mit dem er flog, setzte plötzlich das Radargerät aus, und die Besatzung wußte mehrere Minuten lang nicht, ob sie schon die DDR-Grenze überflogen hatte. Das ist natürlich kein Einzelfall und eindeutlicher Beweis dafür, welche dramatischen Folgen diese provokatorischen Spiele haben können.

Das Haed-Quarter der Third Air Force in Mildenhall hat über 20 000 Mann Militärpersönal. Vier „fliegende Befehlsstände“ Boeing 707 sind hier ständig einsatzbereit.

Von Mildenhall steigen regelmäß-

Big SR 71 und andere Maschinen zu Spionageflügen an die Grenzen der sozialistischen Länder auf. Auf dem Stützpunkt in Woodbridge befinden sich C-130-Flugzeuge. Sie haben die Aufgabe, Kapseln mit Filmen abzufangen, die US-Aufklärungssatelliten an Fallschirmen abwerfen.

Der Marinestützpunkt Holy Loch bei Glasgow betreut zehn mit Poseidon-Raketen bestückte US-U-Boote.

Dieser Tage verkündete das Pentagon seine Absicht, in Großbritannien Nervengas zu lagern.

Zweifellos kennt das britische Verteidigungsministerium die Gefahr, die von den US-Stützpunkten ausgeht. Nicht umsonst sahen die Zivilverteidigungsübungen „Square leg“ 13 Nuklearangriffe gegen US-Stützpunkte vor. Verteidigungsminister Nott tut so, als wisse er nicht, daß mit der zunehmenden Anzahl von Startplätzen für Kernwaffen auch die Wahrscheinlichkeit zunimmt, daß Großbritannien in die Zone des Gegenschlags gerät.

Die demokratische Öffentlichkeit des Landes hat mehrfach daran erinnert, daß das Pentagon, während es auf die Stationierung der Cruise Missiles drängt, vor allem amerikanische Interessen und nicht den Schutz der Verbündeten im Auge hat. Es ist kein Geheimnis, daß die großen US-Stützpunkte in England eigene Nachrichtenwege besitzen, unabhängig von der NATO oder vom britischen Verteidigungsministerium. Immer wieder traf Washington wichtige strategische Entscheidungen, ohne London zu benachrichtigen. Die britische Regierung erfuhr davon dann beinahe erst aus der Zeitung. So war es beispielsweise, als die Amerikaner ihre britischen Stützpunkte während des Nahostkriegs 1973 oder bei der mißglückten Aktion zur Rettung der Geiseln in Iran benutztten.

Die Antikriegsbewegung in Großbritannien will den Plänen der US-Administration und der konservativen Regierung zuverlässige Schranken setzen.

London

Vor kurzem beginnen wir chilenischen Kommunisten ein ruhmreiches Jubiläum: den 60. Jahrestag der Gründung unserer Partei. Lange vor der Parteigründung entwickelte sich in Chile die Arbeiterbewegung, vor allem in Form von Streiks. Seit 1912 existierte bei uns die Sozialistische Arbeiterpartei. Sie leistete eine große Arbeit bei der politischen Erziehung der Arbeiterklasse.

Die Gründung der KP Chiles geschah unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland. Immer mehr Werktätige verstanden, daß nur Streiks nicht zur sozialen Gerechtigkeit führen. Ende Dezember 1921 tagte der IV. Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei. Am 2. Januar 1922 nahm er den Beschuß an, sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen und die Partei in Kommunistische Partei Chiles umzubenennen.

Eine große Arbeit zur organisatorischen und ideologischen Festigung der Partei leistete Luis Emilio Recabarren. Der Drucker und Autodidakt ging in unsere Geschichte als Führer und Lehrer der Arbeiterklasse ein.

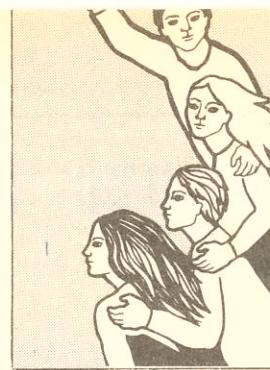
Von der marxistisch-leninistischen Ideologie geleitet, ging die Kommunistische Partei Chiles seitdem einen ruhmreichen Kampfweg, mit Erfolgen und Mißfolgen. Viele Jahre mußten wir in der tiefsten Illegalität kämpfen. In einer für das Land schweren Zeit, als sich der „Präsident der harten Hand“ Arturo Alessandri am Ruder befand (1932 bis 1938), unternahmen die chilenischen Kommunisten den ersten ernsthaften Versuch, eine breite politische Koalition zu schaffen: die Volksfront, zu der auch die Sozialistische, die Radikale und andere Parteien gehörten. Im Ergebnis ihrer gemeinsamen Anstrengungen errang 1938 bei den Präsidentenwahlen der Volksfrontkandidat Pedro Aguirre Cerda den Sieg.

In den 50er Jahren stellten wir uns die Aufgabe, ein Parteibündnis zu bilden, das es uns erlaubt, erfolgreicher den Kampf für die Demokratisierung des Landes, für eine Agrarreform, für die Beseitigung der Herrschaft der einheimischen Oligarchie und der ausländischen Monopole zu führen. Dieses Ziel wurde 1969 mit der Schaffung der Unidad Popular (Volkseinheit) erreicht. Ein Jahr später errang ihr Kandidat Salvador Allende den Sieg bei den Präsidentenwahlen.

Mit diesem Zeitpunkt beginnt eigentlich die erste chilenische Revolution. In den drei Regierungsjahren der Unidad Popular wurden radikale wirtschaftliche Umgestaltungen vollzogen. Grundsätzlich änderte sich unsere Außenpolitik. Chile begann, einen unabhängigen Kurs zu steuern. Schon einen Tag nach dem Machtantritt der neuen Führung wurden Beziehungen zu Kuba aufgenommen. Chile wurde nach Kuba das zweite Land in Lateinamerika, das diplomati-

SCHLACHT UNTERWEGS

Américo ZORRILLA
Mitglied der Politischen Kommission
des ZK der KP Chiles



sche und Handelsbeziehungen zur DDR aufnahm.

Unter Allende nahm der Staat die Naturschätze in die eigenen Hände, indem er die Großbetriebe zur Gewinnung von Kupfer, Eisenerzen und Salpeter sowie zur Zementherstellung nationalisierte. In Staatseigentum gingen die Aktien von 70 großen Monopolen und 16 von 18 der im Lande existierenden Handelsbanken über. Unter Staatskontrolle kamen 90% des Exports und 60% des Imports. Die Organe der neuen Macht exproprierten die Latifundisten und übergaben Bauern sechs Mio ha Ackerland.

Alle diese im Programm der Unidad Popular vorgesehenen revolutionären Umgestaltungen berührten natürlich auch die Interessen der Multis, die vor dem in Chile wie bei sich zu Hause schalteten und walteten. Deshalb begann Washington schon in den ersten Tagen der Präsidentschaft Salvador Allendes, eilig eine Verschwörung gegen die Volksregierung anzuzetteln.

Am 11. September 1973 wurde infolge der heimtückischen Bemühungen der USA-Multis, der CIA und Henry Kissingers persönlich die Regierung der Unidad Popular gestürzt und Präsident Allende bestialisch ermordet. Es begann die schwerste Periode in der Geschichte Chiles und eine Zeit harter Prüfungen für die Kommunistische Partei. Eines der ersten Ziele der Pinochet-Diktatur war die Vernichtung der Kommunisten und aller Marxisten. Die Junta verbarg ihre Absichten gar nicht, sie setzte für diese blutige Kampagne einen gewaltigen Unterdrückungsapparat ein. Als sich die faschistische Nacht über das Land senkte, unterbrach jedoch die Kommunistische Partei nicht einen Augenblick ihre Tätigkeit. Heute kämpfen im Lande gegen die Diktatur nicht nur die Kommunisten, sondern in dieser oder jener Form alle Parteien der Unidad Popular, die MIR und die Christdemokraten.

Im Oktober 1973, als die Massen noch durch die Niederlage desorientiert waren, gab die Partei ihre erste politische Erklärung ab. Sie unterstrich den faschistischen Charakter der Diktatur und rief zur Einheit auf. Das politische Dokument der KP Chiles bewies die äußerste Notwendigkeit des Zusammen-

schlusses der demokratischen Kräfte für die Befreiung Chiles von der faschistischen Tyrannie. Damals verstanden vielleicht nicht alle die ganze Tragik der Situation. Aber jetzt haben jene, die an eine allmähliche Entwicklung der Diktatur zur politischen Toleranz hin glaubten, ihre Illusionen endgültig begraben. In Weiterentwicklung der Gedanken und programmatischen Aussagen unserer ersten politischen Erklärung und unter Berücksichtigung der Veränderungen in den Stimmungen der Massen entlarvten wir das von Pinochet 1980 veranstaltete Plebisit als reinen Volksbetrug. Die Kommunisten wiesen den in der entstandenen Situation einzigen möglichen Weg zur Gewinnung der Freiheit — den Weg des Volksaufstands.

Der Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalán, erklärte: „Das Recht des Volkes auf Aufstand gewinnt immer umkehrbareren Charakter. Der Faschismus selbst schafft eine Situation, da das Volk keinen anderen Weg hat, als zu allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu greifen, zu allen notwendigen Kampfformen, einschließlich äußerst gewalttätiger.“

Wenn wir jetzt das Jubiläum unserer Partei begehen, verstehen wir chilenischen Kommunisten, wie wertvoll ihre 60jährigen Erfahrungen sind. Sie sind uns Waffe und Inspiration für den heutigen Kampf. Wir gehen davon aus, daß alle Oppositionskräfte bereits schlüssig folgerten: Pinochet geht nicht von selbst, man muß ihn davonjagen.

Immer mehr Werktätige überwinden ihre Angst vor Repressalien und beginnen, neue Kampfformen zu nutzen. Sie erkennen, daß sie im Kampf für ihre gerechten Tagesforderungen gleichzeitig auch zu ihrer Befreiung voranschreiten. Ein Beispiel mag der Streik von mehreren tausend Bergarbeitern der Grube „El Teniente“ im letzten Jahr sein. Dabei demonstrierten die Kumpel einen hohen Kampfgeist. In den Versammlun-

gen der Arbeiter gingen die Diskussionen über das Wirtschaftliche hinaus und berührten ernste politische Probleme. Bei Straßenkundgebungen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Bergarbeiter und Studenten schlossen ein Abkommen über Aktionsgemeinschaft ab. Die Bewegung gewann noch größeres Ausmaß, als sich ihr Freischaffende und Händler anschlossen.

Der Streik auf der Grube „El Teniente“ markierte den Beginn einer neuen Etappe im Kampf der chilenischen Werkzeugmacher. Die folgenden Aktionen von Hafenarbeitern und Kumpeln bewiesen, daß das Klassenbewußtsein der Werkzeugmacher Chiles und ihre Kampfbereitschaft wachsen.

Ein neuer Zug an diesen Ereignissen ist auch die massenhafte Teilnahme der Frauen, Töchter und Schwestern der Streikenden. Sie arbeiten in Streikkomitees und nehmen an Demonstrationen teil. Ein Beispiel: Zur Streikversammlung im Hafen San Antonio kam eine Jugendliche und bat um Erlaubnis zur Teilnahme mit den Worten: „Dieser Platz gehört mir zu Recht. Ich will meinen Vater ersetzen, den die Faschisten erschossen.“

Jeden Tag werden die Formen des antidiktatorischen Widerstands vielfältiger. Unsere Genossen teilten uns folgenden Vorfall mit. Während eines Fußballspiels zwischen den Mannschaften Paraguays und Chiles im Nationalstadion von Santiago ging für 10 Minuten das Licht aus. In dieser Zeit regnete es auf die Tribünen Tausende Flugblätter, die die Freilassung Antonio Maidanas forderten und Stroessner und Pinochet entlarvten.

Das chilenische Volk begreift, daß der Kampf gegen Pinochet gleichzeitig der Kampf gegen den US-Imperialismus ist, der das volksfeindliche Regime unterstützt, weil es die Reichtümer des Landes dem amerikanischen Kapital zur Plünderung freigibt. In der Avantgarde der patriotischen Kräfte schreitet die Kommunistische Partei Chiles, die mit den Interessen aller chilenischen Werkzeugmacher eng verbunden ist. Treu dem Marxismus-Leninismus, reift und stärkt sie sich bereits sechs Jahrzehnte in den Klassenkämpfen.

GELD, WAFFEN UND SÖLDNER

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Die Botschaft des Präsidenten war so alarmierend und unerwartet wie eine Explosion, schrieb die „New York Times“. Der Präsident warnte den Kongress vor der drohenden Gefahr eines Regierungsumsturzes in Nikaragua. Er führte zur Entstehung eines antiamerikanischen Staates in der westlichen Hemisphäre und bedrohte den Panamakanal. Hinter den Kulissen sei „die Hand Moskaus“ zu sehen.

Zwei Tage später gab der Außenminister weitere Details in einem sehr umfangreichen Dokument bekannt. Daraus war ersichtlich: Die Waffen gelangen nach Nikaragua durch benachbarte Länder. „Zeugenaussagen“, „Fotodokumente“ und „unwiderlegbare“ Angaben der Aufklärung wurden angeführt. Später konnten die „Beweise“ zwar nicht erhärtet werden, aber wozu auch? Die Antwort Washingtons stand fest...

Die Rede ist nicht von den 1979er Ereignissen, als das nikaraguanische Volk die Diktatur stürzte. Die „rote Gefahr“ sahen im Januar 1927 Präsident Calvin Coolidge und sein Außenminister Frank Kellogg. Unter den Salven der Anklageschrift landete der Kreuzer „Rochester“ Einheiten der Marineinfanterie an der nikaraguanischen Küste, zur „Verteidigung amerikanischer Bürger“.

Daraus wurde eine faktische Besetzung des Landes. Dann gingen die Amerikaner heim, aber ihre Günstlinge blieben. Als auch die gehen mußten, war das Weiße Haus empört. Seitdem nehmen die Drohungen gegen Nikaragua zu. Die Warnungen vor der Möglichkeit einer militärischen Intervention (von Außenminister Alexander Haig) oder einer Seeblockade (von Präsidentenberater Meese) bezeugen den neuerlichen Versuch, den Prozeß sozialer Umgestaltungen zu erdrosseln, genau nach dem Coolidge-Kellogg-Rezept.

Das Vergessen von Lehren aus der Vergangenheit ist eine unheilbare Krankheit des US-Imperialismus. Kann Washington überhaupt aus der Vergangenheit lernen? Dafür müßte es die Souveränität anderer Staaten achten, ihnen das Recht auf selbständige und unabhängige Entwicklung zuerkennen und folglich auf die öffentliche Proklamierung des Rechts auf Intervention und Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen verzichten. Dazu ist das Wei-

ße Haus total unfähig. Seine Moral lautet: Das Recht ist auf der Seite des Stärkeren.

Diplomatie der Generäle

Der „Moralist“ Jimmy Carter begann im Grunde die militärische Einmischung in El Salvador mit der geheimen Ausbildung von Offizieren und Fliegern in Trainingszentren auf dem Territorium der USA und Panamas. Ebenfalls insgeheim entsandte er die erste Gruppe von Militärberatern nach El Salvador. Die Administration der Republikaner steigerte die antisowjetische Hysterie auf das Niveau der schlimmsten Zeiten des kalten Krieges. Haig erklärte unverfroren, die UdSSR und Kuba dächten an die „Eroberung Mittelamerikas“. Nicht mehr und nicht weniger. Darin bestünde laut Haig das Ziel einer „vierphasigen Operation“, die mit der „Eroberung Nikaraguas“ begonnen habe, sich mit „subversiver Tätigkeit“ in El Salvador fortsetze, worauf „Honduras und Guatemala folgen“ werden. Unter einem Hagel von Fragen gestand der Außenminister einen Tag später, daß weder die UdSSR noch Kuba Nikaragua erobert haben.

Die Liste der Staaten, in denen die Volksbewegung mit militärischer Gewalt unterdrückt werden soll, verrät die wahren Absichten Washingtons. Dabei sind die überreichten antisowjetischen Erfindungen ein Ablenkungsmanöver, sie gehören zum A und O der Kriegskunst.

Überhaupt lenken die militärischen Kategorien im Denken der gegenwärtigen Führung des Außenministeriums immer mehr Aufmerksamkeit auf sich, ebenso wie die Personen, die die Lateinamerikapolitik ausarbeiten.

Die militärische Vergangenheit des Außenministers ist gut bekannt. Seine nähere Umgebung, besonders im Büro für Interamerikanische Angelegenheiten, ähnelt ihm. Den Posten eines Sonderberaters hat General Vernon Walters, ein früherer Vizechef der CIA, inne, der eine Schlüsselrolle beim Militärputsch in Brasilien 1964 und beim Sturz der Allende-Regierung in Chile spielte. Für ihn war der Krieg in Vietnam „einer der edelsten und uneignen-nützigsten Kriege, an denen die USA je teilnahmen“. Der General tat viel zur Festigung der militärischen Be-

ziehungen der USA zu den repressiven Regimes in Chile, Honduras, Guatemala und El Salvador.

Ein weiterer Sonderberater ist General Gordon Sumner. Bis vor kurzem leitete er den Rat für Interamerikanische Sicherheit, eines der Gehirnzentren der extrem Rechten. Nach Meinung des Rats ist die Politik der jetzigen Administration gegenüber Lateinamerika zu weich. Die Sonderabteilung für die Karibik leitet der Ex-Oberst der Marineinfanterie, Robert McFarlane.

Unter den Zivilpersonen spielen eine besondere Rolle Thomas Enders, der Berater des Außenministers für interamerikanische Angelegenheiten, und Roger Fontain, der im Rat für Nationale Sicherheit für Lateinamerika verantwortlich ist und die extrem Rechten vertritt. Enders ist Berufsdiplomat. 1973 leitete er persönlich als zweiter Mann der US-Botschaft in Phnom Penh die Vorbereitungen der massierten Angriffe von B-52-Bombern auf kambodschanisches Territorium. Nach seiner Meinung sind die Probleme Lateinamerikas auch „mit Gewalt“ zu lösen. Vergangene Erfahrungen kamen zweifellos bei der Ernennung des neuen Botschafters in El Salvador zum Tragen: Deane Hinton war, als in Chile Allende regierte, für die Wirtschaftsblockade seitens der USA verantwortlich.

Vor kurzem erklärte der Präsident Kostrikas: „Für das amerikanische Herangehen sind zwei fundamentale Probleme charakteristisch. Erstens kennen die Offiziellen in Washington die reale Lage in unseren Ländern fast überhaupt nicht. Zweitens dient ihre Politik nicht allgemeinen Interessen, sondern ausschließlich denen der Vereinigten Staaten.“ Diese Worte bezeugen, wie weit die USA gegangen sind. Aber in Washington hält man es nicht einmal für nötig, die imperialistischen Bestrebungen zu bemühten. In einem Anfall antisowjetischer Hysterie erklärte der „Christian Science Monitor“: „Erst wurde Nikaragua und jetzt El Salvador in einen Bürgerkrieg hineingezogen. Ebenso kurz vor dem Bürgerkrieg steht Guatemala. Wenn El Salvador und Guatemala Nikaragua folgen, wo der Sieg linker Aufständler den Krieg beendete, wird die Hegemonie der USA in Mittelamerika bedroht. In der Karibik lehnt es eine Gruppe von Staaten, die vor kurzem die Unabhängigkeit erlangten, ab, sich als Fortsetzung der Vereinigten Staaten zu betrachten.“ Ohne Zweifel: Diese seltene Offenheit inspirierten Generäle, abgetretene wie aktive.

In Dollars ausgedrückt

In Washington weiß man gut, wie ansteckend das Beispiel der sozialen Umgestaltung und der Befreiung vor-

ausländischem Diktat ist. Man kann sich hier leicht in Dollars die Verluste ausrechnen, die das Ende der unkontrollierten Ausbeutung fremder natürlicher und menschlicher Ressourcen bringt. Denn Mittelamerika und die Länder der Karibik sind nicht etwa die Empfänger kostenloser Hilfe, wie man in Washington gern weismacht. Sie liefern den USA 80% allen Bauxits und 60% aller Tonerde, seltene und Buntmetalle sowie Erdöl. Und für das Pentagon hat dieses Nord- und Südamerika verbindende Gebiet eine unschätzbare strategische Bedeutung.

Die Hegemonie der USA sicherten bislang hörige Militärregimes wie das Somozas. Einheimische Oligarchie und nordamerikanische Monopole plünderten, die Generäle und ihre Armeen bewachten das Plündergut. Die Krise der Militärdiktaturen bedeutete den Zusammenbruch des Systems der Unterordnung und Unterjochung. Wiederherstellung und Festigung dieses Systems ist das Wesen des US-Plans für Lateinamerika.

Jeane Kirkpatrick, UNO-Delegierte der USA und einziges Mitglied der Administration mit Professorentitel, behauptet, die Völker Lateinamerikas seien nicht reif für die Demokratie. Deshalb entsprachen autoritäre Regimes der jetzigen Entwicklungsetappe. Meint sie die mit ihnen einhergehende Armut und Rechtlosigkeit? Es ist alles ganz einfach: „Da die Entbehrungen der traditionellen Lebensweise gut bekannt sind, ertragen sie einfache Menschen gut, die in dieser Gesellschaft aufgewachsen sind und sich an diese Entbehrungen anpassen können.“ Deshalb sei es „unnötig und vom politischen Standpunkt unannehmbar,

sich vor der dritten Welt zu erniedrigen oder Reue zu üben“.

Diese unbedarften Überlegungen brachten Jeane Kirkpatrick nicht nur einen hohen Posten in der republikanischen Administration ein. Sie forderten auch die Entwicklung der Kampagne gegen den „internationalen Terrorismus“. Als „Terroristen“ werden alle bezeichnet, die für Freiheit eintreten und das US-Hegemoniestreben herausfordern.

Die Drohkampagne war der erste außenpolitische Akt der neuen Administration. Die USA erklärten, eine militärische Einmischung in El Salvador sei möglich, und versprachen, um mit Haigs Worten zu sprechen, „bis zur Quelle“ der Spannungen „vorzudringen“ (gemeint ist Kuba). Das klägliche Scheitern der Versuche, die Anklagen gegen Kuba zu beweisen, sowie die Massendemonstrationen der Amerikaner gegen eine Intervention in El Salvador zwangen die USA, diese Kampagne zu dämpfen. Jedoch gehen die Drohungen weiter. Aus den in den letzten Monaten bekannt gewordenen Fakten ergibt sich ein ziemlich präzises Bild des Plans, dessen Ausarbeitung sich seinem Ende nähert.

Mit fremden Händen

Da sie eine neue Welle von Emppörungen im eigenen Land sowie die Verschlechterung der Beziehungen zu Ländern wie Mexiko und Venezuela befürchten, würden die USA lieber hinter den Kulissen agieren. Sie betonen „kollektive Aktionen“ und die Zusammenarbeit von Ländern wie El Salvador, Honduras und Guatemala. Der Marineinfanterie zieht man heute Söldner vor. Ihrer-

seits versprechen die USA unbegrenzte militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe. Darauf zielt der in Washington entstehende „Mini-Marshall-Plan“ für Mittelamerika und die Karibik (siehe NZ 34/81).

Mitte Dezember nahm der Kongress ein Auslandshilfegesetz an. Es orientiert vor allem auf Militärhilfe. An wen? „An die weniger entwickelten Länder von besonderer strategischer Bedeutung, inclusive jener, die sich im karibischen Raum und am Rande des Indischen Ozeans befinden“, schreibt der „Christian Science Monitor“. Hilfe in Form von Geld, Waffen und Söldnern will das Weiße Haus vom Kongress auch für Länder wie Paraguay und Uruguay bekommen.

Eine Beratung des guatimaltekischen Präsidenten mit dem honduranischen Stabschef fand bereits in San Salvador statt. Guatemala und Honduras zogen große Militäreinheiten an der Grenze zu El Salvador zusammen. Die USA entsandten nach Honduras Militärberater und verdoppelten die Militärhilfe. Das 1977 wegen der eklatanten Menschenrechtsverletzungen eingeführte Embargo für Waffenlieferungen an Guatemala wurde im Juni 1981 insgeheim wieder aufgehoben. Pläne zur militärischen Ausbildung der Streitkräfte Guatemalas, Honduras' und El Salvadors auf US-Basen wurden verkündet. Lehnte nicht gerade deshalb die salvadorianische Junta Gespräche mit Vertretern der patriotischen Kräfte ab?

Zu den Söldnern gehören Banden aus in die USA emigrierten Konterrevolutionären. Am 5. Juli 1981 wurden in der Provinz Matanzas auf Kuba fünf Banditen ergriffen, die

Diese Diversanten erhalten in Florida die Ausbildung für Subversiven gegen Kuba.

Foto aus „Paris Match“ (Frankreich)



die Aufgabe hatten, am 26. Juli, dem Nationalfeiertag, ein Attentat auf Fidel Castro zu verüben.

In den USA und mehreren lateinamerikanischen Ländern gibt es derzeit 15 militärische Ausbildungszentren. Sie werden finanziert von der CIA sowie von Großgrundbesitzern und Industriellen.

Am 23. Dezember erschien auf der ersten Seite der „New York Times“ eine Korrespondenz aus Miami. Leidenschaftslos konstatiert ihr Autor: „In einem Lager unweit des Städtchens Everglades in Florida hat die militärische Ausbildung von Flüchtlingen“ (gemeint sind Konterrevolutionäre) „für eine Invasion in Nikaragua und den Sturz der dortigen Regierung besondere Dringlichkeit gewonnen“. Allen Einwänden gegen diese Tätigkeit auf USA-Territorium begegnet die Zeitung mit den Worten des bereits erwähnten Thomas Enders: „Es ist nichts Unge setzliches an den Militärübungen und daran, daß die Burschen durchs Gelände mit Waffen in den Händen robben, oder daran, daß sie sagen: ‚Uncle Sam, wir werden bereit sein, wenn Du bereit bist‘.“

Und die USA selbst? Nach der Möglichkeit einer militärischen Intervention befragt, erklärte Alexander Haig, die USA seien bereit, sich „vernünftigen und nötigen Aktionen“ in Mittelamerika „anzuschließen“. Es sei daran erinnert, daß der Einsatz von einheimischen Söldnern der erste Schritt des Kriegseintritts der USA in Vietnam war. Diese Konsequenz der Ereignisse ist auch jetzt nicht ausgeschlossen. Die Anzeichen dafür mehren sich jeden Tag. Das State Department schlug dem Pentagon bereits vor, die Pläne für Militäraktionen in El Salvador, gegen Kuba und Nikaragua zu vervollkommen. Pläne für eine Seeblockade Nikaraguas und die Verminierung seiner Häfen werden offen diskutiert, die Möglichkeiten von Bombardements kubanischer Militärobjecte und Industriezentren untersucht, die Truppen auf der US-Basis in Guantánamo verstärkt. Spionageflüge über Kuba häuften sich. In der Karibik fanden provokatorische Manöver statt, an denen zwei Flugzeugträger, 36 andere Schiffe und 200 Flugzeuge teilnahmen. Dabei wurde eine amerikanische Landetruppe auf der Insel Vieques abgesetzt. Bei gemeinsamen Übungen mit honduranischen Truppen wurde die Blockade El Salvadors eingeübt, am 23. November die Einrichtung eines neuen US-Kommandostabs für die Karibik verkündet.

Aber wie die Geschichte, deren Lehren man in Washington nicht beherzigt, beweist, sind die Hoffnungen auf den Erhalt von Diktaturen vergeblich.

New York

USA—KANADA

DRUCK AUS DEM SÜDEN

Ruslan CHASBULATOW

Die Beziehungen USA—Kanada finden gegenwärtig erhöhte Aufmerksamkeit in der westlichen Presse, und das hat seinen Grund. Beide Länder nämlich besitzen großes Gewicht im System des Imperialismus, und ihre Agreements wirken sich auf die politische Temperatur aus. Besonders heiß steht es um ihre Wirtschaftsbeziehungen.

Nachbarlicher Griff

Der US-Kapitalismus betrachtete zwei Jahrhunderte hindurch Kanada als Wurmfortsatz seines Wirtschaftskomplexes und dessen Bodenschätze als eigene Rohstoffbasis. Von dieser strategischen Konzeption ausgehend investierten die US-Monopole immer stärker in die Wirtschaft ihres nördlichen Nachbarn. Ihre Kapitaleinlagen übersteigen, so kanadische Experten, gegenwärtig 100 Md. Dollar.

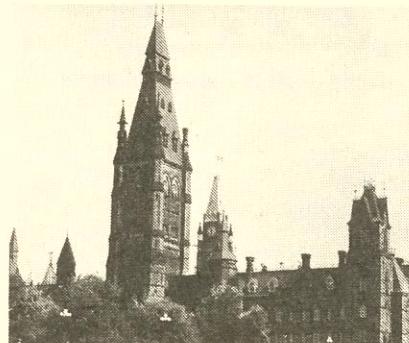
US-Konzerne kontrollieren hier 66% der Erdöl- und Erdgasindustrie, 39% der verarbeitenden und extractiven Industrie, über 30% der Hütten-, 32% der Zellulose- und Papier- sowie der Holzbearbeitungsindustrie. Das US-Business hat sich mehr oder minder auch in allen anderen Volkswirtschaftsbereichen eingestellt. Von 100 großen kanadischen Gesellschaften gehören 37 den Amerikanern.

Auf die USA entfallen über 70% des Außenhandels Kanadas. 1980 z. B. betrug das bilaterale Handelsvolumen 82 Md. Dollar. Der kanadische Export in die USA machte 42, der Import 40 Md. Dollar aus und beträgt etwa 20% des gesamten Exports der USA, was deren Ausfuhren in alle EG-Länder gleichkommt.

Die USA haben Wirtschaft und Handel Kanadas fest im Griff, und so fühlt sich das Land veranlaßt, Rücksicht auf die Prioritäten der Wirtschaftspolitik des südlichen Nachbarn zu nehmen. Der US-Einfluß wird auch in der Außen- und Innenpolitik des Landes spürbar, in seinem Sozialleben, in der Gewerkschaftsbewegung und im Wirken der Parteien.

Die amerikanische Finanz- und Industrieoligarchie schirmt ihre Enklaven in Kanada sorgfältig gegen westeuropäische und japanische Konkurrenz ab. Am stärksten aber fürchtet sie die Rivalität des kanadischen Kapitals.

Mit Unterstützung des Kabinetts Trudeau drängte die kanadische Bourgeoisie in den 70er Jahren die US- und andere Auslandsmonopole in einigen Schlüsselbereichen der Wirtschaft —



Erdölförderung, extractive und verarbeitende Industrie — ziemlich erfolgreich zurück. Die „Kanadisierung“ der Wirtschaft stieß jedoch schon damals auf eine ganze Reihe Probleme. Bis heute wurde das amerikanisch-kanadische Abkommen über den Automobilhandel von 1965 („Autopakt 65“) noch nicht verändert, ungelöst ist auch der Streit über die Fischereizonen (ein zwischen den USA und Kanada getroffenes Abkommen wurde vom US-Senat nicht ratifiziert).

Es entstanden auch neue Probleme, die die bilateralen Beziehungen zusätzlichen, darunter z. B. der notwendige Umweltschutz in den Grenzgebieten. Besonders heftig aber sind die Differenzen wegen der Energiepolitik der kanadischen Regierung.

Der Energiezwist

1980 legte das Kabinett Trudeau ein Energieprogramm zum Schutz der nationalen Interessen in den Schlüsselindustrien Erdöl und Gas vor. Geplant ist eine allmähliche Steigerung des kanadischen Anteils an der Erschließung der Erdöl- und Gasvorkommen des Landes auf 50% bis 1990 durch den Erwerb ausländischer Betriebe und ihre Kontrolle durch die staatliche Petro-Canada.

In Ottawa ist man sich des Einflusses des US-Kapitals bewußt und bemüht, eine offene Konfrontation zu vermeiden. Das Energieprogramm bezweckt deshalb nicht die Einstellung der Lieferungen an Strom, Erdöl und Gas an den südlichen Nachbarn (1980 bezogen die USA diese Artikel für 8 Md. Dollar). Es sieht lediglich die nationale Kontrolle über die Beteiligung von Auslandskapital im Energiebereich vor.

Jedoch selbst diese bescheidenen Ziele führten zu einer jähnen Zunahme der Spannungen zwischen Washington und Ottawa, da die US-Konzerne ihre Stellung in der kanadischen Erdöl- und

Gasindustrie selbst in der Zukunft nicht einbauen wollen. Das US-Außenministerium wollte das Vorgehen der kanadischen Regierung mit einem geharnischten Schreiben abblocken. Die kanadische Seite wurde der Verletzung der OECD- und der GATT-Statuten beschuldigt, die die Teilnehmerländer verpflichteten, die Tätigkeit ausländischen Kapitals nicht zu behindern.

Außenminister Haig allerdings mußte, nachdem er auf die harte Haltung seines kanadischen Kollegen gestoßen war, den Ton mildern. Er erklärte jedoch, die Energiepolitik Ottawas müsse Gegenstand zweiseitiger Verhandlungen werden. Dabei verbindet Washington eventuelle Zugeständnisse im Handel Kanada gegenüber mit einer „Minderung der nationalistischen Orientierung“ im Energieprogramm.

Noch komplizierter wirkt sich auf die Beziehungen USA—Kanada das langjährige Bemühen der Anhänger Trudeau aus, eine „Kanadisierung“ von US-Betrieben durchzusetzen. Dabei handelt es sich um große Gesellschaften in führenden Wirtschaftszweigen, die nach und nach erworben werden sollen.

Obwohl diese Pläne Ottawas die Amerikaner nicht weniger verärgern als das Energieprogramm, müssen sie sie in Rechnung ziehen, da die Pläne der Regierung Trudeau bei den meisten Kanadiern Unterstützung finden. Ein Grund für die Wahlniederlage der konservativen Regierung Clark 1980 und den Sieg des liberalen Pierre Trudeau war dessen klare Haltung hinsichtlich einer größeren Unabhängigkeit von den USA. Die „Business Week“ (USA) schreibt: „Umfragen haben ergeben, daß 80% der kanadischen Öffentlichkeit Trudeau's Kampagne für den Abbau der amerikanischen Kontrolle über die Erdölindustrie unterstützen, und einige Analytiker meinen, jegliche Androhung einer amerikanischen Einflußnahme werde Trudeau zugute kommen.“

Holpernde „Kanadisierung“

In einem Interview für die Zeitschrift „Fortune“ erklärte Industrie- und Handelsminister Herbert Gray, er sähe keinen Grund, weshalb die Maßnahmen seiner Regierung amerikanische und andere Auslandsgesellschaften beunruhigen sollten. „Kanada will ein attraktiver Platz für Geschäfte bleiben“, sagte der Minister.

Diese Vorsicht ist angesichts des Berichts über die Perspektiven für langfristige Investitionen in Kanada durchaus erklärlich, der 1981 von der New-Yorker Forschungs- und Beratungsfirma „Multinational Strategies“ veröffentlicht wurde. „Schwierigkeiten und Unsicherheit wachsen angesichts der Entschlossenheit der Kanadier, einen wesentlicheren Anteil der nationalen Wirtschaft unter Eigenkontrolle zu stellen.“

Zum erstenmal gibt es nun in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft die reale kanadische Alternative zur Auslandskontrolle. Die Auslandsgesellschaften können ein sehr viel engeres Bündnis zwischen den kanadischen Behörden und den einheimischen Unternehmern erwarten, das den Ausbau der kanadischen Kontrolle im Geschäftsleben bezieht.“ Nach Ansicht der Berichtsfasser aber verstärkt das die Unsicherheit ausländischer Unternehmer hinsichtlich der ökonomischen und politischen Konjunktur Kanadas.

Nicht ohne Ursache befürchtet das Kabinett Trudeau, eine entschiedene „Kanadisierung“ werde sich negativ auf die wirtschaftliche und soziale Lage auswirken. Die Erfahrungen der 70er Jahre ergaben, daß die Regierung bei einer relativ ruhigen Wirtschaftsentwicklung und einer gewissen Stabilität an der Sozialfront den Druck auf die Auslandsmopole verstärken und einige Maßnahmen zur erhöhten Kontrolle über deren Tätigkeit ergreifen kann. Verschlechtert sich dagegen die Wirtschaftslage, nimmt die innenpolitische Instabilität zu, entstehen politische Schwierigkeiten, vergessen die regierenden Kreise ihre Pläne zur „Kanadisierung“. Ja, sie schaffen sogar neuen Anreiz für das Eindringen von Auslandskapital, vor allem amerikanischem, um die „kranke“ Wirtschaft zu heilen.

Die Regierung muß auf die beachtlichen politischen Kräfte Rücksicht nehmen, die sich um die Gruppierungen einheimischer, mit den US-Konzernen langer Monopole zusammenschließen. Komplizierten Einfluß nehmen darauf auch der Integrationsprozeß der Wirtschaft beider nordamerikanischer Staaten und die vielfältige Verknüpfung geschäftlicher und politischer Interessen der Finanz- und Industrieoligarchie der USA und Kanadas.

Die kanadische Bourgeoisie muß auch eventuelle Repressalien seitens der USA in Rechnung ziehen. Der Vorstandsvorsitzende der Stelco Inc., einer großen kanadischen Hütten gesellschaft, meint beispielsweise: Wenn Trudeau nicht von seinem Energieplan abrückt, kann Reagan als Antwort darauf einen Schlag gegen die Erdöllauffinserien und die kanadischen Energiegesellschaften führen.

Der Druck der US-Monopole auf die Regierung Trudeau vollzieht sich angesichts verschärfter innenpolitischer Probleme des Landes: Die frankophile Bevölkerung der Provinz Quebec ruft nach Autonomie, es gibt heftige Diskussionen um den Entwurf der neuen Verfassung. Dadurch wird die Stellung des Kabinetts objektiv geschwächt, das aber dennoch an der praktischen Durchsetzung der Pläne zur „Kanadisierung“ der Wirtschaft festhält.

NZ **KOMMENTAR**

AGGRESSIONS-ANTRIEB

im Süden Angolas dauern die schweren Kämpfe zwischen den im August 1981 eingedrungenen südafrikanischen Truppen und Einheiten der angolanischen Armee an. Neben Luftwaffe und Panzern setzen die Rassisten Giftgas ein. Sie konnten einige Ortschaften einnehmen und das bereits früher besetzte Territorium ausdehnen. Aus einem Kommuniqué des VRA-Verteidigungsministeriums geht hervor, daß die RSA im Süden Angolas einen „Pufferstaat“ unter der nominellen Verwaltung des Verräters Savimbi, Chef der UNITA, schaffen will.

Die Beteiligung der USA an der Aggression Pretorias ist seit langem kein Geheimnis mehr. Die Reagan-Administration steckt auch hinter den jetzigen Angriffen der Interventen. Der Beweis: Die Rassisten verstärken ihre Kampfhandlungen gleich nach dem anderthalbwöchigen Aufenthalt Savimbis in Washington, wo er Geheimverhandlungen mit Beamten des Außenministeriums, darunter auch Außenminister Haig, führte. Außländische Beobachter äußern, die Ergebnisse dieses Besuchs lassen neue Komplikationen im Süden Afrikas erwarten.

Während die angolanische Armee heftige Kämpfe im Süden führt, wollen die imperialistischen Kräfte mit den USA an der Spitze eine zweite Front in den Nordgebieten eröffnen. Die Nachrichtenagentur ANGOP meldet die dortige Gründung eines „militärischen Widerstands“ mit US-Hilfe auf der Grundlage der einstigen konterrevolutionären Gruppierung der FNLA, die in den letzten Jahren dahinvegetiert.

Außländische Kommentatoren bringen diese neuen antiangolanischen Aktivitäten der USA und der RSA mit dem Mißerfolg zusammen, den sie bei dem Versuch erleiden, der Welt einen neokolonialistischen Plan zur Lösung des Namibia-Problems aufzudrängen. Die SWAPO und die „Frontstaaten“ haben viele seiner Punkte abgelehnt und Gegenvorschläge gemacht, die den neokolonialistischen Intentionen des Westens nicht entsprechen. Daher können die Versuche, einen „Pufferstaat“ zu schaffen und die Aggressivitäten der RSA zu verstärken, nichts anderes bezwecken, als den Kampf der namibischen Patrioten zu erschweren und den Willen Angolas sowie der anderen „Frontstaaten“ zu brechen.

J. BOTSCHEKARJOW

VERANTWORTLICHE LEUTE

„Andere Stationen haben eine begrenzte Sendezeit, wir aber senden permanent von 5 Uhr früh bis 1 Uhr nachts, also 20 Stunden pro Tag“, prahlte der Abteilungschef der Senderichtung Polen Michalowski vom Sender „Free Europe“ gegenüber der schweizerischen Zeitung „24 Heures“. Er und seine Mitarbeiter sind in letzter Zeit äußerst gefragt Leute im westlichen Blätterwald. Die Zeitungsmacher wissen sehr gut, welche Rolle „Free Europe“ für „ein verstärktes Gären unter den polnischen Arbeitern“ (der britische „New Standard“) spielt und überschwemmen den Münchner Sitz dieses CIA-Ablegers, um sozusagen aus erster Hand etwas über die antipolnische Kampagne zu erfahren.

Pan Michalowski aber ist keineswegs geneigt, alle und jeden in die Geheimnisse des psychologischen Krieges hineinrücken zu lassen. Der „New York Times“-Mitarbeiter John Vinocur bekam lediglich zu hören, daß gleich nach Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen die „Free Europe“-Sendezeit auf 24 Stunden erweitert und zusätzliche Sendepläne installiert wurden. Danach folgt in seiner Reportage der übliche Werbegag: „Die ungefähr 80 Leute, die den polnischsprachigen Dienst des Senders mit Mitteln der Vereinigten Staaten betreiben, fühlen, daß sie den Polen die unersetzlichste Information während der Krise bieten.“

Was für eine „unersetzlichste Information“ ist das, ohne die die Polen angeblich nicht auskommen? Auf diese Frage hat noch kein Journalist eine brauchbare Antwort erhalten. Der „New York Times“-Korrespondent erfuhru. a., daß „Free Europe“ wörtlich Meldungen des Warschauer Rundfunks wiederholt und Wettervorhersagen bringt: „In Gdańsk ist es kalt, und in Kraków ist Schneefall zu erwarten...“

Kaum viel mehr brachten auch die schweizerischen Medienonkels heraus: „Wir

haben keine sogenannten Unterhaltungsprogramme“, wurde ihnen von Pan Michalowski erklärt, der damit zu verstehen gab, daß „Free Europe“ was anderes zu tun hat. „Sprechen Sie in Ihren Sendungen von einer möglichen sowjetischen Intervention?“ wollte der Journalist wissen. „Natürlich, davon spricht ja die ganze Welt“, verkündete Michalowski und beteuerte gleich darauf: „Wir wollen jetzt unsere Reputation als verantwortliche Leute bewahren, die keine Spekulationen in den Äther schicken.“

Kein Wort also von der groben Einmischung des Senders in die Angelegenheiten des souveränen Polen, von der „Taktik der Brandflaschen“, die „Free Europe“ verfolgt, indem er die Polen zur Konfrontation mit der Regierung anstachelt, von der Unter-

stützung, die die Münchner Divisionsstation den Provokatoren der Solidarnosc und anderen konterrevolutionären Elementen erweist.

„Free Europe“ überläßt inzwischen in den Westen geflohenen Verrätern des polnischen Volkes mehrmals am Tag die Mikrofone, damit sie ihre einstige Heimat verieumden. Sie verbreiten die blödsinnigsten Geschichten von Hunderten Toten und Zehntausenden Verhafteten in Polen.

Die polnischen Massenmedien melden, daß sich die Lage im Land normalisiert. „Free Europe“ aber malt mit seinen Sendungen ein anderes Bild, stellt „Christian Science Monitor“ fest. Und da besitzen diese Herrschaften die Frechheit, sich als „verantwortliche Leute“ zu bezeichnen.

S. MICHAJLOW

PEKIN

In den letzten Tagen des Vorjahr Bilanz und nannten die wichtig auch die chinesische Zeitschriftungsskala aus!

Den ersten Platz erhielt der „Zenpolitiker aus 22 kapitalistischen“ war ergebnislos ausgegangen, als Hauptsache: Peking ist „der wah-

Als zweites Ereignis nennt die Lungen über Kampuchea“ (Sihan „auf der Suche nach Wegen zum Leben von politischen Leichen, aus dem Ehemaligen“ schmieden „Entwicklung einer großangelegten Westeuropas“. Dieser Punkt

Noch eine interessante Tatsache: außenpolitische Aktion der UdSSR, schwerweise hinter der Chinesische

ALL-ROUND-SCHUTZ

„Sie leiden unter dem Terrorismus“, wandte sich ein Pentagon Vertreter an die italienischen Militärs. „Hier ist ein Mittel, daß Sie und Ihr Besitztum vor jeder Bombe schützt.“

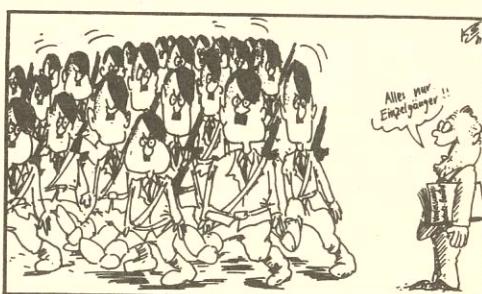
„EINZELGÄNGER“

Auf einer Pressekonferenz im Dezember 1981 versuchte Generalbundesanwalt Rebmann wieder einmal, die neonazistische Gefahr in der BRD zu verniedlichen. Die von der Polizei entdeckten mehr als 30 Lager mit Waffen, Munition und Giftstoffen, die neonazistischen Gruppen gehören, seien vermutlich von Einzelgängern angelegt worden, erklärte er. Da man nun einige von ihnen verhaftet hat und sie eventuell auch noch verurteilt werden, trete „eine gewisse Beruhigung im rechten Spektrum“ ein.

„In der Bundesrepublik gibt es... gegenwärtig rund 150 Rechtsextremisten, die notfalls bereit seien, für ihre Ziele Waffen zu gebrauchen und Anschläge zu verüben“, verlautbart das Innenministerium. Insgesamt bestehen, nach Angaben der Behörden, 75 neonazistische Gruppen und Vereine mit insgesamt 20 000 Mitgliedern. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1981 wurden von ihnen 43 Verbrechen verübt.

Anderen Pressemeldungen läßt sich jedoch entnehmen, daß in der BRD gegenwärtig offen und geheim doppelt so viele rechtsextremistische Gruppen am Werk sind, als die Behörden offiziell zugeben. Nicht mitgezählt sind dabei die Tausende ehemaligen aktiven Nazis, die geistigen Väter des faschistischen „Jungvolks“.

L. SMIRNOWA



Zeichnung aus „Die Wahrheit“ (Westberlin)

SICHT

In vielen Medien gewohnheitsmäßig internationalen Ereignisse. Das tut man. Wie nun sah ihre Welt-

Dialog". Das Treffen der Spitzenentwicklungsstaaten in Cancun hat die Zeitschrift nicht. Die der dritten Welt".

Die „drei seitigen Verhandlungen und Pol-Pot-Anhänger“ men Widerstand“. Dieses Treffen Pekinger Führung eine „Koalition, sehr viel wichtiger als die lischen Bewegung in den Län- feht an letzter Stelle.

Zeitschrift nimmt keine einzige mnis. Aber die werden üblicherweise auch nicht bemerkt.

D. POGORSHESKI

ese rummelplatzartige Szene unlängst auf einer Wiese in Nähe des Schlosses Pomerio Brianza zu beobachten. Die erikaner demonstrierten den teuropäern und in erster Linie Italienern ein „Wunderel“ gegen jeden Angriff, einsließlich des atomaren. Eine Container auf vier Rädern, angeblich jede Druckwelle, eine nukleare, aushält.

ngesichts der sich nach der ionierung amerikanischer schflugkörper in Comiso (Sinn) abzeichnenden Aussichten, innt dieser US-Vorschlag für Italiener einen besonderen. Er soll sie veranlassen, an Möglichkeit eines Kernangriffs gleichzeitig an die Übernschance im Fall der Kataphe zu glauben. Diese vervollmennete Variante eines Atomkers, die als „taktischer utzraum“ bezeichnet wird, sich im Garten neben dem aufstellen. Den Sarg auf Räni hat das Forschungszentrum rry Diamonds Laboratories“ Auftrag des Pentagon entkelt. Kostenpunkt: ca. eine irische Lire.

er Container lässt sich auch der Terroristenbekämpfung etzen, betonten die Amerikaden Italiener dabei auf die ineraugen tretend. Auf einen V montiert, kann er Polizisten bewaffneten Auseinandersetzen schützen. Außerdem kann den Container als provisorische Behausung in Erdbebenen benutzen, wo die Menen inzwischen völlig die Hoffnung auf neuen Wohnraum ver- n haben.

G. MACCHI

„Stärkste US-Militärpräsenz im Nahen Osten seit dem zweiten Weltkrieg“ nannte die „New York Times“ die „Bright-Star-Manöver“ Ende 1981 in Ägypten, Oman, Sudan und Somalia. Im Einsatz waren neueste Jagdbomber, die Raketen und Bomben über das Manövergelände streuten, in der Wüste rollten Panzer und Panzerfahrzeuge mit bis an die Zähne bewaffneten US-Soldaten. Und das alles, um die arabischen Nachbarländer einzuschüchtern.

Unser Foto: US-Landetruppen der „Eingreiftruppe“ bei der Ankunft auf einem Luftwaffenstützpunkt nahe Kairo. Die Waffen sind schußbereit. Auf wen werden sie gerichtet?

Foto aus: „Der Spiegel“ (BRD)



WARTEN AUF ARBEIT

„Ich bin gerne dort, wo Kommunisten erschlagen werden!“, „Ich töte gerne Kommunisten!“.

Sollten das Auszüge aus Memoiren einstiger SS-Leute sein? Oder Zitate aus Reden von Neonazis? Nein, es sind Äußerungen von Söldnern, die sich zu einem von der US-Zeitschrift „Soldier of Fortune“ organisierten Appell im US-Staat Arizona versammelt hatten.

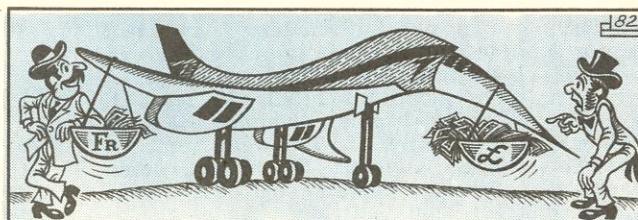
In den Pausen zwischen Marschritten und Übungsschießen sitzen die „Soldaten des Glücks“ bei einem Glas Bier in der Bar zusammen, um „die guten alten Zeiten“ wieder aufleben zu lassen, als sie ganze Länder in Angst und Schrecken versetzten. Doch die Zeiten wandeln sich. Auf Kuba, in Angola, Moçambique und kürz-

lich auch auf den Seychellen hatte man den Söldnern kräftig eins übergezogen. Auch in El Salvador geschieht ihnen das gleiche.

In den USA aber sind die Freunde blutigen Glücks noch nicht ausgestorben. Ein Inserat in „Soldier of Fortune“ lautet: „Spezialservice: Bewachung, bewaffnete Überfälle, Untergrundaktionen, riskante Aufträge — Professionals sind Ihnen zu Diensten.“

Die Mordspezialisten kümmern sich nicht um das Gesetz, das es US-Bürgern verbietet, unter der Flagge fremder Staaten zu kämpfen. Das gilt ihnen als reine Formalität. Und sie haben recht. Das Land, das sich selbst als Kämpfer gegen den Terrorismus aufspielt, setzt Söldner als Stoßtrupp gegen die Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika ein.

M. SARIPOW



GETEILTES LEID

Wieder gibt es Ärger zwischen Großbritannien und Frankreich wegen der „Concorde“. London und Paris waren früher übereingekommen, die Entwicklungsausgaben für das Flugzeug zu halbieren.

Jetzt aber, nach den hohen Verlusten beim Bau der Maschine, behaupten die Engländer, sie hätten zwei Drittel der Ausgaben getragen, während Frankreich nur ein Drittel bezahlt hätte.

Vor einem britischen Parlamentsausschuß erklärte Industrieminister Lamont, die französischen „Concorde“-Schulden duldeten keinen Aufschub, und er werde seinen Pariser Kollegen das auch klarmachen. Lamont sagt, London werde um jeden Preis von Paris die Entschädigung der Verluste, die sich auf Dutzende Millionen Pfund Sterling belaufen, fordern. An der Seine allerdings weist man die britischen Ansprüche zurück.

J. TITOW

Zeichnung: W. Tschakiridis

SCHICKSALSGEMEINSCHAFT ERDE

Zu Treffen von Marxisten und Christen

Jewgeni AMBARZUMOW

Die Zusammenkunft Leonid Breshnews mit Vertretern der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften von Mitte Dezember 1981 hatte besondere Bedeutung: Bei all ihren ideologischen Unterschieden kamen beide Seiten zu dem gemeinsamen Schluß, daß es gegenwärtig immer notwendiger wird, alle friedliebenden Kräfte zur Festigung des Friedens und der Sicherheit zu vereinen.

Die nun schon zur internationalen Praxis gehörenden Gespräche Leonid Breshnews mit den Führern der anderen sozialistischen Länder und mit Exponenten der kapitalistischen Welt haben die Behauptungen einiger bürgerlicher Politiker längst entkräftet, eine friedliche Koexistenz mit dem Sozialismus sei unmöglich. Das Leben zeigt eindringlich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer allseitigen Zusammenarbeit der Staaten unabhängig von ihrem sozialen System. Die Zusammenkunft vom 15. Dezember widerlegte erneut jene Geistlichen des Westens, die einen Dialog mit den Marxisten als Atheisten für irreal halten und vom „geschlossenen Charakter“ der kommunistischen Bewegung und ihrer „Intoleranz“ gegenüber Andersdenkenden reden. Das ganze Gespräch Leonid Breshnews mit den Abgesandten des Papstes verlief ja im genau entgegengesetzten Geist. Wie der sowjetische Staatsmann sagte, sei es ein Zeichen der Zeit, wenn sich unterschiedliche gesellschaftliche Schichten in ihrem Streben, die Menschheit aus der ihr drohenden Gefahr zu erlösen, zusammenschließen. Der Dialog, der eine Verbesserung des politischen Weltklimas und die Festigung des Friedens bezweckt, stehe allen politischen, sozialen, wissenschaftlichen, religiösen und sonstigen Kräften, die an den Frieden denken, offen.

Wie ersichtlich, gibt es hier auch nicht einen Schatten des Anspruchs auf ein Monopol im Friedenkampf. Im Gegenteil, diese Worte zeugen vom aufrichtigen Willen zu Dialog und Zusammenarbeit. Auf diesem Gebiet sind schon beträchtliche Erfahrungen gesammelt worden: in Form regelmäßiger internationaler Treffen von Marxisten und Christen. Das jüngste, neunte dieser alljährlich vom Internationalen Friedensinstitut und vom Institut für Friedensforschung an der Katholischen Theologischen Fakultät der Universität Wien einberufenen Treffen fand im vorigen Herbst in Madrid statt. Anwesend waren zahlreiche Wissenschaftler, Publizisten und Kulturschaffende aus 17 Ländern, sowohl sozialistischen (UdSSR, Un-

garn, DDR, Polen, Rumänien) als auch kapitalistischen (USA, BRD, Spanien, Österreich, Niederlande, Schweiz, Pakistan, lateinamerikanische Länder). Nachstehend einige Eindrücke von diesem Treffen.

Frieden — grundlegendes Menschenrecht

Diese Formel aus den Beschlüssen der ersten UNO-Abrüstungssondertagung, die bekanntlich auf Initiative der UdSSR stattgefunden hatte, wurde von Frau Sigrid Pöllinger, Vertreterin des Wiener Katholischen Instituts für Friedensforschung, wiederholt und unterstützt. Sie verwies auf den großen Fortschritt, der erreicht worden ist seit der Zeit, als der Frieden nur ein frommer, aber absolut unrealisierbarer Wunsch war. Der Referent aus Spanien, Professor für kanonisches Recht de la Torre, stellte mit Genugtuung fest, daß sich gerade jetzt Christen und Marxisten, deren Beziehungen in der Vergangenheit kaum glücklich genannt werden konnten, in der Hauptfrage annähern: in der Einstellung zum Menschen, der für die einen wie auch für die anderen das Maß aller Dinge ist.

Zwischen den Teilnehmern des Treffens bestanden durchaus natürliche Meinungsverschiedenheiten bei der Beurteilung einzelner internationaler Ereignisse. Erfreulicherweise herrschten jedoch nicht sie vor, sondern die gemeinsame Sorge um den Frieden. Die gegenwärtige Zuspitzung der Weltlage, von der alle Diskussionsredner beunruhigt sprachen, hat das Bedürfnis nach gemeinsamen Bemühungen um einen Ausweg noch verstärkt. Das ist wohl ein ausschließliches Merkmal der Gegenwart, denn während der internationalen Krisen vor dem ersten und dem zweiten Weltkrieg nahm die Entfremdung zwischen den Ländern stets zu und wuchs sich zu offener Feindschaft aus. Es ist alles andere als Zufall, daß seit sich der Sozialismus zu einem Faktor von weltweiter Tragweite und die UdSSR zu einer Großmacht, deren Stärke annähernd der des stärksten kapitalistischen Landes gleichkommt, entwickelt haben, einflußreiche Kräfte auf internationaler Ebene die Atmosphäre eines wohlwollenden Dialogs zu erhalten suchen. Trotz des kampflustigen Tons der neuen USA-Administration und ihres präzedenzlosen Hochrüstungsprogramms steuert die sowjetische Führung den Kurs auf Verhandlungen, auf Begrenzung der Rüstungen weiter.

Übrigens wurden viele Meinungs-

verschiedenheiten auf dem Treffen weg gewischt oder wenigstens vermindert, sobald unsere Opponenten objektive Informationen erhielten, die die Voreingenommenheit gegen die UdSSR zerstreuten. Großes Interesse fanden die Diskussionsbeiträge meiner Kollegen, Prof. Nikolai Kowalskis und Prof. Wladimir Gantmans; sie sprachen überzeugend von den friedlichen Bestrebungen der UdSSR und wiesen anhand konkreter Angaben die annähernde militärische Parität der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO, der UdSSR und der USA, insbesondere in Europa, nach. Angenehm überrascht waren einige westliche Teilnehmer des Treffens über die von Prof. Kraja (DDR) angeführte bekannte Tatsache, daß es auf dem Territorium seines Landes und der anderen osteuropäischen Bündnispartner der UdSSR — im Unterschied zu den westeuropäischen NATO-Staaten — keine Kernsprenge gibt.

Einen möglicherweise noch größeren Eindruck machte auf unsere Opponenten der Umstand, daß ihre Gleichgesinnten, Christen, selber das Lügenmärchen von den böswilligen Absichten der UdSSR widerlegten. Als z. B. Mrs. Edna McClellan, Aktivistin einer amerikanischen Frauenbewegung, der UdSSR vorwarf, sich am Verkauf von Waffen an Länder der dritten Welt zu bereichern, antwortete ihr der chilenische Jesuit Prof. Gonzalo Arroyo, heute ein politischer Emigrant: Solche Gerüchte verbreite die Reagan-Administration, während gerade der Westen heimlich — und nun auch schon offen — Waffen an despotische Regimes, insbesondere in Lateinamerika, verkaufe. Seine Worte wie auch die Erläuterungen eines sowjetischen Referenten überzeugten wohl die Amerikanerin, die aufrichtig über den Frieden besorgt ist, und sie sprach sich für eine zweite UNO-Abrüstungssondertagung aus, die ebenfalls von der UdSSR vorgeschlagen wurde.

In der Polemik wurde auch gefragt, warum die sozialistischen Länder, namentlich die UdSSR, sich zum Ideal aufspielten und jede konstruktive Kritik ablehnten. Als Referent der Marxisten hatte ich es nicht schwer, das Gegenteil zu beweisen. Dazu brauchte ich nur zu erwähnen, wie kritisch die Parteitage der KPdSU, die Plenartagungen ihres Zentralkomitees, die führenden sowjetischen Politiker, ja alle sowjetischen Zeitungen die ungelösten Probleme unserer Entwicklung behandeln. Der Gedanke ließ mich dabei nicht

los, wie sehr bei aller Fülle der aus der UdSSR kommenden allseitigen, objektiven Information es doch daran mangelt — oder erreicht sie das Auditorium nicht? Nun, die bürgerliche Presse tut alles, um diese Information zu entstellen. Auf der abschließenden Pressekonferenz legten wir ausführlich unsere Position dar und konstatierten eine Gemeinsamkeit von Ansichten mit den Christen des Westens über viele Fragen. Von alledem verriet der Korrespondent der führenden bürgerlichen Zeitung „País“ (Madrid), der der Pressekonferenz beiwohnte, in seinem Bericht kein Wort. Dafür beschuldigte er in der Ausgabe vom 27. Oktober die sowjetische Delegation eines „Monolithismus“, wenn er auch selbst dabei feststellte, daß ihr neben Marxisten der Erzbischof Pitirim von Wolokolamsk als Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche angehörte. Leider war, im Unterschied zur UdSSR, selbst unser Gastland Spanien nur durch Katholiken vertreten; dabei wäre es interessant gewesen, Ausführungen spanischer Marxisten zu hören.

Wie dem auch sei, die in Westeuropa verbreitete irrite Ansicht, beide „Supermächte“ trügen gleiche Verantwortung für die gewachsene Kriegsgefahr in der Welt, wurde bei vielen Teilnehmern unseres Treffens zerstreut. Was dazu beitrug, waren einerseits die die Westeuropäer sehr beunruhigenden Erklärungen der USA-Spitzenpolitiker über deren Hoffnung, einen „begrenzten Nuklearkrieg“ in Europa zu gewinnen, und andererseits die ebenso eindeutigen, aber absolut entgegengesetzten Erklärungen Leonid Breschnew. Während unserer Diskussion wurden seine Antworten auf eine Frage des „Prawda“-Korrespondenten publik. Ich zitierte die Worte Breschnew: „Auf einen Sieg in einem Nuklearkrieg zu setzen — das ist absoluter Wahnsinn.“ Sie machten einen sehr starken Eindruck. Die Anwesenden verglichen sie natürlich im Geiste mit den verantwortungslosen Erklärungen aus den USA und konnten nicht umhin, laut oder wenigstens für sich die vernünftige und friedliche sowjetische Position vorzuziehen.

Ein solcher Schluß wurde nicht unbedingt von der marxistischen Weltanschauung bestimmt. Der aus Polen kommende Vertreter einer weltlichen katholischen Organisation B. Myslik stellte die logische Frage, warum die USA-Regierung nach dem durch die UdSSR vorgenommenen Abzug von 20 000 Militärangehörigen und 1000 Panzern aus der DDR ihr nicht entgegengekommen ist. Gleichsam als Antwort darauf betonte der Theologieprofessor Albert Rasker von der Universität Leiden (Niederlande), daß die heutige USA-Administration eindeutig das noch von John Foster Dulles aufgestellte Prinzip des kalten Krieges befolgt: Mit den Russen sei nur von der Position der militärischen Überlegenheit zu sprechen. Ein anderer Katholik aus Polen verwies seinerseits darauf,

dass die USA die „polnische Frage“ benutzen wollen, um ihre außenpolitischen Positionen in der Rivalität mit der UdSSR zu festigen. Aus seiner Ansprache ging hervor, daß die USA-Administration Polen gegenüber eine unverkennbar provokative Rolle spielt. „Die Sicherheit der anderen sozialistischen Länder ist auch unsere Sicherheit“, sagte der Redner.

Pazifisten im bürgerlichen Lager unterstützen

Diese Worte Lenins, an die ein sowjetischer Referent erinnerte, verhalfen uns zu einer größeren gegenseitigen Verständigung mit den westlichen Pazifisten unter den Christen, als man zuerst hätte erwarten können. Man konnte nicht umhin, sich mit den Teilnehmern der beispiellosen Massenmanifestationen gegen die Stationierung von USA-Kernraketen in westeuropäischen Ländern solidarisch zu fühlen. Über diese Aktionen berichteten ihre Teilnehmer mit verständlichem Stolz.

In den westeuropäischen Korridoren der Macht spricht man jetzt voller Befürchtungen über die „Hollanditis“, die Volksbewegung gegen die USA-Raketen, die in Holland ihren Anfang nahm. Prof. Rasker vergegenwärtigte uns das Pathos dieser Bewegung in seiner emotionalen Rede. Während des Krieges hatte er über drei Jahre in einem japanischen Gefängnis verbracht, aus dem er von den Amerikanern befreit worden war. Er sagte: „Ich hätte jedoch meinen Tod vorgezogen, nur damit keine Atombomben auf Japan abgeworfen würden.“ In Madrid nun brachte Prof. Rasker den Vorschlag ein, als Antwort auf die sowjetischen Initiativen zur Reduzierung von Truppen und Rüstungen in den kleinen NATO-Ländern wenigstens eine teilweise Abrüstung vorzunehmen.

Auch der Direktor des Instituts für Friedensforschung an der Katholischen Theologischen Fakultät der Universität Wien, Prof. Weiler, ein allgemein geachteter Initiator all dieser Treffen, unterstützte die Idee einer einseitigen Teilabrüstung. Der spanische Organisator des Treffens, Prof. Miguel Rubio, forderte zu einem konstruktiven Dialog um des Friedens willen auf und rief: „Die Zeit drängt!“ Nach solchen Äußerungen drängte sich einem der Gedanke auf: Man darf unsere Meinungsverschiedenheiten nicht überstreichen, sie treten vor dem gemeinsamen Interesse am Frieden zurück, das die Weltanschauung des Partners achtet lässt. Überdies beginnen in dieser Weltanschauung merkliche Veränderungen.

Ein Zeichen der Zeit: Die römisch-katholische Kirche, die unter Pius XII. zu einem Kreuzzug gegen den Kommunismus aufrief, setzt sich seit dem Pontifikat Johannes XXIII. und seiner in der Geschichte des Vatikan eine Wende darstellenden Enzyklika „Pacem in terris“ (Friede auf Erden) für die Einschränkung

der Rüstungen und die Beilegung internationaler Konflikte ein. Davon zeugt auch der Umstand, daß Vertreter der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften auf Geheiß Papst Johannes Pauls II. die Führer der UdSSR und der USA aufsuchten. Aber wenn Leonid Breschnew keine Differenzen mit den katholischen Wissenschaftlern hatte, was die Beurteilung der Gefahr eines Nuklearkrieges und die Unzulässigkeit eines Kernwaffeneinsatzes betraf, weigerte sich Präsident Reagan einer ähnlichen Delegation gegenüber zuzugeben, daß es in einem solchen Krieg keinen Sieger geben kann.

Kennzeichnend: Im Verlaufe des Madrider Symposiums hoben gerade die katholischen Vertreter, vor allem ihr Hauptreferent Prof. Arroyo, hervor, daß es für die Sicherung des Friedens entsprechender Voraussetzungen, in erster Linie der sozialen Gerechtigkeit, bedarf. Gleichsam als Antwort auf die Vorwürfe seiner Glaubensgenossen, durch ihre Hilfe an die Befreiungsbewegungen steigere die UdSSR die Spannungen, sagte der katholische Referent, in gewissen Situationen sei die soziale Ungerechtigkeit nur durch bewaffneten Kampf zu überwinden. Er verwies auf solche Despotien in Lateinamerika wie Guatemala oder El Salvador, wo der Kampf des Volkes für den Sturz der volksfeindlichen Regierungen, den gewöhnlich die dortige katholische Kirche unterstützt, der einzige mögliche Ausweg ist. Wie man sieht, ist dieser Standpunkt nicht weit von der marxistischen Auffassung von gerechten und ungegerechten Kriegen entfernt. Der Professor verhöhnte die von den USA kolportierten Gerüchte über „die Hand Moskaus“ in Lateinamerika. Wenn sein Referat auch einzelne unpräzise Formulierungen im Hinblick auf die sowjetische Außenpolitik enthielt, so erklärte sich das offenbar mit wenig authentischen Informationen.

Ein anderes, weniger radikales Referat, das des spanischen katholischen Professors de la Torre, rechtfertigte und begründete ebenfalls den heutigen Kampf für soziale Befreiung. Ist es wirklich von Relevanz, daß der Referent seine Argumente aus dem Neuen Testament und aus Schriften christlicher Denker schöpfte und seine Konzeption in Termini formulierte, die uns ungewohnt sind? Er sprach z. B. von „diabolischen Kreisen“, vor allem von einem „Kreis der Gewalt“ seitens der privilegierten Klassen, die es zu bewältigen gelte. Wichtig ist, daß dieser Theologieprofessor zu Aktionen gegen die soziale Ungerechtigkeit aufrief, obwohl seine Auffassung von ihr recht vage und selbstverständlich nicht klassengebunden war.

Für ein besseres Leben auf Erden

Den Geist der Zeit atmerte auch die offizielle Ansprache, mit welcher

der Bischof von Madrid, Monsignore Iniesta, unser Symposium begrüßte. Er erinnerte an die Ziffern der gigantischen Rüstungsausgaben in der Welt, an die Millionen Menschen, die verhungern bzw. das Nötigste entbehren, und betonte die Notwendigkeit, das Leben der Menschen auf Erden zu verbessern. Übrigens hat die spanische katholische Kirche in den letzten Jahren des Franquismus die Diktatur zu verurteilen begonnen (obwohl Franco in den 30er Jahren unter dem Motto des Schutzes der Kirche und im Bunde mit ihr an die Macht gekommen war), und viele Geistliche unterstützten offen die konsequenten Antifaschisten.

Die Ausführungen der Christen auf dem Symposium riefen mir den bekannten Gedanken Lenins ins Gedächtnis zurück, die Einheit des Kampfes für ein Paradies auf Erden sei uns wichtiger als die Einheit der Meinungen über das Paradies im Himmel. Es komme natürlich darauf an, daß dieser Kampf vom Sieg einer nicht imaginären, sondern wahren sozialen Gerechtigkeit gekrönt wird.

Wie wir auf dem Symposium hervorhoben, sind die Marxisten weit davon entfernt, jemandem das eigene „Entwicklungsmodell“ aufzuzwingen. Sie sind gegen einen „Export der Revolution“, und die Annäherung der jungen freien Staaten an die UdSSR ist das Ergebnis ihrer freien und natürlichen Auswahl. Die UdSSR beutete diese Staaten niemals aus, tut es auch heute nicht, vielmehr ist sie bestrebt, ihnen, ausgehend vom grundlegenden Prinzip der internationalen Solidarität der revolutionären Werktätigen, uneigennützig zu helfen. Natürlich ist damit nicht gesagt, daß wir von vornherein jede Maßnahme jedes jungen freien Staates befürworten, aber es ist eben eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates. Die Marxisten glauben daran, daß jedes nunmehr freie Land seinen optimalen Entwicklungsweg finden wird, wie er seinen nationalen Bedingungen und der allgemeinen Entwicklungstendenz der Menschheit zum Sozialismus entspricht.

Mehrere Teilnehmer des Symposiums und auch viele Spanier, besonders junge, mit denen ich mich unterhalten konnte, knüpfen an den Sieg der Linken in Frankreich und neuerdings auch in Griechenland gewisse Hoffnungen auf eine Wendung zum Besseren. Die Rede war sogar von der Schaffung „neuer Formen des Sozialismus“. Auf dem Symposium wurde festgestellt, daß jede demokratische, noch nicht einmal sozialistische Reform in Frankreich, Griechenland und im beliebigen anderen kapitalistischen Land sofort auf den Widerstand der inneren und äußeren Reaktion stößt. Spanien wird jetzt, entgegen dem offensichtlichen Willen der Bevölkerungsmehrheit, in die NATO einbezogen. Überall im Lande sahen wir gedruckte und handgeschriebene Lösungen gegen den NATO-Beitritt,

doch hat der Druck von jenseits des Atlantik gesiegt.

Politik und Ethik

Auch über dieses Problem lassen die Treffen von Marxisten und Christen nachdenken. Unter diesen letzteren besteht nämlich die Meinung, der Marxismus stehe als ökonomischer Determinismus, der überdies von den Klasseninteressen des Proletariats ausgehe, außerhalb der Moral. In meinem Referat und in Antworten auf Fragen mußte ich daran erinnern, wie Karl Marx und Friedrich Engels die versimpelte Auffassung von der bestimmenden Rolle der wirtschaftlichen Entwicklung kritisiert hatten, daran, daß der Marxismus-Leninismus den allgemeinmenschlichen Inhalt der proletarischen, sozialistischen Moral anerkennt und verteidigt, und mich auf die ethische Ausrichtung der programmatischen Dokumente der KPdSU und auf die Arbeiten maßgebender sowjetischer Ethiker beziehen. Sofort liefen Zettel mit der Bitte ein, Angaben über solche Arbeiten in westlichen Sprachen mitzuteilen.

Hier handelt es sich nicht nur um einen Informationsmangel. Wie unserer Treffen zeigte, betrachten christliche Forscher heute realistischer als früher das Verhältnis von Politik und Ethik, sie behaupten nicht mehr, jede Politik sei amoralisch, sondern suchen, deren ethische Grenzen und Bedingungen zu klären. Wie Prof. Weiler sagte, müßten Politiker die Grundwerte und die wichtigsten ethischen Postulate mehr in Betracht ziehen. Prof. de la Torre sprach von der Notwendigkeit, im Geiste der Zeit ethische Korrekturen am gesamten Bildungs- und Erziehungssystem vorzunehmen. Prof. Baadte (BRD) schlug sogar folgende ethische Kriterien der Einstellung zum Krieg vor: Verzicht auf den Nuklearkrieg und negatives Verhalten zu Offensivwaffen; Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung politischer Probleme; Beilegung entstandener Konflikte auf institutionellem Wege (d. h. durch Verhandlungen); Mindestmaß an Gewalt als allgemeines politisches Ziel. Wie man sieht, wiederholen einige Ideen Prof. Baadtens, die der schweizerische Wissenschaftler Lorenz befürwortete, im Grunde die weltpolitischen Vorschläge der UdSSR.

Der bekannte marxistische Wissenschaftler Jozsef Lukács, Direktor des Instituts für Philosophie der AdW Ungarns, zeigte ein interessantes Herangehen an das Problem. Er schlug vor, erstens vom Standpunkt der Friedensanhänger moralisch bindende Aktionen bei einer Zuspitzung der Weltlage zu bestimmen; zweitens die moralischen Alternativen zum Krieg und Wettbewerb, zur „Politik der Stärke“ klarzustellen und zu beurteilen; und drittens unter Einführung moralischer Orientierungspunkte in die Politik eine „Vertrauensethik“ auszuarbeiten. Das werde unsere ideo-

logischen Unterschiede nicht aufheben, fügte Prof. Lukács hinzu, aber unseren Friedensaktionen Wirksamkeit und Koordinierung verleihen. Offensichtlich ist es wirklich an der Zeit, eine politische Ethik bzw. eine Ethik der Politik tiefshürfend auszuarbeiten und zu entwickeln.

Demnach ist der Meinungsaustausch zwischen Marxisten und Christen auch in dieser wissenschaftlich-praktischen Hinsicht aufschlußreich und ersprießlich:

Von solchen Treffen darf man natürlich keine unmittelbaren politischen Resultate erwarten. Hier kommen ja Wissenschaftler zusammen, die keinen direkten Einfluß auf die Politik ihrer Regierungen haben. Der USA-Katholik Stephen Lamers verwies sogar voller Bitternis auf den um sich greifenden politischen Pessimismus in seinem Lande. Seiner Meinung nach halten die meisten Amerikaner einen Nuklearkrieg für unvermeidlich. Diese Atmosphäre zu zerstreuen und ein Klima des Vertrauens zu schaffen, ist kein Leichtes.

Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Gerade solche Treffen be seitigen Mißtrauen und Angst und wirken letztendlich auf die Politik ein. Daß die USA-Administration sich doch genötigt sah, Verhandlungen über eine Begrenzung von Kernwaffen in Europa aufzunehmen, ist bestimmt auf die antimilitaristische Stimmung zurückzuführen, die in Westeuropa an Stärke gewinnt. Viele unserer Gesprächspartner haben durch ihre aktive Ablehnung der internationalen Spannungen auch selbst dazu beige tragen.

Auf der Schlußsitzung machte der gastliche Miguel Rubio ein charakteristisches Eingeständnis: Zuerst habe er gemeint, wir seien Utopisten, jetzt aber habe er sich davon überzeugt, daß selbst kleinere Schritte zu guten Ergebnissen führen können. Und Prof. Weiler fügte erläuternd hinzu, solange der Dialog im Gange sei, bestehe die Hoffnung, daß die Waffen stumm blieben.

Er hob auch hervor, daß Frieden nicht nur Verhandlungen, sondern auch guten Willen zur gegenseitigen Verständigung bedeutet. Wir Marxisten konnten dem nur zustimmen. Das Treffen hat uns wieder einmal gezeigt, wie wichtig für die gegenseitige Verständigung persönliche Kontakte sind, wenn man die Möglichkeit hat, in seinem Gesprächspartner einen Menschen zwar mit anderen Ansichten, aber ebenfalls einen Passagier unseres gemeinsamen Schiffes Erde zu sehen.

Symbolisch war es wohl, daß die Teilnehmer beim kameradschaftlichen Zusammensein am letzten Abend einträglich, wenn vielleicht auch nicht sehr gekonnt Lieder verschiedener Völker sangen. Auch russische Lieder — weil sie so schön sind und aus Achtung für das Volk, das auf dem Altar des Friedens am meisten geopfert hat. Wir schieden als Freunde, und das floß immer Hoffnungen ein.

APARTHEID UMKREIST

Leonid SKURATOW

In ihren Berichten über die politische Situation in der RSA macht die westliche Presse aus ihren Befürchtungen über die Zukunft des Rassistenregimes kein Hehl. Die „Business Week“ (USA) veröffentlichte einen Beitrag unter dem bedrohten Titel „Labilität in der RSA ärgert US-Gesellschaften“. Dieses Sprachrohr des Big Business lamentiert über die „Verwundbarkeit“ der 2 Md. Dollar, die 138 US-Konzerne in der RSA-Wirtschaft angelegt haben. Unter Hinweis auf die immer häufigeren Streiks in den Betrieben zog der Direktor eines der Konzerne den panischen Schluß: „Wir sitzen auf einem richtigen Pulverfaß.“

In der Tat nimmt der Kampf gegen die rassistischen Zustände, der vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) Südafrikas geleitet wird, immer breitere Ausmaße an.

Dazu trug hochgradig die Entlarvung der Farce mit den „Apartheid-Reformen“ bei, die Ministerpräsident Botha zu demagogischen Zwecken vorgeschlagen hatte. Selbst die „Business Week“ gibt zu, daß diese Reformen „faktisch keine Veränderungen herbeiführen“. Die Pariser Zeitschrift „Jeune Afrique“ meint: „Von den wenigen neuen Ideen Bothas bleiben vor allem der ‚totale Kampf‘ gegen ‚die totale Offensive der Kräfte des Bösen‘ übrig“, d. h. eine Verstärkung des Terrors gegen alle, die die Beisetzung der Apartheid verlangen. Ihren Hauptschlag führen die Rassisten gegen den ANC.

Diese Partei entstand 1912. Am 8. Januar d. J. begeht die fortschrittliche Öffentlichkeit ihr 70jähriges Jubiläum. Inzwischen hat der ANC Massencharakter erlangt und wird heute mit Recht als der wahre Ver-

treter des afrikanischen Volkes der RSA, als konsequenter Verfechter seiner Rechte und Interessen anerkannt. Um den ANC schließen sich alle Gegner des Rassismus zu einer einheitlichen Befreiungsfront zusammen.

Eine wichtige Zeit bildeten in der ANC-Tätigkeit die 60er Jahre. Pretoria verkündete 1961 einseitig die Unabhängigkeit der RSA vom Commonwealth und hob den Status eines Dominions auf. Das wurde unternommen, um das Rassistenregime zu verewigern. Der ANC, der ein Jahr früher verboten worden war, spielte die führende Rolle in der Bewegung gegen diese Aktion. Es hagelte grausame Repressalien gegen die Mitglieder und Anhänger des ANC, vor allem aber gegen seine Leiter. Viele von ihnen wurden Opfer des Terrors. Der führende ANC-Funktionär Nelson Mandela wurde ins furchtbare Gefängnis auf Robben Island geworfen. Im Verhältnis der Zahl der Häftlinge zur gesamten Bevölkerung steht die RSA an erster Stelle in der Welt.

Der ANC brach unter den schweren Schlägen der Reaktion nicht zu-

RASSISTISCHE TRICKPOLITIK

Von unserem ständigen Berichterstatter
Sergej PETUCHOW

Die weißen Machthaber der RSA bedienen sich in ihrem Streben, die unumschränkte Herrschaft zu behalten, nicht nur des Terrors, sondern greifen auch zu politischen Manövern. Was den Terror angeht, stehen die heutigen Rassisten den Erfindern der Apartheid in nichts nach, und in politischen Tricks übertreffen sie sogar ihre Lehrmeister. So wollten diese von einer Selbständigkeit der Stammbevölkerung, die sie in den Bantustans zusammenperchten, überhaupt nichts hören. Die heutigen RSA-Herrschter verleihen einem Bantustan nach dem anderen den Status eines formal unabhängigen Staates. So entstanden der „schwarze Staat“ Transkei (1976), Bophuthatswana (1977), Venda (1979) und Ciskei (Dezember 1981).

Die Zeremonie der letzten Unabhängigkeitserklärung — in Ciskei — verdient z. B., erwähnt zu werden. Sie hat



im Städtchen Bicho stattgefunden, auf einem staubigen Plateau, wohin 25 000 Einwohner zusammengetrieben wurden. Nachdem die RSA-Flagge vor aller Augen zum letzten Mal eingezogen

wurde, mußte die blauweiße Flagge Ciskeis feierlich gehißt werden, aber da geriet die Zeremonie ins Stocken. Dem damit beauftragten Unteroffizier wollte das nicht gelingen. Der Fahnenmast und die Fahne fielen zu Boden. Beim zweiten Versuch, als die zerknüllte schmutzige Fahne doch in Bewegung gesetzt wurde, fiel der Fahnenmast wieder um, und da merkte man erst, daß sich der betrunkenen Unteroffizier selbst kaum auf den Beinen hielt.

Das Wichtigste stand aber noch bevor. Als der Ciskei-Präsident, Lennox Sebe, seine „Thronrede“ begann, gingen die Zuhörer auseinander, und die Polizei mußte den Redner unterbrechen, um ihm mit Gewalt das restliche Publikum zu sichern.

Natürlich konnte die Bevölkerung Ciskeis kein Interesse für die Aufführungen des neuen „Präsidenten“ bezeugen, da die Bantustans von der ihnen aufgezwungenen „Unabhängigkeit“ nichts Gutes zu erwarten haben und diese nur dazu da ist, den rassistischen Behörden, wie diese hoffen, politische und ökonomische Dividenden abzuwerfen.

Mit der Bantustan-„Unabhängigkeit“ will Pretoria eine allmäßliche Ausmerzung der Apartheid in der RSA vorheu-

sammen. Er schuf seine Militärorganisation „Umkhonto we sizwe“ (Der Speer der Nation). Wie ANC-Vorsitzender Oliver Tambo erklärte, "ist diese Organisation gemäß dem Willen des Volkes entstanden, um dem Rassistenregime bewaffneten Widerstand zu leisten. Die südafrikanische Zeitung „The Star“ gibt zu: „Der Speer der Nation hat sich heute zu einer Organisation von Aufständischen entwickelt, wendet moderne Waffen sachkundig an und scheint zu einem langwierigen bewaffneten Kampf bereit.“

Von der Aktivität dieser Organisation zeugen z. B. folgende Angaben: Vom 30. November 1976 bis zum 22. Januar 1980 unternahmen die Partisanen, wie die Londoner Zeitschrift „New African“ meldet, 50 Kampfaktionen, und 1981 waren es Dutzende Angriffe, vor allem auf Rüstungsbetriebe der RSA und strategische Objekte. Zu den kühnsten Operationen gehörte eine Explosion in den Werken, die flüssigen Brennstoff für militärische Zwecke produzieren. Nach Berechnungen der Reuter beliefen sich die Verluste auf 8 Mio Dollar. In den beiden

letzten Jahren sprengten die Partisanen mehrere große Kraftwerke, die die Rüstungsbetriebe mit Strom versorgten, in die Luft.

Daneben erfolgen auch kleinere Aktionen: Der Bahnkörper wird gesprengt, Polizeireviere, Musterrungsstützpunkte usw. werden angegriffen. „Le Monde“ (Paris) hebt „die Kühnheit und hohe Organisiertheit“ der Partisanen hervor. Aber am meisten sei Pretoria über die Gleichzeitigkeit der Operationen in verschiedenen Landesteilen besorgt: Demnach habe „Der Speer der Nation“ zahlreiche Kampfgruppen. „New African“ teilt mit, daß schon über 1000 weiße Farmer Gebiete aktiver Partisanenoperationen verlassen haben und daß die Behörden 1981 für die Absicherung von Industriebetrieben 200 Mio Rand verausgabten (1 Rand ca. 1 US-Dollar).

Doch setzt der ANC nicht allein auf bewaffneten Kampf. Seine Führer verbinden ihn mit einer umfangreichen organisatorischen und politischen Arbeit in der Bevölkerung.

Dazu Oliver Tambo: „Unseres

Erachtens ist der Schlüssel zum Erfolg heute eine breite politische Bewegung des ganzen Volkes. Der stärkste Bestandteil unserer Bewegung ist die Arbeiterklasse, die sich vornehmlich aus Afrikanern zusammensetzt. Die Partei entfaltet den Kampf auch in den Bantustans, wo die Bevölkerungsmehrheit die Bauern — die zahlenmäßig stärkste und zugleich am schlimmsten geknechtete Schicht der unterdrückten Massen in der Rassistenrepublik — ausmachen.“

Die ANC-Führung setzt sich das hochsinnige Ziel, alle Gegner des Rassistenregimes zum Kampf für seinen Sturz aufzubieten, um auf seinen Trümmern eine demokratische Republik zu schaffen, in der die ganze Bevölkerung, unabhängig von der Hautfarbe, gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten hätte. Der Weg zu diesem Ziel ist nicht leicht, er wird viele Anstrengungen, wird Mut und Ausdauer verlangen. Aber wir in der UdSSR glauben fest, daß die ANC-Ideale siegen werden, und sind mit seinem gerechten Kampf solidarisch.

cheln. Innerhalb der Bantustans kann es natürlich keine Rassenunterschiede geben, da ihre Bürger ausschließlich Afrikaner einer ethnischen Gruppe sind. Ihrem Wesen nach bringt die Bildung der Bantustans jedoch gerade die Apartheid-Politik zum Ausdruck, die eine getrennte Existenz der weißen und schwarzen RSA-Einwohner bezieht. Die UNO und die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) bezeichneten die Bildung der Bantustans als eine Verhärtung des Apartheidregimes.

Die „Unabhängigkeit“ gibt einem Bantustan eine eigene Flagge und zum „Präsidenten“ wird der Stammeshäuptling (die Stammeshäuptlinge werden schon längst von Pretoria ernannt).

Wirtschaftlich können sich die Bantustans nicht behaupten. Ihr Boden ist unfruchtbar. Und die wenigen fruchtbaren Böden gehören weißen Farmers, deren Felder ein „unabhängiges“ Bantustan in Stücke teilen. Bophuthatswana besteht aus 6 Stücken, Transkei aus 3, Venda aus 2. Auch Ciskei schließt Farmer von Weißen ein.

Alle Bantustans sind von Pretorias Subventionen abhängig. Ciskei kann z. B. aus seinen Einnahmen nur 25% der Ausgaben decken. Aus Pretoria-Subventionen können aber auch die elementarsten Bedürfnisse der Bantustan-Einwohner nicht gedeckt werden, was für

die RSA-Behörden vorteilhaft ist, denn auf diese Weise bleiben die „unabhängigen“ Bantustans nach wie vor eine Quelle billiger Arbeitskräfte. Dabei sind die Einwohner der Bantustans keine RSA-Bürger mehr, sie sind dort rechtlos, dürfen keiner Gewerkschaft beitreten und werden wie Immigranten behandelt. Sie können wegen einer Kleinigkeit des Landes verwiesen werden.

Nach der Ausrufung der „Unabhängigkeit“ stellt die RSA listig „diplomatische Beziehungen“ zu den „unabhängigen“ Bantustans her, und so können nun Konflikte zwischen den Weißen und den Schwarzen als zwischenstaatliche Konflikte qualifiziert werden. Zwischen den „schwarzen Staaten“ selbst gibt es jedoch keine diplomatischen Beziehungen, weil die Rassisten die Afrikaner zersplittern und so ihren Kampf gegen das rassistische Regime schwächen wollen. Zu diesem Zweck haben sie auch einen Stamm zwischen Ciskei und Bophuthatswana geteilt, deren „Präsidenten“ einander hassen.

Pretoria zwingt den Bantustans ferner „Nichtangriffspakte“ auf, deren Artikel 2 die Klausel enthält, daß sich die „hohen vertragschließenden Seiten“ verpflichten, „subversiven Organisationen und Personen“ kein Asyl zu gewähren. Dadurch können die RSA-Behörden in den Bantustans „gesetzliche“

Massenverhaftungen der Apartheid-Gegner in die Wege leiten.

Die RSA-Behörden haben vor, insgesamt 10 „unabhängige“ Bantustans zu bilden. So werden die meisten Afrikaner der RSA zu Ausländern im eigenen Lande gemacht. Obwohl in den Bantustans 70% der Bevölkerung leben, sind ihnen nur 13,7% des Landesterritoriums zugewiesen, dabei, wie bereits gesagt wurde, die unfruchtbarsten Böden.

Die Rassisten verstiegen sich dazu, wiederholt die Aufnahme der Bantustans in die UNO zu fordern. Die UNO stellte aber fest, daß diese Staaten nur auf dem Papier existieren.

Die Afrikaner der RSA verstehen natürlich die Gefahr, die ihre Zersplitterung in Bantustans darstellt. Der Afrikanische Nationalkongress Südafrikas deckt Pretorias Betrug auf und betrachtet die fiktiven Staaten als eine Ausgeburt des Rassismus und Neokolonialismus. Er bezeichnet jene Afrikaner, die den Rassisten aus eigennützigen Erwägungen helfen, mit Recht als Marionetten und Kollaborateure.

Lusaka

DIE BLAUE SCHWERTER

Von unserem ständigen Berichterstatter
Michail PODWIGIN

Diese weiße, teigige Masse, die ich in der Hand halte, wird sich, so unglaublich es auch scheint, dem Willen des Meisters gefügig, in eine wunderbare, mit auserlesenen Mustern geschmückte Schale verwandeln.

Es heißt, daß der Alchimist Johann Friedrich Böttger auf Geheiß Augusts des Starken ursprünglich Gold machen sollte. Gold wollte sich nicht einstellen, aber der Kurfürst drängte, und Böttger gönnte sich keine Minute Erholung. Nach und nach begann er mit Porzellan zu experimentieren. Die Europäer kannten damals zwar das Porzellan aus China, aber nicht das Geheimnis seiner Herstellung.

Alles, was Böttger tat, wurde strengstens geheimgehalten. Als sich im Nordischen Krieg die Schweden Meißen näherten, wurde Böttger nach dem Königstein, dessen Festung als uneinnehmbar galt, überführt. Nicht einmal der Festungskommandant wußte, wen er beherbergte. Im Gästebuch stand nur: „Ein Herr mit drei Bediensteten.“

1709 wurden Böttgers Versuche von Erfolg gekrönt. Aus dem bei Meißen gefundenen Kaolin stellte er das erste europäische Porzellan her. Schon ein Jahr später wurde in der Albrechtsburg zu Meißen eine Porzellanmanufaktur gegründet. Hinter den dicken Burgmauern hütete man eifersüchtig das Geheimnis des „weißen Goldes“.

Die ersten Erzeugnisse aus Meißen, die auf der Leipziger Herbstmesse 1710 ausgestellt wurden, fanden sofort breite Anerkennung. Mit der Zeit wurde das Geheimnis seiner Herstellung gelüftet, und doch rief das Meißner Porzellan, dessen Emblem zwei gekreuzte blaue Schwerter waren, nach wie vor große Bewunderung hervor. Über 150 Jahre befand sich die Manufaktur in der mittelalterlichen Burg, bis 1863 am Rande von Meißen, unweit der natürlichen Kaolinlager, ein neues Haus gebaut wurde. Hier befindet sich die Meißner Porzellanmanufaktur auch heute.

Werner Graf, amtierender Direktor des VEB Staatliche Porzellanmanufaktur Meißen, erzählte mir: „Wir sind bemüht, die jahrhundertealten Traditionen der Meißner Meister zu pflegen und zu entwickeln. Seit 1970 modernisieren wir die Produktion gemäß den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts. Doch

stellten wir uns grundsätzlich die Aufgabe, alle Fertigungsprozesse beizubehalten. Es kann paradox wirken, aber wir wollen, daß die wichtigsten Arbeitsgänge manuell bleiben. Etwas anderes sind alle möglichen Hilfsoperationen. Für sie führen wir stets immer moderne Technik ein.“

Zusammen mit Bereichsdirektor Willi Goder gehen wir durch die Werkhallen, wo gegenwärtig rund 1400 Personen arbeiten.



Meister geben dem Meißner Porzellan seinen Dekor.

Ein junger Mann im weißen Kittel bearbeitet mit einem scharfen Messer die Oberfläche einer Vase und ritzt ein plastisches Muster ein. Seine Bewegungen sind präzise wie die eines Skalpell führenden Chirurgen.

Im geräumigen hellen Saal nebenan sind die Maler untergebracht. Hier bekommt das Meißner Porzellan seinen einmaligen Dekor. Der Maler darf sich nicht vergreifen, denn vom Porzellan ist die Farbe nicht wegzuwaschen. Die Meißner Farben werden nach denselben Rezepten wie im 18. Jahrhundert hergestellt.

„Sicherlich haben Sie bemerkt, wie viele Jugendliche wir haben“, sagt Willi Goder. „Jedes Jahr schreiben wir einen Wettbewerb für junge Talente aus der ganzen Republik, von der Ostsee bis zum Erzgebirge, aus. Die Besten werden dann bei uns etwa vier Jahre lang ausgebildet. Später nehmen sie eine Arbeit in der Manufaktur selbst auf, aber sie bilden sich weiter. Ein Maler muß sich ständig vervollkommen.“

Unseres Erachtens erreicht er seine besten Leistungen nach 8–10 Jahren Arbeit.“

Maler sein heißt nicht nur den aus Fehhaaren gefertigten feinen Pinsel sicher führen. Das Meißner Porzellan hat seine traditionellen Motive. Dazu gehören z. B. Vögel, und da muß man in der Vogelwelt bewandert sein. Die mittelalterlichen Grubenarbeitsmotive erfordern Kenntnisse aus der Geschichte des Bergbaus. Um Blumenmuster zu malen, muß man auch etwas von Botanik verstehen.

Willi Goder führte mich auch durch das Werksmuseum, die „Schauhalle“, die eine prächtige Porzellansammlung, von den ersten Böttgerarbeiten bis zu unseren Tagen, beherbergt. Hier können Meister, Maler und Wissenschaftler nicht wenig dazulernen.

Altägyptische Elefanten- und Tigerplastiken setzen durch ihre bizarre Formen in Erstaunen. Die Meißner Meister jener Zeit hatten ja niemals diese exotischen Tiere gesehen und mußten sich oft auf ihre Phantasie verlassen. Bewundernswert ist das Service „Tausendundeine Nacht“ des jungen Meisters Heinz Werner, Nationalpreisträger der DDR. Und da sind auf Porzellan übertragene Gemälde bekannter Maler. Das Sortiment der Manufaktur zählt seit ihrer Gründung rd. 250 000 Erzeugnisse. Der hohe künstlerische Wert dieser Werke mit den blauen Schwertern hat ihren Weltruf begründet.

Werner Graf sagt: „Unser Betrieb gehört zu den größten in Meißen und beschäftigt viele Jugendliche. Das bestimmt in hohem Maße unsere Aufgaben auf sozialem Gebiet. Wir tun viel für unseren Nachwuchs. In der Stadt entsteht ein Wohnheim für junge Ehepaare. Wir sorgen gebührend für Kindergarten und Krippen, haben ein neues Kulturhaus gebaut, bei der Manufaktur bestehen ein Klub, eine Poliklinik und eine Sauna. Viele unserer Arbeiter verbringen ihre Ferien an der Ostsee, im Harz oder im Erzgebirge. Wir tauschen unsere Reiseschecks mit sowjetischen und ungarischen Gewerkschaften aus.“

Es dunkelte schon, als ich die Manufaktur verließ. Über den engen Gassen der Altstadt läuteten melodisch die Porzellanglocken der Frauenkirche. Die Silhouette der Albrechtsburg beherrschte das linke Elbufer.

In diesem Jahr begeht Meißen den 300. Geburtstag Johann Friedrich Böttgers. Der beste Beweis dafür, daß er und seine Kunst hoch in Ehren stehen, ist der weltweite Ruhm des Porzellans mit den blauen Schwertern.

BANK GLEICHBERECHTIGTER PARTNER

Im weiten Operationsraum der Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBWZ), die sich im Zentrum von Moskau befindet, gibt es keine Kassenschalter, keine Kunden. Nichtsdestoweniger werden hier täglich Geschäfte für mehr als 1 Md. Transferrubel abgewickelt.

Auf dem Schirm eines der im Raum stehenden Displays leuchten Zahlen auf. Sie werden mit Unterlagen verglichen. Ein Druck auf den Knopf, und der Schirm erlischt. So rasch und alltäglich sieht eine Verrechnungsoperation bei einem Handelsabschluß aus. Seine Ergebnisse werden von einer EDV-Anlage gespeichert.

Der Präsident des Bankdirektoriats, Konstantin Nasarkin, meint: „Transaktionen über die Bank sind eine elastischere und wirksamere Form als das frühere Clearing auf bilateraler Grundlage. Neben Zahlungsoperationen nimmt die Bank auch Kredit-, Depositen- und sonstige Geschäfte vor.“

Vor mehr als 20 Jahren gehörte Konstantin Nasarkin zu den unmittelbaren Organisatoren dieser Kreditinstitution, die in der Bankenpraxis der Welt einzig dasteht. Seit-

Zweiter Beitrag. Den ersten siehe NZ 45/81.

dem leitet er das internationale Kollektiv der Bank.

„Der IBWZ gehören 10 sozialistische Länder an“, setzt er fort. „Sie organisiert mehrseitige Verrechnungen zwischen den Mitgliedsländern und ihre Kreditierung in Transferrubeln, bewahrt flüssige Mittel auf und führt die in der internationalen Praxis üblichen Operationen in frei konvertierbarer Währung und in Gold durch.“

Das Grundkapital der IBWZ beträgt 305,3 Mio Transferrubel. Die Quote jedes Landes entspricht seinem anteiligen Export im Handel zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Laut Vereinbarung wurden die Kapitalanteile in Höhe von 40% der festgelegten Summe beigesteuert und belaufen sich gegenwärtig auf 121,6 Mio Transferrubel. Die Hälfte des Betrages machen frei konvertierbare Währungen und Gold aus. Das Reservekapital der Bank beziffert sich heute auf 151,9 Mio Transferrubel.

Das Handelsvolumen etwa Kubas und Vietnams mit den Bankpartnern unterscheidet sich natürlich stark von dem zwischen der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern. Deshalb sind auch die Anteile am IBWZ-Kapital unterschiedlich: Die Quote der UdSSR beträgt 38% (116 Mio Rubel), die der Mongolei 1% (3 Mio Rubel) und die Vietnams

nur 0,3%. Unabhängig davon haben alle Mitgliedsländer gleiche Rechte: Bei der Erörterung der IBWZ-Tätigkeit im Bankrat haben sie je eine Stimme und gleiche Möglichkeiten für den Erhalt von Krediten und anderen Leistungen. Die Beschlüsse werden einstimmig gefaßt: Spricht sich auch nur ein Land dagegen aus, so hat der Beschuß keine Gültigkeit. Besonders klar ist der demokratische Charakter der IBWZ im Vergleich zu den westlichen Praktiken. So verteilen sich die Stimmen im Internationalen Währungsfonds, dem etwa 140 Staaten angehören, namentlich in seinen leitenden Organen, nach der Höhe der Kapitalanteile. Ein Fünftel gehört den USA, und so verfügen 9 Industrieländer, einschließlich der USA, über mehr als die Hälfte der Stimmen. Der britische „Guardian“ schrieb: „Im reichen Arsenal der entwickelten kapitalistischen Welt findet sich wohl kein hinterlistigeres und destruktiveres Instrument als der IWF. Er ist nicht so sehr eine Bank oder Finanzanstalt wie vielmehr die politische Basis des modernen imperialistischen Systems, die von den USA kontrolliert und finanziert wird.“ Besser läßt es sich wohl nicht sagen. Eine ebensolche Lage besteht in der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), in der die USA mehr Stimmen haben als alle daran beteiligten Entwicklungsländer zusammen.

Darüber, wie der Transferrubel auf dem sozialistischen Markt funktioniert, berichtete mir das Direktoriumsmitglied Martin Stastný (CSSR).

RUSSISCHER WINTER

Schnee und Frost lassen im russischen Winter eine Märchenwelt im Wald erstehen, zaubern prächtige Blumen an die Fenster und hüllen die Erde in einen dicken, flockigen Mantel.

Der Winter bedeutet das Neujahrsfest und mit ihm neue Hoffnung. Besonders viel Freude haben die Kinder: Väterchen Frost und Schneewittchen bringen ihnen Geschenke und tanzen mit ihnen unter dem Tannenbaum.

An Karnevals, Volksbelustigungen, Tanzvergnügen nimmt teil, wer jung ist und jung bleibt.

TASS-Bilder: Väterchen Frost aus der sibirischen Stadt Barnaul tanzt zu gern (links); die Tanzgruppe „Rhythmen unseres Planeten“ trat im Konzertsaal „Rossija“ in Moskau auf (Mitte); auf einem Jugendball (rechts).



„Nehmen wir an“, sagte er, „daß die DDR laut einem Handelsabkommen Ausrüstungen nach Ungarn exportiert hat und daß auf ihr Konto eine entsprechende Summe übertragen wird. Aus diesen Mitteln kann die DDR tschechische Erzeugnisse kaufen. Die ČSSR ihrerseits kauft in der UdSSR Erdöl und -gas an. Die UdSSR bezahlt aus dem Gewinn den von Kuba gelieferten Zucker, und Kuba bezahlt in Transferrubeln die Dienstleistungen bulgarischer Fachkräfte beim Bau eines Betriebes. Nun kann Bulgarien für dieses Geld in Ungarn Ikarus-Busse erwerben.“

Der Zeitgewinn, der sich bei den Verrechnungen ergibt, wird zu einem Gewinn an Mitteln. Die auf gegenseitigem Vertrauen der Partner beruhende Verrechnungsform hat sich völlig bewährt. Im vergangenen Planjahr fünf haben sich die gegenseitigen Verrechnungen über die IBWZ gegenüber 1971—1975 mehr als verdoppelt und stiegen von 250 Md. auf 520,1 Md. Transferrubel. Fast 95% aller Verrechnungen der IBWZ betreffen den gegenseitigen Handel.

Der namhafte bulgarische Finanzexperte Dimitr Kalinow, Mitglied des IBWZ-Direktoriums, erzählt: „Der Transferrubel schützt unsere Länder zuverlässig vor dem Einfluß der kapitalistischen Weltkrise. Nehmen wir Bulgarien als Beispiel. Sein Außenhandel entfällt zu drei Vierteln auf die anderen sozialistischen Länder. Deshalb kann es die Integration mit den Bruderstaaten zuversichtlich ausbauen und den sozialistischen Markt mit Elektrokarren und -zügen, Fernsprechämtern und anderen Erzeugnissen beliefern, auf die sich Bulgarien im RGW-Rahmen spezialisiert. Bei anderen Mitgliedsländern

der IBWZ kauft Bulgarien die nötigen Waren, ohne zu konvertierbaren Währungen zu greifen. Unser Außenhandelsumsatz nimmt von Jahr zu Jahr zu, folglich erstarkt unser Staat wirtschaftlich.“

Die IBWZ sichert nicht nur Handelsgeschäfte, sie ist auch ein großer Kreditor, dessen Mittel die Möglichkeit geben, die zwischenstaatlichen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen effektiver zu entwickeln. Nicht von ungefähr stieg die Kreditsumme im vergangenen Jahr fünf auf mehr als das Doppelte und betrug 35 Md. Rubel. Hierbei hält sich die IBWZ strikt an das Prinzip der Objektivität bei der Deckung des Kreditbedarfs jedes Kunden und knüpft niemals einen Kredit an Forderungen, die den nationalen Interessen zuwiderlaufen würden.

Es gibt zwei Arten von Krediten: den Verrechnungs- und den befristeten Kredit. Nehmen wir an, ein Partner hat kein Geld auf seinem Konto, wenn er Waren aus einem anderen Land geliefert bekommt. In diesem Fall gewährt die IBWZ dem Käufer beim Verrechnungsgeschäft sofort einen Verrechnungskredit. Er kann durch Warenlieferungen an jeden anderen Bankpartner getilgt werden. Zwar wird der Rückzahlungstermin nicht im voraus festgelegt, aber im Durchschnitt nimmt die Rückflüßdauer nicht über einen Monat in Anspruch. Einen solchen Kredit nennt man bisweilen auch Überbrückungskredit, da er es den Staaten ermöglicht, den kurzfristigen Zahlungsüberhang, der bei nicht eingeplanten Lieferungen eintritt, auszugleichen. Für einen solchen Kredit erhebt die IBWZ Zinsen von 2—3% im Jahr.

Ein befristeter Kredit wird für

eine Zeitspanne bis zu 3 Jahren gewährt. Der Bankrat plant solche Kredite ein, ausgehend von den zwischen den Mitgliedsländern bestehenden Verträgen, Abkommen und langfristigen Abschlüssen. Die Zinsrate beträgt, je nach der Kreditlaufdauer, 3,25—5%. Vergleichsweise: Die Zinsen westlicher Banken betragen bei Krediten in DM 13%, in Pfund Sterling 14% und in US-Dollar 18—20% im Jahr. Natürlich übersteigen solche Sätze die Möglichkeiten der Entwicklungsländer, die erneut von den Banken der kapitalistischen Industrieländer, vor allem der USA, finanziell geknechtet werden.

Die IBWZ-Kredite dagegen dienen dem Zweck, die industriell weniger entwickelten Länder wirtschaftlich zu fördern. Eine Hauptaufgabe des RGW besteht ja darin, die wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der Bruderstaaten allmählich einander anzugeleichen. So erhalten die Mongolei, Kuba und Vietnam Verrechnungs- und befristete Kredite zu günstigen Bedingungen, zu nur 0,5—2% Zinsen. Es ist so, daß ihr Export, in dem noch Agrarerzeugnisse überwiegen, ausgesprochen saisonbedingt, der Import aber gleichmäßig ist. Die Mongolei etwa liefert Erzeugnisse der Viehzucht vorwiegend im Herbst, erhält aber die nötigen Ausrüstungen im Laufe des ganzen Jahres. Ähnlich steht es um Kuba, das beträchtliche Zuckermengen in die anderen RGW-Länder exportiert, und um Vietnam, das den sozialistischen Markt mit Obst, Gewürzen usw. beliefert. Man kann ohne weiteres errechnen, wie viel sie ausgeben müßten, hätten sie nicht die vergünstigten Kredite. So hat die Mongolei, die in den 70er Jahren in



der IBWZ einen günstigen Kredit von über 1,7 Md. Transferrubel aufgenommen hatte, allein an der Zinszahlung die beträchtliche Summe von 15 Mio Transferrubeln gespart.

In den ersten Jahren der IBWZ wurde die westliche Presse nicht müde zu wiederholen, der Transferrubel sei nicht in kapitalistische Währungen umzutauschen. Nunmehr hat sie in ihrem Eifer nachgelassen — es ist klar, warum. Angesichts der Inflation und des Floatings der westlichen Währungen spielt dieser Faktor eine schützende Rolle. Vor etwa 10 Jahren betonte Konstantin Nasarkin in einem Interview, daß es heller Wahnsinn wäre, sich an ein Devisensystem zu binden, das in einer chronischen Krise steckt. In diesem Fall hätten sich ja alle Schwankungen auf den kapitalistischen Märkten des Westens in vollem Umfang auf die Wirtschaft der RGW-Länder ausgewirkt. Inzwischen ist die Inflation in den kapitalistischen Ländern noch beispiellos angewachsen. Als ich den Präsidenten des Bankdirektoriums an seine Worte erinnerte, bemerkte er, daß er sie auch heute wiederholen würde.

Die IBWZ unterhält geschäftliche Kontakte zu beinahe 300 Banken der USA, Großbritanniens, der BRD, Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Finnlands, Kanadas usw. Sie tätigt Transaktionen mit ihnen in konvertierbaren Währungen. Die diesbezügliche IBWZ-Politik ist mit Rücksicht auf die angespannte und labile Lage auf den kapitalistischen Devisenmärkten darauf gerichtet, die Mittel der Bank in konvertierbaren Währungen zu erhalten und die Rentabilität von Transaktionen insgesamt zu sichern.

Ende 1980 bildete der Überhang an sämtlichen fremden Mitteln in konvertierbaren Währungen einen Betrag von 2,7 Md. Transferrubeln, was um 3,3% mehr war als Ende 1979. Die Mittel in solchen Währungen wurden bei Geschäften sowohl mit den Banken der IBWZ-Länder als auch mit westlichen Banken herangezogen und investiert.

Das hohe Ansehen und Vertrauen, das die IBWZ in der Finanzwelt genießt, ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Wirksamkeit. Deren Ziel ist es, zum weiteren Wachstum des Wirtschaftspotentials der RGW-Länder, zum Ausbau ihrer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

A. STROGANOW

DUISBURGER MOTIVE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Es war eine ungewöhnliche Ausstellung. Manche Bilder hatten keinen Rahmen, andere standen auf an die Wand gelehnten Bänken. Den meisten fehlte das Autorensignet. Alles trug den Stempel des Unvollkommenen.

Dennoch spürten die Duisburger, die Anfang Dezember im Foyer des Stadttheaters zusammenkamen, daß sie Zeugen eines besonderen Ereignisses waren. Zur Eröffnung kamen u. a. der erste Bürgermeister Reinhard Bulitz, ein Vertreter der UdSSR-Botschaft und Journalisten. Ausgestellt wurden die Arbeiten von vier sowjetischen Künstlern, die einen Monat lang in der BRD gelebt und das kulturelle Leben des Landes kennengelernt hatten.

Zwei von ihnen, Larissa Kirillowa aus Leningrad und Suchrob Kurbanow aus Duschane, nahmen die Komplimente etwas verwirrt entgegen — waren doch nur Entwürfe zu sehen; erst in zukünftigen Arbeiten schlagen sich die gesammelten Eindrücke nieder. Aber man konnte schon erkennen, was die Künstler anzog: die Landschaft Duisburgs und seiner Umgebung, eine Menschenmenge mit Transparenten (eine der in jenen Tagen häufigen Friedensdemonstrationen), die Porträts neuer Bekannter.

Gekommen waren auch vier westdeutsche Künstler, die im Juli und August 1981 vier Wochen lang in Moskau, Leningrad und Tadzhikistan verbrachten. Sie sammelten mindestens soviel Eindrücke wie ihre sowjetischen Kollegen. Das ergab sich nicht nur daraus, daß sie mit unverhohler Sympathie über unser Land sprachen, sondern auch aus einem ausführlichen Artikel, den einer von ihnen, Gerhard Losemann, in einer hiesigen Zeitschrift veröffentlichte.

Es war, schreibt er, „eine Reise, die uns viele neue Eindrücke vermittelte, auf der wir Menschen trafen, die die gleiche Sprache sprechen, zwar in verschiedenen Lauten, wo der Versuch gemacht wurde, gegenseitige Standpunkte zu verstehen — eine Reise, die nicht als einzige für Einzelne in den Annalen der Stadt Duisburg stehen bleiben dürfte“.

Der Künstler schrieb diese Worte nicht nur in der Hoffnung, sondern

auch in der festen Überzeugung, daß es so sein wird. Denn für Duisburg, das von westdeutscher Seite den Künstleraustausch initiierte, war diese Rolle bei der Anbahnung kultureller Kontakte mit sowjetischen Städten und Verbänden von Kulturschaffenden nicht neu.

Schon vor anderthalb Jahren schrieb ich über das Kulturfestival „Duisburger Akzente“, das 1980 unter der Devise „Rußlands große Realisten. Dichter, Maler und Musiker des 19. Jahrhunderts“ stattfand. Das Festival war sehr breit angelegt. Der Bonner „General-Anzeiger“ nannte es damals die größte Verbindung sowjetischer Ausstellungen, Gastspiele und anderer Formen kultureller Kontakte in der BRD.

Wer die BRD wenig kennt, kann den Eindruck erhalten, Duisburg sei ein kleines Kulturzentrum, unter dessen Einwohnern die Angehörigen „freier Berufe“ überwiegen. In Wirklichkeit ist diese Stadt, die an der Mündung der Ruhr in den Niederrhein am Westrand des berühmten Ruhrgebiets liegt, mit 570 000 Einwohnern die neuntgrößte Stadt der BRD. Sie ist vor allem eine Industriestadt. Ihr Hafen mit einem jährlichen Güterumschlag von 62 Mio t ist der größte Binnenhafen der Welt. Die Betriebe in Duisburg und Umgebung liefern über 46% des in der BRD geschmolzenen Gußeisens und Stahls.

Die Duisburger „Deutsche Oper am Rhein“ ist im ganzen Land berühmt. Nicht weniger bekannt ist das Wilhelm-Lehmbruck-Museum, das über eine ziemlich komplett Sammlung der Arbeiten dieses Bildhauers verfügt. Es gibt noch mehr kulturelle Sehenswürdigkeiten, aber zweifellos nimmt die Industrie den ersten Platz im Leben der Stadt ein. Dennoch übertraf Duisburg bei der Entwicklung von Kulturkontakte zu anderen Ländern, insbesondere zur Sowjetunion, oft andere Städte. Warum? Um auch darauf eine Antwort zu erhalten, traf ich mich mit Konrad Schilling.

Offiziell ist Dr. Schilling Beigeordneter für Kultur und Bildung des Magistrats. Aber bereits zu Anfang unseres Gesprächs merkte ich: Was er tut, entspringt nicht nur seinen Pflichten, sondern auch seiner per-

söhnlichen Überzeugung von der Notwendigkeit, die kulturellen Beziehungen zu vertiefen. Dabei trifft seine Initiative auf die Unterstützung der Stadtväter.

Herr Schilling kehrte vor kurzem von einer Reise in die Sowjetunion zurück. Ich bat ihn, kurz über diese Reise zu berichten.

Er selbst sei schon mehrmals in der UdSSR gewesen, sagte Konrad Schilling, zur Vorbereitung gemeinsamer Veranstaltungen und besonders der „Duisburger Akzente“. Im November 1981 aber fuhr erstmals eine große Delegation mit Oberbürgermeister Josef Krings und Oberstadtdirektor Herbert Krämer an der Spitze. Sie kam auf Einladung des Kulturministeriums der UdSSR in Zusammenhang mit der auf Initiative Duisburgs in Leningrad gezeigten Ausstellung „Deutsche Expressionisten“, die demnächst auch in Moskau zu sehen ist. Die meisten Ausstellungsbilder gehören der Sammlung Lothar-Günther Buchheims, der ebenfalls Delegationsmitglied war.

Bei seinem Bericht von der Ausstellungseröffnung in der Leningrader Ermitage erinnerte Konrad Schilling daran, wie seine Reisegefährten und er von dem hohen Besucherandrang überrascht waren.

Die ersten Kontakte zur Sowjetunion knüpfte Duisburg schon Anfang der 70er Jahre, als hier der Komponist Aram Chatschaturjan zu Gast war. Er dirigierte ein Orchester, und Solisten aus der UdSSR traten auf. Offenbar gab den Anstoß dazu die seinerzeit von der Brandt-Regierung begonnene „neue Ostpolitik“.

Duisburg hatte vorher schon Beziehungen zu Partnerstädten in England und den Niederlanden. Aber man verspürte den Wunsch, die Kultur der osteuropäischen Nachbarn besser kennenzulernen. Viele neue Impulse gab die Vorbereitung der „Duisburger Akzente“, eines Kulturfestivals mit einem Thema wie „Die Dramatik Shakespeares“ (1977), „Die deutsche Klassik“ (1978) oder „Das Volkstheater“ (1979). So wurde die Idee geboren, auch die russische Kultur, Literatur und Dramatik vorzustellen: 1980 wurden die „Russischen Realisten“ das Thema der „Akzente“.

Die Auswahl des Themas habe nicht nur das Ziel verfolgt, die Menschen mit einer großen Kultur bekanntzumachen, sagte Konrad Schilling. Man sei auch überzeugt gewesen, damit einen Beitrag zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu leisten. Während der Vorbereitung der „Duisburger Akzente“ trafen sich Menschen, die sich vorher nicht kannten. Aber sie verständigten sich



Wilhelm Lehmbrucks „Trauernder“. Foto aus „Zeit“ (BRD)

schnell und gewannen Vertrauen zueinander. Die Zusammenarbeit sei einfach vorbildlich gewesen. Praktisch alles, was geplant war, konnte auch realisiert werden.

Duisburg sei die größte Industriestadt der BRD, sie habe den höchsten Anteil von Industriearbeitern an der Bevölkerung und habe daher einen besonderen Anspruch, ihre Beziehungen in die Welt hinein wahrzunehmen, meinte Dr. Schilling auf meine Frage, warum gerade Duisburg den Dialog pflege. Die Menschen hier wollten Frieden und gegenseitige Verständigung, aber keine Spannungen; sie verstünden, daß ein Dialog mehr geben kann als ein vorurteilsvolles Verharren auf konträren Seiten.

Ich wunderte mich nicht, als mir Dr. Schilling mitteilte, das nächste Thema der „Duisburger Akzente“ werde der Frieden sein. Da es ein Kunstfestival ist, wird das Thema Ausstellungen, Theateraufführungen, Filmvorführungen und Konzerte verkörpert. Während der „Akzente“ ist eine Diskussionsbegegnung mit Politikern über die Probleme der Friedenserhaltung geplant. Es sollen ein führender amerikanischer Experte, ein Vertreter der Niederlande und Ungarns, ein westdeutscher Politiker und ein Fachmann aus der UdSSR eingeladen werden.

Aber auch das Programm der „reinen“ kulturellen Zusammenarbeit wird ohne Zeitverzögerung realisiert werden. Eine Duisburger Delegation erörterte diese Frage ausführlich im Kulturministerium der UdSSR. Hier nur einige Programmpunkte. 1982 steht der Austausch großer Ausstellungen bevor. Duisburg zeigt im Oktober zum ersten Mal in der Sowjetunion in Moskau und Leningrad eine Sammlung von Wer-

ken Wilhelm Lehmbrucks. Im November wird in Duisburg eine große Retrospektive der Werke Alexander Rodtschenkos eröffnet.

Valentina Lewko, die Solistin des Bolschoi-Theaters, macht eine Tournee durch die BRD. In Leningrad und Moskau spielt das Duisburger Symphonische Orchester mit dem Streicher Franz-Dieter Zimmermann als Solisten. Er ist erst 16 Jahre alt, aber Fachleute zählen ihn bereits zu den besten Streichern der Gegenwart. Übrigens trat er vor kurzem erfolgreich in Moskau und Leningrad auf.

Höhepunkt wird 1984 ein dem Schaffen Dmitri Schostakowitschs gewidmetes Musikfestival in Duisburg.

Die Intensität des Kultauraustauschs hängt natürlich vom allgemeinen Klima der zwischenstaatlichen Beziehungen und von der politischen Lage ab. Aber diese Abhängigkeit ist nicht immer eine direkte, unmittelbare. So helfen z. B. in einer Zeit der Zuspitzung der internationalen Lage die Beziehungen zwischen Kulturschaffenden und ihren Organisationen, die Brücken der gegenseitigen Verständigung zu erhalten. Gleichzeitig wirkt sich jeder Fortschritt in der „hohen Politik“ positiv auf die Kulturbeziehungen aus.

Das bestätigte auch Dr. Schilling in seiner Antwort auf meine Frage, welche Bedeutung nach seiner Meinung die Ergebnisse des kürzlichen Besuchs von Leonid Breschnew in der BRD für die Entwicklung der Kulturkontakte haben.

„Es ist eine sehr wichtige Tatsache, daß der Besuch überhaupt durchgeführt worden ist. Das Gespräch zwischen Generalsekretär Breschnew und Bundeskanzler Schmidt ist in vielen Hinsichten, insbesondere auch im Hinblick auf den kulturellen Austausch, wichtig gewesen.“

Duisburg. Nur eine Stadt der Bundesrepublik, aber welche Palette der Zusammenarbeit! Das weckt wirklich Hoffnungen. Nicht grundlos sagte Reinhard Bulitz, als er die Ausstellung sowjetischer Künstler eröffnete: „Damit verbinde ich den Wunsch und die Hoffnung, daß die guten Kontakte, die in den letzten Jahren zwischen den Städten der UdSSR und der Stadt Duisburg geknüpft worden sind, weiter entwickelt und über den Bereich der Kunst ausgedehnt werden können und dazu beitragen, daß sich die Völker untereinander besser verstehen und friedvoll miteinander leben und arbeiten.“

Diesem Wunsch kann man sich nur anschließen.

Duisburg—Bonn

IRISCHER

REPORT

Die Seiten dieses Buches laufen wie ein Farbfilm vor uns ab. Das röhrt von der scharfen Sicht des Verfassers her und von der Großzügigkeit, mit der er Gesehenes, Überdachtes, Bewußtgewordenes vermittelt. Eine seiner Methoden ist das Detail, das gewissermaßen das eine oder andere Bild belebt. Der Verfasser wendet die Probleme um und um. Und jedesmal ergibt sich eine neue Farbnuance. Doch unter den vielen Farben dominieren zwei: Grün und Orange. So heißt auch das Buch des außenpolitischen Kommentators Gennadi Wassiljew. Und dafür gibt es gewichtige Gründe.

Zunächst zum Grün. Es dominiert auf dieser Insel, die man manchmal auch die grüne oder Smaragdinsel nennt, obwohl sie offiziell Irland heißt. „Weite grüne Hügel, schmucke Häuschen unter roten Ziegeldächern, die in den Himmel stechende Turmspitze einer grauen Kirche. Erde, Gebäude und Menschen in friedlicher und freier Nachbarschaft“. Noch gibt es das hier und dort, dieses Patriarchalische. Und die Farbe des Grases, des Lebens ist hier alles. Doch die Geschichtspalette dieses Landes wird vom Rot, von der Farbe des Blutes und des Kampfes, beherrscht.

„Wirf einen Blick auf die Karte, Leser“, schreibt Wassiljew. „Nördlich von Kontinentaleuropa erblickst du eine Insel, geduckt, wie ein schnaubender Eber — Großbritannien. Direkt vor dem Maul des Ebers ein vor ihm davonspringendes lebendes Knäuel. Das ist Irland. Von seinem Verfolger trennt den Flüchtling ein schmaler Wasserstreifen.“ Das Bild des Journalisten ist treffend. Die Geschichte, genauer, die letzten acht Jahrhunderte der Geschichte des Landes, sind ein unendlicher, zermürbender, tapferer Kampf des Volkes gegen die britischen Eroberer.

Auf diesem blutgetränkten Boden erprobte London fast alles, was später ins Arsenal der kolonialen Unterdrückungsmethoden einging. Von der Ausrottung der „überflüssigen Bevölkerung“ durch Schwert und

Hunger bis zur gewaltsamen Besiedlung mit Leuten aus dem „Mutterland.“ Hier auch feilte man an dem Prinzip Teile und Herrsche. Der Protektionismus in bezug auf die Abkömmlinge aus England und Schottland war von der offenen und erbarmungslosen Knechtung der Urbevölkerung begleitet. Diese Unterdrückung verstärkte sich mit der Einführung des protestantischen Glaubens als offizielle Religion in England (die Iren sind in ihrer Mehrheit Katholiken). Die rote Farbe des Kampfes der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, der Versklavten gegen die Sklavenhalter blieb unverändert, obwohl gestern wie heute manch einer gutgläubig, manch einer aber wohl auch bewußt diesen Kampf auf die Ebene eines Religionstreits bringen wollte.

Vor uns laufen Bilder eines ewigen Kampfes ab. Ende des 18. Jahrhunderts wurde die antikoloniale Bewegung von dem großen Sohn der Iren Theobald Wolf Tone angeführt. Er war ein aufrechter irischer Patriot und konnte die Anhänger beider Religionen im antiroyalistischen Kampf zusammenschließen. Immer wieder organisierte er machtvolle Seefahrten zu den Küsten seiner Heimat, um die Erüberer zu schlagen. Doch die Patrioten wurden vom Unglück verfolgt.

„Sie waren Hunderte Meter von der irischen Küste entfernt. Und, wie später die Historiker schreiben werden, nahe an der realen Geburt eines unabhängigen Irland“, schildert der Verfasser. Es handelt sich um die Flottille, die das revolutionäre Frankreich den irischen Republikanern zu Hilfe gesandt hatte. Inspirator der Expedition und ihr Teilnehmer war Wolf Tone. „Doch dieser unberechenbare Dezemberwind! Als die Flottille in die Buntbyrbucht einlief, erreichte der Wind an der irischen Küste Orkanstärke. Mehr als eine Woche tobte der Sturm, der die Schiffe schüttelte...“ Das war 1796. Der plötzlich die Segel des britischen Kolonialismus blähende Wind ließ dessen Herrschaft auf irischem Boden fort-

dauern. Die Bewohner der grünen Insel mußten noch viele Male zu den Waffen greifen und unzählige Opfer bringen, ehe London einsah, daß es die ganze Insel nicht mehr länger halten könne. Doch der Kolonialismus wäre keiner, wenn er uneigennützig dem Volk zurückgabe, was ihm rechtens gehört. London verlieh 1921 einem großen Teil der Insel den Status eines Dominions (hier wurde später die Republik Irland ausgerufen), bewahrte sich aber den industriell entwickeltesten Raum im Norden.

„Oh, diese Grenze!“ fährt der Journalist fort, der eben den künstlichen Rubikon in Irland überschritten hat. „150 Meilen einer holprigen Linie von Derry bis Warrenpoint, so gezogen, als habe jemand sie so unsinnig wie möglich machen wollen... Die anscheinende Sinnlosigkeit aber hat ihre Logik. Die Regierung Lloyd Georges schabte mit einem rostigen Skalpel über den lebenden Leib des Landes, daß die Schramme schmerzhafter und tiefer werde und möglichst lange nicht verheile.“ Die „autonome Provinz“ wurde so zugeschnitten, daß sie zwar die Industrieviere erfaßte, den südlichen, rein landwirtschaftlichen Inselteil aber ausklammerte. Daß die zu England tendierende religiöse Minderheit — Protestanten — in Nordirland die Mehrheit wurde. Hier, in Ulster, findet sich schon eine andere Farbskala als auf der übrigen Insel. Ins Auge stechen schwarze und giftige Orangetöne.

„Tram-tam-ta-ta-tam“ rasseln die Trommeln. Und im Takt marschieren solide Leute in dunklen Festtagsgewändern. Die Sonne sticht, sie aber ganz in Schwarz, mit der schwarzen Melone auf den Häuptern. Jeder trägt ein breites orangefarbenes Band auf der Brust, als Zeichen der Zugehörigkeit zum Orangistenorden. Eigentlich geheim, ist der Orden seit langem zum Vortrupp der ganzen Reaktion von Ulster geworden. Gebacken mit der Hefe der Londoner Teile-und-herrsche-Politik zählt er über hunderttausend Mitglieder und vereint die reaktionärsten Elemente Ulsters.

Auch heute ziehen die Orangeschwarzen unter Trommelwirbel in die katholischen Viertel, dorthin, wo die Häuser ärmlicher und die Arbeitslosigkeit größer ist. Und wieder beginnt ein Pogrom. Wenn sich die irischen Patrioten aber gegen die Statthalter Londons zur Wehr setzen, bewaffnet England ein neues Truppenkontingent, um die „Terroristen zu zügeln“.

Die schon Jahre andauernde Tragödie in den düsteren Kasematten des Konzentrationslagers Long Kesh,



in den sogenannten H-Blöcken, kennt heute die ganze Welt. Eine große Gruppe von Bürgerrechtskämpfern hat ihren Kerkermeistern die Fehde angesagt, um minimale menschliche Erleichterungen zu erreichen. Die sture Weigerung Londons, ihren Forderungen nachzukommen, führte zum Tod vieler Häftlinge. Die „Bewohner“ der H-Blöcke griffen zum letzten Mittel: zum Hungerstreik bis zum bitteren Ende.

Doch das Tory-Kabinett, das angebliche Verletzungen der Menschenrechte hinter den sieben Bergen erkennt, erweist sich als total blind gegenüber dem Problem Nordirland. Faktisch windet sich London nur und imitiert das Bemühen, einen Ausweg aus der Sackgasse von Ulster zu finden.

Wieder hat die jüngste Zuspitzung der Situation in Nordirland das wahre Gesicht der Londoner Politiker entlarvt. Sofort wurden 16 „mobile Gruppen“ aufgestellt, um „Ordnung zu schaffen“.

Ein beweisträchtiges Detail. Die auf dem Luftweg nach Nordirland verlegten zusätzlichen Truppen gehören zum ersten Bataillon des Fallschirmjägerregiments, was, laut Reuter, „bei vielen Katholiken bittere Erinnerungen auslöste“. Gerade das erste Bataillon hatte das Feuer auf die Teilnehmer am Marsch für die Bürgerrechte 1972 in Londonderry eröffnet. Dieser Tag, der 13 Menschenleben kostete, ging als „Blutsonntag“ in die Geschichte ein. London setzt weiter demonstrativ auf Gewalt. Die Delegierten des XXXVII. Parteitags der KP Großbritanniens forderten die Aufhebung der repressiven Gesetzgebung und die sofortige Gewährung demokratischer Rechte und Freiheiten für die Bevölkerung von Ulster.

„Ein pastorales Panorama entfaltet vor uns das irische Land“, berichtet Wassiljew. „Saftige Wiesen mit weidenden Kühen und Schafen, leuchtende Kerzen der Kastanien, Bauernhäuschen unter Ziegel- oder Strohdächern. Und so wird es begreiflich, weshalb die Bewohner dieser Insel das Grün so lieben...“ Es ist die Liebe zu ihrem herrlichen Land und der leidgeprüften Heimat, die die Patrioten alle Kraft dem Kampf für deren Befreiung geben lässt.

Das Rätsel Irland ist weniger ein ethnographischer als ein sozialer und politischer Faktor, betont Wassiljew. Noch will London beharrlich eine politische Lösung dieses Rätsels vermeiden. Doch die Zeit der kolonialen Raubzüge ist vorbei. Und das ist zu beachten.

W. SHITOMIRSKI

„NEUE ZEIT“ 2·82

KULTUR UND POLITIK

DEN SIEG NÄHER BRINGEN

Boris ASSOJAN

Eine Skulpturgruppe: Partisanen, die sich an den Händen halten, bizarre verflochtene Körper, verzerrte Gesichter von Verwundeten, ein zerbrochenes Gewehr und eine hochgereckte Faust als Zeichen der Siegesfreude und des Treuegelöbnisses an die Gefallenen. „Schluß mit dem Krieg“ heißt diese Skulptur von Naftal Langa, einem der 34 bildenden Künstler der Volksrepublik Moçambique, deren Arbeiten vor kurzem im Moskauer Museum für orientalische Volkskunst ausgestellt wurden. Eines der Hauptthemen war der Kampf um die Befreiung vom Kolonialismus. Die Ausstellung eröffnete der bekannte moçambikanische Dichter Rui Nogar. Er sagte: „Wir haben verschiedene Farben mitgebracht: die lebendigen, hellen, warmen und freudigen Farben des umgestalteten Landes, das sich vom Kolonialismus befreit hat; die kalten, stählernen, harten Farben unserer Verachtung und unseres Hasses gegen Unterdrückung und jegliche Diskriminierungsformen; die Farben unserer Trauer, Verzweiflung und unseres Schmerzes, die Farben der Auflehnung gegen die ehemalige Erniedrigung, gegen das Elend und Unwissen, die heute noch dem Volk in blutiger Erinnerung stehen.“

Langa arbeitet im Stil der Makonde, einer kleinen Völkerschaft von Moçambique, die an der Grenze zu Tansania lebt. Die talentierten Ebenholz-Schnitzer haben in ihren Werken einmalige und geheimnisvolle Gestalten geprägt, und die ansprechenden Makonde-Plastiken sind weltberühmt geworden. Jede von ihnen ist ein Prachtwerk der Volkskunst, die in der fernen Vergangenheit wurzelt.

Die Schnitzer geben nicht nur die Bewegungen ihrer Figuren wieder, sondern bringen auch deren Regungen

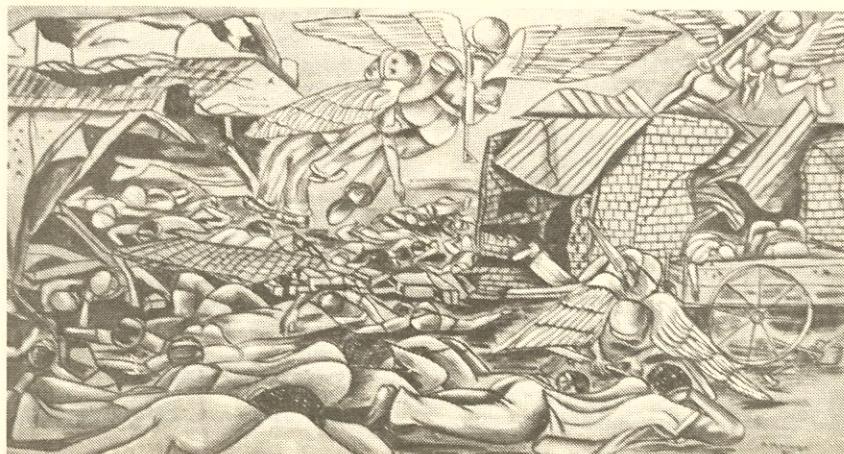
wunderbar zum Ausdruck. Die Idee des Künstlers bleibt manchmal auch einem Kenner der Makonde-Kunst vorenthalten. Man kann natürlich verschiedene Hypothesen aufstellen, aber diese Kunst ist derart rätselhaft und vielschichtig, daß einer kaum die Sicherheit gewinnt, seine Auslegung sei richtig.

In den Plastiken der Makonde ist die reale Welt sonderbar mit dem Jenseits verbunden. Die Makonde kennen keine Furcht vor dem Tode, den sie nicht als ein Ende ihrer Lebenskraft ansehen, sondern als Übergang in einen anderen Zustand. In ihrer Vorstellung verkehren die Geister der Ahnen frei mit den Lebenden, und die Seelen der Lebenden verkehren miteinander selbständig und unabhängig von der Leibeshülle.

Diese merkwürdige Verflechtung zweier Welten in der Denkweise eines Afrikaners kommt besonders stark in den phantastischen Bildern Malangatana Ngwenyas zum Ausdruck. Der Künstler stellt in grotesker Form den Markt dar, dieses eigenartige Zentrum des sozialen Lebens im afrikanischen Dorf. Hier



Kunstwerke aus Moçambique
Fotos: A. Motschalina



sind nicht nur die Händler mit ihren grellbunten Waren, sondern auch ein Zauberer, der seinen Zaubertrank braut, eine Hochzeit und ein Totenschmaus, die Geister von Verstorbenen, die sich gerade den Markt zum Treffpunkt mit den Menschen ausgesucht haben, und auch Ungeheuer, die das Böse und überhaupt alle Laster verkörpern.

Der Künstler erzählt: „1970 malte ich das Bild ‚Eine tapfere Frau‘, auf dem ich die Frauen von Moçambique darstellen wollte, wie ich sie sehe: im Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten, mit der Waffe in der Hand. Der Krieg zerstörte nicht nur ihr Heim, er brachte ihr ganzes Leben aus dem Gleichgewicht und konfrontierte sie mit Grausamkeit, Schmerz und Tod: Da sind vom Kriegsleid verzerre Gesichter von Frauen, auf die Todesboten einstürmen. Die Frauen können jeden Augenblick sterben, aber sie kämpfen weiter. Der Tod kann einem siegesgewissen Volk nichts anhaben.“

Ein Künstler soll, sagt mir Langa, die reiche Innenwelt des modernen Afrikaners schildern, der zu einem neuen Leben erwacht: „Die Beziehungen eines Afrikaners zur Außenwelt werden unter dem Einfluß der revolutionären Umgestaltungen qualitativ anders. Der Afrikaner muß sich den zügigen Realitätswandlungen anpassen, die besten Traditionen der Vergangenheit zusammenfassen und sie aufrechterhalten.“

Malangatana Ngwenya fügt hinzu: „In den letzten Jahren hat sich vieles verändert, was ewig zu sein schien, z. B. die Makonde selbst. Sie lebten früher sehr abgesondert und kämpften nur für ihre Unabhängigkeit. Während des Krieges mit den portugiesischen Kolonialisten stand dieses Volk jedoch in den ersten Reihen der Freiheitskämpfer und schickte seine besten Söhne zu den Partisanen.“

Die Truppen der Kolonialisten hatten eine Heidenangst vor den Makonde-Partisanen. Nach dem Sieg führen die Makonde ein aufgeschlosseneres Leben. Sogar der Mapiko-Tanz, den früher nur Eingeweihte tanzen durften, wird nun überall in Moçambique getanzt. Die Makonde-Holzschnitzerei sprengte die Stammesgrenzen. So stammen z. B. Nafatal und Chissano, Künstler, die die Makonde-Holzschnitzerei vertreten, aus der Völkerschaft Chopi. Mein Volk lebt im Süden Moçambiques, gute tausend Kilometer von den Makonde entfernt. Deren Symbole liegen mir jedoch am Herzen, und ich strebe danach, sie in meinem Schaffen auszuwerten.“

Auch die Sujets der Makonde-Plastiken haben sich verändert. Obwohl Darstellungen von mythologischen Wesen und Geistern nach wie vor in- und außerhalb Afrikas beliebt sind, wenden sich die Künstler immer öfter realen Problemen der Gegenwart zu: dem Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus, der geistigen Befreiung des Volkes, dem Aufbau einer gerechten

Gesellschaft. Sie bleiben der traditionellen Kunst treu, sind jedoch bestrebt, die Erfahrungen der Vergangenheit mit der neuen Wahrnehmung der Welt in Einklang zu bringen.

Die portugiesischen Kolonialisten wollten den Afrikanern die Verachtung afrikanischer Traditionen beibringen. In den etwas mehr als sechs Jahren der Unabhängigkeit hat aber die Regierung eine Riesenarbeit zur Wiederbelebung und Konsolidierung der nationalen Kul-

tur geleistet. Im ganzen Lande funktionieren Zentren zum Traditions-Studium, Handwerker-Genossenschaften, die Gegenstände der Volkskunst fertigen, und Schulen, wo Künstler ihre Fertigkeiten der Jugend übermitteln. Malangatana Ngwenya sagt: „Die Revolution hat die schöpferische Energie der Massen und ihr Streben nach einem endgültigen Sieg über das Böse frei gemacht. Wir Künstler müssen diesen Sieg näher bringen.“

UNSERE RUSSISCH-SEITE

LEKTION 4

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

I. Битва под Москвой. II. Подвиги и герои:

Великая битва под Москвой — ярчайшая страница Великой Отечественной войны. В те дни 1941 года столица СССР стала фронтом, каждый москвич — солдатом. По улицам и площадям города маршировали первые отряды народного ополчения. Это были коммунисты и беспартийные, люди разных профессий и возрастов: рабочие, ученые, писатели, студенты. Битва под Москвой стала боевым крещением ополченцев столицы.

Тыл и фронт слились воедино. Около 600 тысяч трудящихся столицы и Подмосковья трудились днем и ночью, в стужу, часто под обстрелом и бомбёжкой, чтобы оправдать город кольцом оборонительных сооружений.

7 ноября 1941 года враг находился совсем близко от столицы. А на Красной площади проходил парад советских войск. Молчаливо было шествие полков, лишь взгласы «Ура!» раздавались в то морозное утро на площади. Прямо с парада, который символизировал непреклонность народа, полки уходили на передовые позиции.

История хранит нетленные страницы, повествующие о прочности характера и сил советского человека, вступившего в единоборство с гитлеровскими бронированными армадами.

Разъезд Дубосеково... Здесь в середине ноября оборону заняла дивизия генерала Панфилова. Служили в ней воины разных национальностей: русские, казахи, узбеки, белорусы, украинцы. Это был боевой интернациональный отряд: 16 ноября 1941 года после длительной бомбёжки Дубосекова фашисты бросили в атаку десятки танков, стремясь прорваться к Москве. Удар танков принял на себя группа бойцов во главе с политруком Василием Ключковым. Не один час длился тяжкий бой. Немецкие танки, готовые смыть все живое и неживое, угрожающе надвигались. И тогда Ключков произнес слова, которые стали девизом народного подвига: «Велика Россия, а отступать некуда: позади — Москва!». И сам со связкой гранат бросился под танк, взорвал его. Таких героев было много.

В битве за Москву советские воины показали чудеса героизма и самоотверженности. В тылу фашистских войск вели борьбу сотни отрядов партизан и подпольных групп. Победа под Москвой явилась началом общего наступления Советской Армии.

Успех советских войск в битве под Москвой не был ни чудом, ни случайностью. Он был обусловлен коренными преимуществами социалистического общественного и государственного строя, морально-политическим превосходством, подлинно народным, справедливым характером Великой Отечественной войны.

Übung 2: Erzählen Sie den Text russisch unter Benutzung folgender Ausdrücke:

битва под Москвой
отряды народного ополчения
оборонительные сооружения
парад советских войск
уходить на передовые позиции
совершить героический подвиг
бросаться под танк
партизанские отряды
начало общего наступления Советской Армии

DISKUSSION MIT DEM LESER

In der Zeitung „Stampa Sera“ las ich einen Artikel über die soziale Ungleichheit in der Sowjetunion. Der Autor behauptete, in der UdSSR gebe es Millionäre: vor allem Räuber des sozialistischen Eigentums wie auch berühmte Schriftsteller, Opernsänger und Künstler. Sie würden ganz anders als der Rest der Bevölkerung leben. Ich möchte wissen, was die „NZ“ darüber denkt.

Natale CUGINI

Imperia, Italien



Es diskutiert
der stellvertre-
tende
NZ-Chefredakteur
Sergej
GOLJAKOW

Ich möchte, Herr Cugini, mit einem literarischen Beispiel beginnen. Bereits in den 30er Jahren erschien in unserem Land der Roman „Das goldene Kalb“ von den bekannten sowjetischen Satirikern Ilja Ilf und Jewgeni Petrow. Das Buch ist auch heute populär. In ihm verlachen die Autoren u. a. die Mißerfolge eines sowjetischen illegalen „Millionärs“ — eines Hochstaplers, dem sein Haufen Geld weder Glück noch Ruhe brachte. Im Gegenteil, der Befrüger verbarg seinen Reichtum, deponierte die Koffer mit dem Geld in der Gepäckaufbewahrung auf Bahnhöfen und pflegte einen betont „armen“ Lebensstil, um schiefe Blicke von Kollegen und Mitmenschen zu vermeiden. Dem Helden war gut bekannt, daß im Sozialismus Millionäre nicht gut angesehen sind.

Karl Marx bewies seinerzeit im „Kapital“, daß man mit ehrlicher Arbeit keine Millionen verdient. Natürlich geht es hier nicht um die Millionenhonorare von Stars, die im Westen gezahlt werden, um mit deren Ruhm noch höhere Summen einzuhämsen. Diese Ausnahme bestätigt nur die Regel: Ein arbeitender Mensch kann nicht Millionär werden. Das kann nur jemand, der Lohnarbeit ausbeutet. In Ihrem Land tut das der Kapitalist offen, und die bürgerliche Moral verurteilt ihn dafür nicht. Bei uns in der Sowjetunion hat ebenso wie in den anderen sozialistischen Staaten niemand das Recht dazu, denn bei uns gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft. Die Spaltung der Gesellschaft in Besitzer von Fabriken und Banken einerseits und in jene, die für die „Herren“ arbeiten müssen andererseits, ist bei uns beseitigt.

Aber in jeder Familie gibt es ein schwarzes Schaf. Unsere Zeitungen be-

richten manchmal tatsächlich in Meldungen aus dem Gerichtssaal von Dieben am gesellschaftlichen Eigentum, von Gaunern und korrupten Menschen, die sich aus fremden Taschen bereichern wollten. Aber das ist noch lange kein Grund, um wie der Autor der „Stampa Sera“ von sozialer Ungleichheit zu sprechen. Diebe und Befrüger fühlen sich bei uns nirgends wohl und hatten auch nie irgendwelche Privilegien vor dem „Rest der Bevölkerung“. Im Gegenteil, sie werden bei uns entschieden bekämpft. Nicht nur, weil sie dem Staat wirtschaftlich schaden — ihre Habsucht widerspricht der sozialistischen Moral, unserer ganzen Lebensweise, für die der einzige Maßstab der Bewertung eines Menschen seine persönliche Leistung ist.

Natürlich kann die Leistung verschieden sein, denn die Menschen unterscheiden sich nach ihren Fähigkeiten und Talenten. Das Prinzip des Sozialismus lautet: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Qualifizierte Arbeit wird höher als unqualifizierte bezahlt, und so erhält z. B. ein hervorragender Wissenschaftler, Schauspieler oder Künstler mehr als ein Anfänger. Aber zwischen beiden Gehältern liegt kein unüberwindlicher Graben. Wenn Sie, Herr Cugini, einmal in Moskau sein sollten, erkundigen Sie sich nach den Lebensbedingungen unserer berühmten Schriftsteller, Schauspieler und Künstler. Solche, die in Luxusvillen mit einem Haufen Dienern und livrierter Lakaien leben, werden Sie nicht finden. Man wird Sie vielmehr in gewöhnliche Wohnhäuser führen, in denen ganz gewöhnliche Leute neben Berühmtheiten leben.

Der Einkommensunterschied ergibt auch deshalb keinen Kontrast, weil alle das gleiche Recht auf allgemeinzugängliche kostenlose medizinische Versorgung, auf kostenlose Bildung, auf Versorgung im Alter, bei Krankheit, bei Verlust der Arbeitsfähigkeit oder des Ernährers haben. Dieses Recht ist gesetzlich fixiert und materiell garantiert. Anders gesagt, jeder Sowjetbürger befriedigt viele lebenswichtige Bedürfnisse, ohne dafür etwas zu bezahlen. Die Höhe der gesellschaftlichen Fonds, aus denen der Staat viele Leistungen den Menschen kostenlos zugänglich macht, wächst von Jahr zu Jahr. So

befrugen sie 1981 etwa ein Viertel des Durchschnittslohns. Außerdem steigt der Mindestlohn ständig, zahlen minderbemittelte keine Steuern. Im letzten Jahr stiegen bei uns wieder die Renten und die Beihilfen für kinderreiche Familien, wurde der Umfang kostenloser Leistungen erhöht. Neue Vergünstigungen erhielten die Kriegsveteranen.

Das Motto unserer Volkswirtschaftspläne lautet: Alles im Namen des Menschen, alles zum Wohle des Menschen. Wir wollen, daß jeder Bürger seine wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse immer vollständiger befriedigen kann. Jedoch erlauben uns die gigantischen menschlichen und materiellen Verluste im vergangenen Krieg, die wir auch heute noch spüren, Mißerfolgen und die Last der Verteidigungsausgaben nicht, sich diesem Ziel so schnell zu nähern, wie wir das wünschen. Trotzdem muß jeder unvoreingenommene Beobachter die erstaunlichen Fortschritte bei der Hebung des Volkswohlstandes feststellen. Es geht uns um den Volkswohlstand im Gegensatz zum Westen, wo fünf Prozent der Familien, die auf der obersten Stufe der sozialen Leiter stehen, über die Hälfte oder mehr der nationalen Reichtümer verfügen.

Ich möchte anmerken, Herr Cugini, daß das Geld selbst in unserer Gesellschaft nicht die Rolle wie in Ländern mit anderer sozialer Ordnung spielt. Keine Privatperson kann es, ohne in Konflikt mit dem Gesetz zu kommen, zu Kapital machen, es umlaufen lassen oder in eine Quelle der Bereicherung verwandeln. Der Wunsch eines Menschen, mit ehrlich erarbeiteten Rubeln alles Nötige zu kaufen, widerspricht unserer Moral nicht. Gleichzeitig sind wir bestrebt, den Menschen den Begriff von vernünftigen Bedürfnissen zu vermitteln und sie vor der kleinbürgerlichen Konsum-Mentalität, vor dem Virus der Besitzsucht zu bewahren. Wenn wir sagen, daß am Menschen alles schön sein muß, so meinen wir vor allem sein staatsbürgerliches, sittliches und kulturelles Verhalten.

Trotzdem haben wir Millionäre. Wie einen Feiertag begeht man in der UdSSR die Fertigung des millionsten Automobils in einem Werk, die Ernte der millionsten Tonne Getreide in einem Gebiet oder die Förderung der millionsten Tonne Erz oder Kohle in einem Bergwerk. Mittelpunkt dieser Feiern sind die arbeitenden Menschen, die mit ihren Händen diesen Reichtum schaffen. Solche Millionäre genießen bei uns allgemeines Ansehen und Ehre. Andere Millionäre, Herr Cugini, achten wir nicht.

PS

Othello in Jeans



Die Sänger der englischen Nationaloper treten in letzter Zeit auf der Bühne des Londoner Kolosseums nicht in Theaterkostümen, sondern in gewöhnlichen Pullovern und Jeans auf. So wollen sie dagegen protestieren, daß ihnen die Zeit, die sie zum Umkleiden und Schminken brauchen, nicht als Arbeitszeit angerechnet und also nicht bezahlt wird. Ihr bezahlter Arbeitstag beginnt für sie erst mit Beginn der Vorstellung. Um aber z. B. die mittelalterlichen Othello-Kostüme anzulegen, benötigen die Mimen mindestens eine halbe Stunde.

Verschoben

Ein italienischer Tourist entdeckte bei einem Pakistanbesuch höchst erstaunt die Aufschrift auf einer Packung Käse, den er in Karatschi gekauft hatte: „Für die Opfer des Erdbebens in Italien. Kostenlos.“ Also war Käse, den Wohlfahrtsorganisationen für Erdbebenopfer in Südalitalien bestimmt hatten, auf geheimnisvolle Art Schiebern

in die Hände gefallen, die ihn dann nach Pakistan verschachert hatten.

Vater, Sohn und das liebe Geld

Paul Getty III., Enkel des verstorbenen Multimillionärs, führt einen langjährigen Zivilprozeß gegen seinen Vater, Paul Getty II. Der 25jährige Paul, der nach einer Krankheit fast erblindet ist, braucht viel Geld für die Heilungskosten. Er wandte sich an seinen Alten unter Hinweis auf ein kalifornisches Gesetz, das die Eltern verpflichtet, arbeitsunfähige erwachsene Kinder zu unterstützen. Doch sein Papa lehnte jede Hilfe ab, wobei er erklärte, er lebe in London und deshalb würden die Gesetze Kaliforniens, wo sein Sohn lebt, nicht für ihn gelten.

Unfreiwilliger Ausflug

In Nienburg (BRD) hielten der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge zwei Polizisten einen Wagen an, um dessen ihnen verdächtig erscheinende Insassen zu überprüfen. Doch einer von ihnen entwaffnete die Ordnungshüter mit einer Pistole und zwang sie, im Gangsterauto Platz zu nehmen. So mußten die Polizisten einen unfreiwilligen Ausflug ins Grüne unternehmen. Die frechen Typen konnten erst bei einer Operation gefaßt werden, an der ein Hubschrauber und

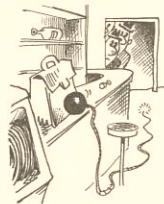
47 Einsatzwagen der Polizei teilnahmen.

Goldgrube im Müll



Ein Reporter der Stadtzeitung von Portsmouth (US-Bundesstaat Newhampshire), der an einer Reportage über die Rattenbekämpfung der Stadtverwaltung arbeitete, entdeckte auf dem Müll ... Dokumente mit der Aufschrift „Streng geheim“. Diese Papiere mit Angaben über Flugzeugmotoren gehörten dem Kommando eines unweit gelegenen Militärstützpunkts. Meldrim Thomson, Exgouverneur des Bundesstaates, dem ein Reporter die Dokumente übergab, sandte sie weiter an den Streitkräfteausschuß des Senats mit dem Zusatz: „Ausländische Agenten hätten im Müll eine wahre Goldgrube entdeckt.“

Nur Vorsicht!



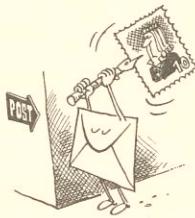
In die Bar „Goidener Löwe“ im Zentrum Londons wurden eiligst Fachleute für die Entschärfung von Sprengkörpern beordnet: Bei der Music Box war eine vergessene Aktenetasche entdeckt worden. „Sehr wahrscheinlich ist sie lebensgefährlich“, erklärten Experten. Das Publikum mußte die Bar räumen, alle Flaschen und Gläser wurden entfernt, be-

vor man die Aktenetasche aufriß. Der Fetzen eines Geschäftsbriefes ermöglichte es, die Persönlichkeit des Aktenetaschenbesitzers festzustellen. Der Wochenzeitung „Observer“ zufolge war ein Korrespondent der „Sunday Times“, deren Mitarbeiter zu den Stammgästen gehören, der vergebliche Besucher.

Verdunkelung auf dem Locus

In Amsterdam werden die Toiletten aller Bahnhöfe, Restaurants, Hotels und Warenhäuser seit kurzem nur von einer Notlampe beleuchtet. So ist es dort ziemlich dunkel. Zu dieser Maßnahme griff man, weil auf den Toiletten oft Leichen, vor allem junger Leute, gefunden wurden, die an einer Überdosis Heroin starben. Man hofft offenbar, daß die Rauschgiftsüchtigen in der Dunkelheit ihre Arterie nicht finden können.

Gehupft wie gesprungen



Die immer teureren Telefongebühren lassen viele Amerikaner zur Feder greifen. Doch wenn sie auf die Post ankommen, um Briefmarken zu kaufen, erwartet sie auch dort eine unangenehme Überraschung. Dem Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“ nach haben sich in den letzten drei Jahrzehnten die Portogebühren verneunfacht, allein 1981 verdoppelt.

Zeichnungen:
V. Trintschenko